Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 56 | Sommer 2002 | 3,10 Euro

# Der Nazis neue Häuser

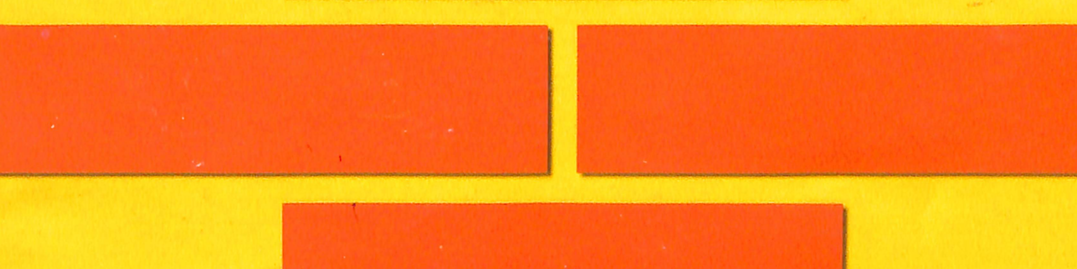
## Von Bauern und Schlossherren - Immobilien-Boom bei Neonazis











**Schwerpunkt**

**Globalisierung und Bewegung**

**Rassismus**

**Bürgermob und Nazis machen mobil**




# Inhalt

AIB 56 2 · 2002




## Rubriken



## Schwerpunkt

### Globalisierung und Bewegung



## NS Szene



## Antifa



## Rassismus



## Gesellschaft



## Braunzone



## Staat und Repression



## Geschichte



## International




**Antifaschistisches Info Blatt**

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/nadir/periodika/aib




# Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Die heiße Phase des Bundestagswahlkampfs steht bevor, rechter Populismus hat Hochkonjunktur. Und damit auch Antisemitismus sowie rassistische Hetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge. Grund genug für uns, beide Themen sowie die AkteurInnen und Hintergründe ausführlich zu beleuchten. Denn angesichts einer schwachen linken Bewegung steht zu befürchten, dass ein Ende des rechten Rollbacks noch lange nicht erreicht ist.

Seit Beginn des Projekts AIB haben wir immer wieder über antisemitische Angriffe, aber auch den von Martin Walser und zuletzt von Jürgen Möllemann propagierten Antisemitismus der gesellschaftlichen Mitte berichtet. Eine vor kurzem veröffentlichte Studie der Untersuchung der Universität Essen unterstreicht die Notwendigkeit, sich gerade dem »salonfähigen« sogenannten sekundären Antisemitismus entgegenzustellen. Danach befürworten ein Drittel der befragten StudentInnen ein Ende der Debatte um die Verbrechen des Nationalsozialismus und den Holcoaust. Zwanzig Prozent der Befragten warfen Juden und Jüdinnen vor, sie würden »das schlechte Gewissen der Deutschen ausnutzen«. Auf diesen sekundären Antisemitismus setzen dessen Vorreiter wie Jürgen Möllemann schon seit längerem - und scheuen sich dabei nicht, sich aus dem Bauchladen rechtsextremer Ideologiefragmente zu bedienen. Oder deren TrägerInnen hoffähig zu machen. So findet sich beispielsweise in der Festschrift zum 30jährigen Bestehen der Deutsch-Arabischen-Gesellschaft, deren langjähriger Präsident FDP-Vize Jürgen W. Möllemann ist, ein lobendes Portrait über Sigrid Hunke. Die als »führende Islamwissenschaftlerin« gepriesene Hunke war u.a. Trägerin des Schillerpreises des rechtsextremen Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG), Referentin bei der rassistischen Artgemeinschaft und Autorin in der Zeitschrift des rechtsextremen Thule-Seminares . Mehr zu Möllemann findet Ihr ab Seite 27. Nach der ersten Walser-Debatte 1999 gingen wir eigentlich davon aus , dass sich eine antifaschistische Bewegung und außerparlamentarische Linke wesentlich intensiver mit dem eigenen Antisemitismus und dem der gesellschaftlichen Mitte sowie der weit verbreiten Schlussstrichmentalität beschäftigen würde. Doch in der aktuellen Diskussion über den Nahostkonflikt zeigt sich, dass in der deutschen Linken weiterhin antisemitische Ideologiefragmente vorhanden sind. Mehr dazu auf den S. 38 bis 41.

Als Zeitung die vor 15 Jahren aus der autonomen antifaschistischen Bewegung entstanden ist und seitdem versucht, nicht nur den (Informations-)Stand der Bewegung abzubilden, sondern auch Platz für Debatten um deren Perspektiven zu bieten, haben wir uns entschieden, uns nicht nur mit dem Stand antifaschistischer Praxis im Jahr Zwei nach dem »anständigen Sommer« zu beschäftigen, sondern auch eine verhältnismäßig junge Bewegung genauer unter die Lupe zu nehmen: Den Widerstand gegen eine kapitalistische Globalisierung - ein Thema, das auch viele AntifaschistInnen seit einiger Zeit beschäftigt. Wir wollen im Schwerpunkt speziell auf die Dynamik sozialer Bewegungen eingehen, die Gefahren eines verkürzten Antikapitalismus aufzeigen und Anknüpfungsversuche der Nazi-Szene beleuchten, ohne dabei das buchstäbliche Haar in der Suppe der »Anti-Globalisierungsbewegung« zu suchen. Denn bei aller Kritik halten wir den Kampf gegen eine kapitalistische Verwertungslogik und für die Würde der Menschen für dringend notwendig.

Nachdem wir in unser letzten Ausgabe bereits die Problematik rechter und rechtsextremer Ladengeschäfte in der BRD beleuchtet haben, widmen wir uns in dieser Ausgabe dem bundesweiten Nazitrend der Objektankäufe. Ansonsten erinnern uns einige Themen des aktuellen Hefts an längst vergangene AIB-Ausgaben: Die derzeitige rassistische Mobilmachung gegen Flüchtlingsheime von Bürgermob und Neonazis - pünktlich zum 10. Jahrestag des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen am 24. August 1992 -, der Rudolf-Hess-Marsch in Wunsiedel am 17. August und der geplante Naziaufmarsch auf dem Soldatenfriedhof in Halbe. Wir hoffen gerade mit der Auswahl dieser Themen zu verhindern, dass sich einige Niederlagen der antifaschistischen Bewegung wiederholen und wünschen Euch und uns in diesem Sinne einen erfolgreichen antifaschistischen Sommer. ■

PS: Unsere Summer-Special-Hitliste wollen wir Euch natürlich nicht vorenthalten. Da wäre zum einen die brandneue Broschüre zu Hintergründen der Neonazi-Popfigur Rudolf Hess. Bestellen könnt Ihr sie bei: rat c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp, 20357 Hamburg. Als Sommerlektüre empfehlen wir außerdem die rat-Neuerscheinung »Ästetische Mobilmachung - Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien«. Unter den diversen antirassistischen Sommercamps empfehlen wir besonders das alternative Jugendcamp in Mecklenburg-Vorpommern vom 9. bis 12. August. Mehr Infos gibt es bei: http://www.links-lang.de

## » Drei Tote durch rechten Terror



Kajrat B. (24) starb, weil er Aussiedler war.

Im Mai und Juni 2002 wurden drei Menschen Opfer rechter Gewalt. Am 15. Mai starb der 19jährige Klaus Dieter L. in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) an den Folgen schwerster Kopfverletzungen, nachdem zwei 17- und 20jährige Naziskins ihn gezielt gegen den Kopf getreten hatten. Klaus Dieter L. galt als geistig behindert und lebte in einer betreuten Wohngemeinschaft. Die beiden polizeibekannten Täter sollen bei ihrer Festnahme u.a. gesagt haben, »Neger und Behinderte« seien nicht lebenswert.

Im brandenburgischen Wittstock starb am 23. Mai der 24jährige Russlanddeutsche Kajrat B. an den Folgen eines rassistischen Angriffs durch drei Jugendliche bei einer Technodisko. Kajrat und sein russlanddeutscher Freund wurden beim Verlassen der Gaststätte von Hinten angegriffen, einer der Täter warf einen 15 Kilogramm schweren Feldstein auf den am Boden liegenden Kajrat. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin ermittelt wegen gemeinschaftlichen Totschlags und geht von einem »fremdenfeindlichen Motiv« aus.

In Wurzen erstach in der Nacht zum 1. Juli ein 17jähriger, der laut Staatsanwaltschaft »bereits mehrfach politisch auffällig war und der rechten Szene zugeordnet werden kann«, die 65jährige Christel G. »aus Wut«. Einen politischen Hintergrund für den Streit sieht die Staatsanwaltschaft nicht. ■

## » Razzia bei Blood & Honour Aktivisten



Enrico Hamisch - Herausgeber vom »Inselboten«

Bei einer Großrazzia des LKA Sachsen-Anhalt und anderer LKAs wurden am 25. April 2002 insgesamt 43 Wohnungen und Geschäftsräume von mutmaßlichen Blood & Honour-Aktivisten durchsucht. Eineinhalb Jahre nach dem Verbot der deutschen B&H Division wurden in sieben Bundesländern neben Schriften, CDs und Computern auch zahlreiche Waffen sichergestellt. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Halle richten sich gegen 30 Personen, die der Fortführung der verbotenen Organisation Blood & Honour verdächtigt werden. In Brandenburg traf es Sven Schneider, der seit dem Verbot von B&H den Versand »Hate Sounds« betreibt, sowie Stefan Reitz aus Gölsdorf, der Anfang 2000 zusammen mit Schneider und Dirk Horn bei einem White-Power-Gig in Schweden festgenommen wurde. In Hildesheim wurde neben dem Tattoo-Studio »Last Resort«, das von Hannes Knoch betrieben wird, auch bei dem Herausgeber des neonazistischen Fanzines »Axtschlag«, Hannes Franke, durchsucht. Auch in Wohnungen in Delmenhorst und einem weiteren Ort in Niedersachsen fand die Polizei rechtsextremes Propagandamaterial und CDs.

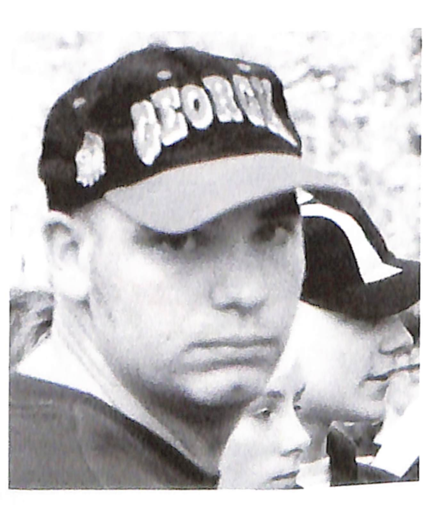
In Mecklenburg Vorpommern wurden insgesamt vier Objekte durchsucht, darunter bei Enrico Hamisch, dem Herausgeber des Polit-Zines »Der Inselbote«. In Rostock erwischte es Carsten Geron, ein Mitglied der Neonaziband Nordmacht. Die anderen Mitglieder der Band blieben unbehelligt.

Die Durchsuchung bei Frank Persdorf, dem Betreiber von »Front-Records« in Schildau/ Sachsen, bei der neben Computern auch die Führerscheine eingezogen wurden, behinderte den Vertrieb nur kurzfristig. Kaum einen Monat nach der Razzia konnte auf der Internetseite des Versands wieder bestellt werden. Auch der »Hate-Sounds-Versand« brachte kurz nach der Razzia bei Schneider einen neuen Hochglanzkatalog heraus.

Auch in Bayern, Bremen und Sachsen-Anhalt kam es zu Durchsuchungen, festgenommen wurde allerdings niemand. Angesichts des jüngsten Ermittlungsverfahrens müsste das Bundesinnenministerium nun eigentlich zugeben, dass die ständigen Beteuerungen einer »erfolgreiche Zerschlagung der Organisation« nicht haltbar sind. Antifaschistische Initiativen hatten immer wieder auf ein Fortbestehen der B&H Strukturen hingewiesen und den Erfolg des Verbotes bezweifelt. Die Ermittlungen wegen Fortführung von B&H wurden bereits einen Monat nach dem Verbot aufgenommen.

Auslöser war ein B&H-Konzert in Annaburg (Landkreis Wittenberg) am 25. November 2000. Die Konzertbesucher hinterließen nach einem Polizeieinsatz die in altdeutscher Schrift gesprühten Insignien »BH« und darunter den Schriftzug »Hallo Otto (gemeint ist Otto Schily), trotz Verbot sind wir nicht tot«. Auf die Organisierung von Großkonzerten hat das Verbot offenbar kaum noch Auswirkungen, wie das jüngste Konzert mit 500 Nazis am 30. Juni in der Gemeindehalle von Uftrungen (Sachsen-Anhalt) zeigt. ■

Hannes Franke aus Hildesheim - Herausgeber vom »Axtschlag«



## Schaumburger Neonazis auf der Flucht

In der Nacht vom 20. April auf den 21. April 2002 überfielen und entführten vier Aktivisten der rechten Szene einen vermeintlich linken Jugendlichen. Inzwischen sind die drei Haupttäter auf der Flucht: Der Kreisvorsitzende der NPD, Sandy Ossenkopp, der Kameradschaftsführer Markus Winter und der Nazischläger Michael Schönbohm. Ein Haftbefehl gegen die drei wurde erst nach einem Artikel der Schaumburger Zeitung über die Verschleppung des Opfers erlassen. Seitdem sind die teilweise wegen vorausgehender Gewalttaten mehrfach vorbestraften Neonazis abgetaucht. Die drei sind seit Jahren in der Neonazi- Szene aktiv. Winter wurde erst Ende 2001 aus der Haft entlassen, Schönbohm ist wegen schwerer Körperverletzung verurteilt. Der Übergriff, der im Anschluss an eine Schulungsveranstaltung der JN stattfand, ist nur die Spitze des Eisberges neonazistischer Organisierung in der Region. Am Himmelfahrtstag kam es erneut zu Übergriffen. Und am 1. Juni 2002 marschierten 48 Neonazis unter Führung von Christian Worch durch Rinteln. Der Bielefelder Nazikader Bernd Stehmann versuchte in seinem schwerfälligen Redebeitrag, die Täter zu Opfern zu machen. Erst jetzt beginnen die bürgerlichen Parteien und Institutionen das Nazi-Problem in der Region ernst zu nehmen. Wie ernst, wird sich erst noch zeigen. ■

## Brandanschläge in Sachsen-Anhalt

In den frühen Morgenstunden des 26. Juni 2002 wurde ein Brandsatz in ein Fenster des linken Kulturprojekts Reilstraße 78 in Halle/Saale geschleudert. Die Täter, dem Aussehen nach Neonazis, pöbelten vorher einen Menschen an, der hinter dem Fenster stand. Der Molotow-Cocktail durchschlug die Scheibe und setzte die dahinter liegende Küche in Brand. Die Flammen konnten rechtzeitig gelöscht werden, so dass niemand zu Schaden kam. Für den Abend riefen AntifaschistInnen zu einer Demonstration auf, an der sich ca. 250 Menschen beteiligten. Im Verlauf der lautstarken Demo wurde der Naziladen »Way of Life« angegriffen. Einige Stunden später schmierten Unbekannte vier Hakenkreuze an die Häuserwände und den Eingangsbereich des Hauses in der Reilstraße.

In der selben Nacht wurde ein Brandanschlag auf ein linkes Jugendzentrum in Gardelegen bei Magdeburg verübt. Die Täter drangen in den von linken und antifaschistischen Jugendlichen besuchten Club ein, stahlen eine Playstation und einen Fernseher aus dem Kinderbereich und legten ein Stockwerk höher Feuer. In einem anderen Raum wurde ein zweiter Brand gelegt. Das Feuer breitete sich in beiden Etagen schnell aus. Das Haus brannte fast völlig ab. Die Polizei geht davon aus, dass der Diebstahl nur zur Vertuschung des eigentlichen Motivs diente. AntifaschistInnen vor Ort vermuten - sicher nicht zu Unrecht - Neonazis hinter dem Anschlag. Zwei Wochen vorher hatten zwei bekannte örtliche Nazis das Jugendzentrum besucht, um sich umzuschauen. An einer antifaschistischen Spontandemo am Abend des 27. Juni nahmen ca. 150 Menschen teil.



Der ehemalige Neonazi-Treffpunkt »Reinheitsgebot«

In der Nacht zum 28. Juni wurde in Magdeburg die Gaststätte »Reinheitsgebot« angezündet und zerstört. Das »Reinheitsgebot« war bis dahin Veranstaltungs- und Konzertort für NPD und freie Kameradschaften. Als Reaktion demonstrierten in Gardelegen am darauffolgenden Abend ca. 60 Neonazis. ■

## Neuer NPD-Vorstand

Am 16./17. Februar 2002 wurde der neue Bundesvorstand der NPD in Königslutter gewählt. Im neuen Vorstand, dessen Altersdurchschnitt nunmehr 41 Jahre beträgt, werden neben Udo Voigt, Holger Apfel, Jürgen Schön und Ulrich Eigenfeld als Stellvertreter tätig sein. Weiterhin sitzen Frank Schwerdt, Karola Nachtigall, Erwin Kemna, Manfred Börm, Uwe Leichsenring, Klaus Beier, Sascha Roßmüller, Jürgen W. Gansel, Doris Zutt, Martin Laus, Alexander Delle, Peter Marx, Stefan Köster, Stefan Lux und Friedrich Preuß im obersten NPD-Entscheidungsgremium. ■

## Junge Freiheit appelliert an Wolfgang Clement

Jüngst veröffentlichte die extrem rechte Junge Freiheit (JF) einen Appell an den Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement. Die Unterzeichner kritisieren die Beobachtung der Wochenzeitung aus Berlin durch das Landesamt für Verfassungsschutz. Die Behörde hatte auch für das Jahr 2001 den »Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen« bei der JF. Zu diesen zählen u.a. »Revisionismus«, die »Würdigung prominenter Rechtsextremisten« und die »fortgesetzte Zusammenarbeit mit dem rechtsextremistischen Spektrum«.

Zu den Unterzeichnern des Appells gehören nicht nur der JF-Autor und Referent bei der Altnazi-Vereinigung »Gesellschaft für freie Publizistik«, Hans-Helmuth Knütter, sondern auch bekannte Aktivisten des neonazistischen Spektrums. Hierzu zählt etwa Werner Bräuninger, der erst im Juni dem NPD-Organ »Deutsche Stimme« Rede und Antwort stand. Auch der in Südafrika lebende Claus Nordbruch, Redner bei den verschiedensten neonazistischen Veranstaltungen und Träger des mit 10000 D-Mark dotierten »Freiheitspreises« der DVU-Postille »National-Zeitung«, setzt sich für die Junge Freiheit ein. Als »Schriftsteller und Publizist« findet sich auch Andreas J. Voigt, ex-Betreiber des Berliner Neonazi-Treffs »Café Germania«, unter den Unterzeichnern. ■

# Nach Göteborg und Genua

Ein knappes Jahr ist es jetzt her, dass die Bilder der Proteste gegen den EU-Gipfel in Göteborg und das G8-Treffen in Genua um die Welt gingen. Verschiedensten Teilbereichsbewegungen kamen zusammen, um ihren Widerstand gegen eine ausgrenzende, rassistische und kapitalistische Politik auf die Straßen zu tragen.

» Mit der für soziale Bewegungen entscheidenden Kombination aus Straßenprotesten und Theorie gelang es der »Anti-Globalisierungsbewegung« durchaus, Kontrapunkte in der seit dem Zusammebruch des Realsozialismus zunehmend monolithisch kapitalistisch geprägten medialen, gesellschaftlichen und politischen Debatte um internationale Wirtschaftsordnungen und soziale Gerechtigkeit zu setzen. Auch AntifaschistInnen hatten sich schon vor diesen Protesten an entsprechenden Aktionen und Kampagnen beteiligt und erkannt, dass die diffuse Bewegung viele Ansatzpunkte bietet, um für eigene Themenfelder z.B. aus dem Antirassismus-Bereich mehr Menschen zu mobilisieren. Selten zuvor gelang eine solche grenzüberschreitende Mobilisierung, obwohl Antifas überall in Europa vor ähnlichen Situationen stehen. Die für viele - vor allem jüngere Antifas - völlig neue Erfahrung von eigener Stärke und offensivem Vorgehen auf den Straßen von Prag, Göteborg und Genua hat sich nach der Rückkehr aus dem »heißen Sommer 2001« auch in einem selbstbewußteren Auftreten gegenüber den Vertretern der Staatsgewalt und Neonazis in den heimischen Städten wiedergespiegelt.

Darüber hinaus entwickeln sich erstmals seit den 90er Jahren wieder Ansätze einer linken Jugendkultur, die nicht unbedingt durch den Abwehrkampf gegen Neonazis und rassistischen Terror politisiert wird. Das ist eine Entwicklung, die die Antifa-Bewegung nur begrüßen kann. Denn während der gesamten 90er Jahre musste die autonome Antifabewegung - neben der Anti-Atom-Bewegung - die Lücke füllen, die durch die Krise von traditionellen autonomen und linksradikalen Bewegungen hinterlassen wurde. Dieser Rolle und den damit verbundenen Erwartungen konnte eine Antifa-Bewegung, die für sich genommen eine Abwehrbewegung ist und weder eine revolutionäre Organisierung ersetzen kann, noch sich als Basis zum Aufbau »parteiförmiger« linker Strukturen eignet, nicht gerecht werden.

Mit der neuen Protestbewegung haben Jugendliche, die sich für eine linke Subkultur interessieren und sich engagieren wollen, neue Anlaufpunkte und Handlungsoptionen gefunden. Neue Gruppen und Strukturen sind entstanden, in denen Antifagruppen manchmal ein Bestandteil sind. Allerdings bleibt für die Mehrheit der GlobalisierungskritikerInnen antifaschistische Praxis allenfalls auf Einzelevents begrenzt. Hier zeigt sich eine der Schwächen: Die Orientierung auf Kampagnen und Events, die dazu führt, dass immer neue »Highlights« inszeniert werden müssen.

Noch ist überhaupt nicht ausgemacht, welche Strömungen und Flügel sich hierbei durchsetzen werden. Die Gefahren sind bekannt. Neben der Vereinnahmung durch Parteien, Gewerkschaften und andere reformistische Institutionen sowie der Illusion eines »fairen Kapitalismus« liegen sie vor allem in der ideologischen Unschärfe der Bewegung. Immer wieder werden nationalistische und antisemitische Untertöne laut. Die teilweise offenen Türen nach Rechts, die die extrem rechten »Querfront«-Strategen dankbar nutzen, können nur durch bewegungsinterne Debatte und eine auch nach Außen wirksame Abgrenzung gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus geschlossen werden. Eine weitere Gefahr besteht darin, dass die Bewegungs-AktivistInnen Ungerechtigkeit zwar in allen Ecken der Welt wittern und bekämpfen wollen, dabei aber gleichzeitig den Blick für die sozialen und politischen Verhältnisse vor der eigenen Haustür verschliessen. Denn die Auseinandersetzung mit alltäglichem und institutionellem Rassismus scheint vielen um einiges mühsamer und weniger spektakulär als Mobilisierungen gegen Großevents à la G8-Gipfel.

Wir halten es beim jetzigen Stand der Dinge daher für durchaus notwendig und sinnvoll, uns als AntifaschistInnen in der verhältnismäßig jungen »Anti-Globalisierungs« Bewegung mit eigenen Inhalten und Positionen einzubringen und einzumischen. Wie in anderen Bündniskonstellationen auch, sollten wir dabei unsere Unabhängigkeit, Inhalte und Aktionsformen offensiv und authentisch vertreten. Umgekehrt erwarten wir allerdings auch, dass die GlobalisierungskritikerInnen antifaschistisches und antirassistisches Engagement als Teil ihrer eigenen Praxis begreifen. Schließlich sollte Antifaschismus wieder selbstverständliches Aktionsfeld einer breiten linken Bewegung sein und nicht an »die SpezialistInnen« abdeligiert werden. Zu Abschluss sei daran erinnert, dass international noch immer AktivistInnen der Proteste von Göteborg, Genua und anderswo im Knast sitzen bzw. von Repression bedroht sind. Die Stärke einer Bewegung zeigt sich immer auch in der Solidarität mit »ihren« Gefangenen. ■



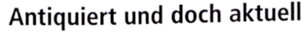
# Gegenverkehr

## Fortschritt und Reaktion durch soziale Bewegungen

Die erfolgreichen Großdemonstrationen der sogenannten »GlobalisierungsgegnerInnen« verweisen auf die wiedererlangte Attraktivität sozialer Bewegungen. Doch diese politische Organisationsform garantiert nicht per se eine emanzipatorische Programmatik und Praxis. Ein genauerer Blick auf die sozialen Bewegungen zeigt, dass sich dort die gesamte Bandbreite gesellschaftlicher Entwicklungen spiegelt – und damit nationalistische Ideen ebenso vertreten sind wie antikapitalistische Inhalte.

Die Berichterstattung der Medien über die Aktionen von Genua konnte glauben machen, da sei aus dem Nichts eine spontane Protestbewegung auf die Bühne der Welt getreten. Dieses Phänomen ist aus der Geschichte der sozialen Bewegungen wohl bekannt. Sie geraten immer erst dann in den Blick, wenn die Zahl der Demonstranten oder die Dramatik der Aktionen jenes Maß des »Alltäglichen« überschreitet, das durch die massenmediale Aufmerksamkeitsschwelle definiert wird. Dabei hat die große Mehrheit der in Genua versammelten Bewegungsspektren schon seit Jahren gegen allerlei Missstände aufbegehrt – sei es gegen die Verschuldung, gegen das »Diktat der Finanzmärkte«, gegen Freihandelspolitik oder gegen den Kapitalismus im allgemeinen. Ihre Attraktivität scheint die diese Teilbewegungen vereinende »Antiglobalisierungsbewegung« vor allem daraus zu ziehen, dass sie den unterschiedlichsten Themen und politischen Ansätzen ein Forum bietet.

### Antiquiert und doch aktuell



Die derzeit grassierenden widersprüchlichen Einschätzungen der neuen Protestbewegung kranken daran, dass sich kaum mehr jemand für diese Form der politischen Organisierung interessierte. So ist die Klärung der Frage, was eine soziale Bewegung eigentlich ist, wieder aktuell geworden.

»Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenderen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.«[1] Diese Definition gibt bei näherem Hinsehen allerhand hilfreiche Hinweise für ein kritisches Verständnis sozialer Bewegungen. Der Begriff »mobilisierender kollektiver Akteur« verweist darauf, dass sich in Bewegungen Einzelorganisationen und -personen zusammenschließen, um aktiv in die politische Entwicklung einzugreifen. Weil soziale Bewegungen nicht wie Parteien institutionalisiert sind, müssen sie permanent in der Öffentlichkeit und bei ihren Anhängern Unterstützung mobilisieren. Die Charakterisierung «hohe symbolische Integration« verweist auf das ausgeprägte Wir-Gefühl vieler Bewegungen. Es kommt in Umgangsformen, Sprache, politischen Symbolen oder in der Kleidung zum Ausdruck. Die »geringe Rollenspezifikation« in Bewegungen bedeutet, dass die Differenzierung von Funktionen einzelner Beteiligter schwach ausgeprägt ist - verglichen mit formalen Organisationen wie z.B. Parteien, in denen vom einfachen Mitglied bis zum Vorsitzenden alle Aufgaben festgelegt sind. Dies ist nicht immer der bewussten Vermeidung von Hierarchien und Arbeitsteilung geschuldet, sondern liegt vielmehr an der diffusen Organisationstruktur von Bewegungen, die »harte« Strukturen wie z.B. Vorstände oder formale Mitglied- →



schaften nicht zulässt. Einerseits steht das ihrer Schlagkraft im Wege, es ermöglicht aber andererseits spontane Aktionen und Kampagnen. Diese sind wesentlicher Bestandteil des Handlungsrepertoires von Bewegungen und machen ihre Stärke aus. Von punktuellen Aktionszusammenhängen oder kurzfristigen Revolten unterscheiden sich Bewegungen aber durch einen gewissen Grad an Kontinuität, eine mindestens mehrjährige Praxis. Das den Bewegungen zugeschriebene Ziel, »grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen« bedeutet keineswegs immer eine »revolutionäre« Orientierung. In den meisten Fällen beschränken sich Bewegungen darauf, Teilstrukturen der Gesellschaft verändern zu wollen oder gar nur einzelne konkrete Forderungen zu stellen. Die Umweltbewegung und insbesondere die Anti-Atom-Bewegung sind die bekanntesten Beispiele für solche »Ein-Punkt-« oder »Teilbereichsbewegungen«. Auffällig ist, dass sich Bewegungen meist entlang von Abwehrkämpfen gegen Missstände entwickeln. Die »Antiglobalisierungsbewegung« reagiert beispielsweise auf die durch den globalen Kapitalismus ausgelösten Verelendungsprozesse; die populäre Parole »Ya basta!« (Es reicht!) bringt dies auf den Punkt. Gleichzeitig birgt sie im Gegensatz zu vielen anderen Bewegungen auch eine offensive und systemkritische Dimension in sich. Denn viele Forderungen der »Antiglobalisierungsbewegung« laufen – selbst in reformistischen Varianten – letztlich auf den Umsturz des kapitalistischen Weltmarktes hinaus.

## Rückwärts oder vorwärts?

Die politische und ideologische Verortung sozialer Bewegungen ist ständig im Fluss, sie haben Suchcharakter. In der Regel kommt es dabei zur Flügelbildung und zu mehr oder minder heftigen Auseinandersetzungen über die »richtige« Linie. Wenn dieser Prozess sich verfestigt hat, ist auch die ausdifferenzierende Institutionalisierung nicht mehr fern, wie das Beispiel der Arbeiterbewegung mit der Gründung kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien oder die Gründung der Grünen und der Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus der Umweltbewegung belegt. Soziale Bewegungen bzw. ihre Organisationsformen sind noch lange kein Garant für soziale Emanzipation. Im Gegenteil, ein großer Teil der sozialen Bewegungen hat sich derzeit reaktionären, chauvinistischen, rassistischen und anderen antiemanzipatorischen Zielen verschrieben. So sind z.B. in vielen Ländern des Südens fundamentalistisch-religiöse Bewegungen stärker als linke, etwa in Indien die Hindunationalisten oder in arabischen Ländern die islamistischen Bewegungen. Und auch in Europa musste die Linke nach der Hochphase der Neuen Sozialen Bewegungen in den 70er und 80er Jahren erschreckt zur Kenntnis nehmen, dass wenige Jahre später die Rechten vermeintlich »linke« Bewegungsmuster bis hin zu subkulturellen Ausdrucksformen für sich vereinnahmten. Es ist genau diese Ambivalenz, die kritische Beobachter vor einer idealisierenden, gar romantisierenden Betrachtung sozialer Bewegungen warnen lässt. Völlig zu Recht machen sie im Falle der »Antiglobalisierungsbewegung« darauf aufmerksam, dass antikapitalistische Ansätze nicht selten unheilvolle Allianzen mit strukturell antisemitischen und nationalistischen Positionen eingehen, etwa im Wunsch nach der »Verteidigung der Heimat gegen die US-Konzerne« oder in der Forderung nach der Stärkung nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit. Mit diesen Inhalten gehen schließlich auch nationalrevolutionäre Bewegungen hausieren.

## »Emanzipations - TÜV«

Die KritikerInnen verweisen in diesem Zusammenhang auf die ernüchternden Erfahrungen, die mit den nationalen Befreiungsbewegungen seit den 50er Jahren gemacht wurden. Nicht selten ist das ursprüngliche Projekt der sozialen Befreiung von der Kolonialherrschaft oder anderen Unterdrückungsstrukturen nach erfolgter Übernahme der Macht im Staate ins krasse Gegenteil umgeschlagen. Die traurige Geschichte der FLN in Algerien veranschaulicht, wie schnell aus dem »antiimperialistischen Kampf« ein autoritäres Projekt werden kann, das seine Kritiker mit Gewalt mundtot macht. Gleiches gilt für die kurdische Arbeiterpartei PKK, deren Kampf gegen die Unterdrückung durch den türkischen Staat immer mehr in Führerkult und in Ethnonationalismus umschlug. Die Immunisierung mancher »Bewegungslinker« gegen jegliche Kritik am Objekt ihrer »internationalistischen« Solidarität verhindert, dass solchen

**» Menschen, die in der absterbenden Bewegung keine politische oder persönliche Perspektive mehr sahen, suchten nach neuen Organisationsformen, um ihre Forderungen, ihre Kritik und ihre Utopien anders als bisher umzusetzen. «**



immer wiederkehrenden Mechanismen die Wirksamkeit entzogen werden kann. Andererseits aber wurde nicht zu Unrecht dagegengehalten, dass der »Emanzipations-TÜV« westlicher KritikerInnen die Anmaßung voraussetze, universelle bzw. westlich geprägte Kriterien für soziale Befreiung festzulegen. Stattdessen müssten die historischen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen der jeweiligen Bewegungen berücksichtigt werden, um ihr Handeln beurteilen zu können. In der Tat bestehen große Unterschiede beispielsweise zwischen dem eliminatorischen Nationalismus deutscher Prägung und der zapatistischen Anrufung eines »nationalen« Bewusstseins.

Dieses ist eher als Reaktion auf die Ausgrenzung und Diskriminierung der Indigenas seitens des mexikanischen Staates zu verstehen denn als Ausdruck eines dezidierten Nationalismus. Generell ist es natürlich legitim, Nationalismus nicht unbedingt für den sinnvollsten Umgang mit zentralstaatlicher Repression zu halten. Das Dilemma bei der Einschätzung sozialer Bewegungen ist wohl nur zu lösen, indem die eigenen Maßstäbe und ihr projizierender Charakter ständig reflektiert werden. Zwischen einem kanonisierten Universalismus mit starren Welterklärungsmustern[2] einerseits und einem diffusen Kulturrelativismus andererseits (der soziale Bewegungen allein vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen politischen Kultur deutet und dabei für alles und jeden Verständnis aufbringt) gibt es schließlich auch noch andere Möglichkeiten. Die Essentials sozialer Emanzipation wie z.B. die Freiheit des Individuums bei gleichzeitiger sozialer Gleichberechtigung (die entgegen dem bürgerlichen Gleichheitsversprechen auch materiell umgesetzt wird) werden ja noch lange nicht aufgegeben, wenn man Unterschiedlichkeiten bei der Umsetzung dieser Grundprinzipien toleriert.

### Alternative Experten

Ein ebenfalls strittiger Punkt in der Debatte über soziale Bewegungen ist ihr Verhältnis zu den Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Da NGOs oft die institutionelle Verdichtung von sozialen Bewegungen (bzw. des jeweiligen reformistischen Flügels) verkörpern, bearbeiten sie zwangsläufig die gleichen Themen. Die Unterschiede bestehen vor allem in der politischen Vorgehensweise, beispielsweise indem NGOs direkten Kontakt zu so genannten politischen Entscheidungsträgern suchen, während Bewegungen in der Regel über Aktionen und Demonstrationen Druck erzeugen wollen.

Dass die Anpassung an hegemoniale Politikformen wie z.B. den Parlamentarismus von vielen NGOs allein dadurch befördert wird, dass sie sich dort ihre Ansprechpartner suchen, steht außer Zweifel. Es stellt sich allerdings die Frage nach Ursache und Wirkung. Die Gründung von NGOs ist nämlich meist Ausdruck des Niedergangs einer Bewegung. Menschen, die in der absterbenden Bewegung keine politische oder persönliche Perspektive mehr sahen, suchten nach neuen Organisationsformen, um ihre Forderungen, ihre Kritik und ihre Utopien anders als bisher umzusetzen. Insofern sind NGOs nicht anders als Bewegungen vor allem ein Resultat gesellschaftlicher Suchprozesse.

Die Suche nach Möglichkeiten für radikale Veränderung war auch der Grund für das strategische Unterfangen der Zapatisten, verschiedene oppositionelle soziale Bewegungen zusammenzubringen. Es speiste sich aus der Einsicht, dass nach dem Niedergang des Realsozialismus und der darauffolgenden weltweiten Atomisierung der Linken überhaupt erstmal wieder ein kleinster gemeinsamer Nenner gefunden werden musste. Der Aufstieg der »Antiglobalisierungsbewegung« verdeutlicht, dass dieser Nenner in den letzten Jahren größer geworden ist. Und so sind die Aktionen von Bangalore, Seattle oder Genua ein vorläufiger Erfolg, der Hoffnung auf ein Ende der Lähmung macht, der sich so viele soziale Bewegungen ergeben haben.

Noch mehr gewonnen wäre, wenn die kontroversen Debatten über den »richtigen« antikapitalistischen, antipatriarchalischen oder antirassistischen Ansatz nicht wie bisher als zu überwindendes Hindernis beim Aufbau einer – wie auch immer gearteten – politischen Einheit begriffen würden, sondern als permanente Herausforderung zur Selbstreflektion und damit zur Veränderung. Schließlich ist es genau diese Fähigkeit zur (Selbst)Veränderung, die soziale Bewegungen gegenüber allen anderen politischen Organisationsformen auszeichnet. ■

1| Joachim Raschke, Zum Begriff der sozialen Bewegung, in: Roland Roth/ Dieter Rucht (Hg.) (1987), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M., S.19-29

2| Ironischerweise neigt gerade die ideologiekritische Linke in Deutschland dazu, ihre Deutungsmuster wie z.B. Wertkritik mit einem absoluten Wahrheitsanspruch zu versehen. Zudem wird fast immer auf der Folie deutscher Verhältnisse argumentiert. In einem solchen, selbst wieder zur Ideologie gerinnenden Weltbild kann beispielsweise zwischen dem Antisemitismus deutscher und palästinensischer/ arabischer Prägung nicht mehr analytisch unterschieden werden.

Der Beitrag erschien in voller Länge im iz3w-Sonderheft »Gegenverkehr – soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus«

# Verkürzter Antikapitalismus in der Globalisierungskritik

Hinter den spektakulären Aktionen der Anti-Globalisierungsbewegung droht die Auseinandersetzung um die Inhalte des »neuen Antikapitalismus« zu verschwinden. Insbesondere die Hoffnung, nationalstaatliche (Sozial-)Politik könne ein Gegengewicht zu den globalisierten Finanzmärkten bilden, erweist sich jedoch als Bumerang für emanzipative Absichten. Nicht umsonst bekommt die Globalisierungskritik auch Beifall von der falschen Seite.

» »Achtung! Bush kommt!« so lautet die Überschrift eines Plakates, das gegen das Treffen des Amerikanischen Präsidenten George W. Bush mit Bundeskanzler Gerhard Schröder im Mai in Berlin mobilisierte. Darunter das Bild vom Zylinder tragenden Uncle Sam, an dessen Zeigefinger die Erde, dargestellt als Jojo, hängt. Die Bedeutung ist klar: Die Welt als der Spielball des bösen Amerikaners.

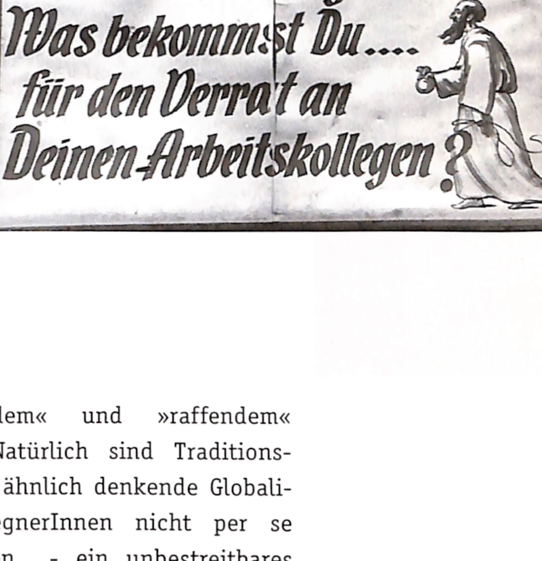
Versatzstücke der traditionell antiimperialistischen Ideologie der Neuen Linken mit ihren nationalistischen Untertönen haben aktuell vor allem im Mainstream des linken Anti-Neoliberalismus- und Globalisierungsdiskurses ihren festen Platz. Hier wie dort wird der Kapitalismus weitgehend mit einer Wirtschaftsform identifiziert, die im Interesse der privaten Aneignung des als Mehrwert produzierten Reichtums durch »herrschende Klassen« die Interessen der Ausgebeuteten missachtet. Mit dieser Interpretation ist unweigerlich eine Reihe von Vorstellungen verbunden, denen das Herunterbrechen hochkomplexer Zusammenhänge auf einfache Gegensätze zugrundeliegt.

Der abstrakte kapitalistische Vergesellschaftungszusammenhang, welcher tendenziell alles und jede(n) zur verwertbaren Ware macht und so zu Formen totaler Vergesellschaftung führt, wird dabei unzulässig verdinglicht und personalisiert. Der Gesamtzusammenhang kapitalistischer Warenvergesellschaftung zerfällt dabei in Einzelbereiche wie Markt und Staat oder Wirtschaft und Politik. Durch Etikettierungen wie »neoliberal« werden bestimmte Erscheinungsformen des global gewordenen Kapitalismus für das Ganze genommen und die Globalisierung allein zu einem willentlich betriebenen politischen Projekt der Herrschenden erklärt. »Neoliberale Globalisierung« wird dabei oft synonym mit dem älteren Begriff des (spekulativen) Finanzkapitals verwendet, der so eine ungute Renaissance erfahren hat. Eine adäquate linke Kritik an den Phänomenen der Globalisierung sollte demgegenüber »Globalisierungsprozesse ausgehend von einem Gesellschaftsverständnis diskutieren, das sowohl Markt und Staat als auch produktives und zirkulatives Kapital als notwendige Bestandteile kapitalistischer Warenproduktion begreift und kritisiert.«[1]

### Kein Staat ist neutral

Im linken Globalisierungsdiskurs wird oft der Nationalstaat als potenzieller Wohlfahrts- und Sozialstaat zum positiv besetzten Gegenstück des besagten »entfesselten« Marktes erhoben, statt beide als notwendig aufeinander angewiesene Kategorien warenkapitalistischer Vergesellschaftung zu betrachten. Das gilt auch und gerade für den Prozess der Globalisierung, der ohne staatliche Vermittlung genauso wenig denkbar ist wie eine ausschließlich marktförmige Reproduktion des Kapitalismus überhaupt. Der Staat steht weder als neutraler Akteur über dem marktwirtschaftlichen Geschehen und kann dieses nach Maßgabe der in ihm hegemonialen politischen Kräfte willkürlich beeinflussen, noch ist er den von den Kapitalverwertungsbedingungen auf dem Weltmarkt ausgehenden Transformationsprozessen naturgewalthaft ausgeliefert. Die Orientierung auf eine Wiederherstellung des Sozialstaates zieht sich im Namen des Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung durch bis hin zu linken TheoretikerInnen wie z.B. Pierre Bourdieu, der als Stichwortgeber der Antiglobalisierungsbewegung fungierte. Bourdieu stellte in seinen Analysen das Feld des Finanzkapitals und des Neoliberalismus dem der Staaten und sogar der Unternehmen gegenüber, anstatt sie als Gesamtzusammenhang zu begreifen, in der die subjektlose Herrschaft der kapitalistischen Wertvergesellschaftung waltet.




[1], [2] Eigenartiges Verständnis im Arbeitskampf-Losungen während des hessischen Metallarbeiterstreikes im September 1981.

## Wunsch nach Geborgenheit

Besonders problematisch werden solche Analysen, wenn Bourdieu ein »Europa, das sich um die Macht und die Machthabenden herausbildet und das so wenig europäisch ist« ablehnte und behauptete, dass dieses Europa »nur kritisierbar ist, indem man Gefahr läuft, mit den Widerständen eines reaktionären Nationalismus (...) verwechselt zu werden.«[2]

In Deutschland übersetzt sich derlei Globalisierungskritik schnell in die spezifisch deutsche Ideologie des korporatistischen »rheinischen Kapitalismus«. So setzt Attac-Deutschland dem »zeitgenössischen Manchesterkapitalismus« der »Global Players« eine Position entgegen, bei der volksgemeinschaftliche Töne anklingen. Attac beschwört in einer ihrer Broschüren das Bild von schwarze Koffer tragenden Kapitalanlegern, die sich auf der Suche nach Steueroasen »trotz satter Gewinne und Vermögenszuwächse vor ihrer sozialen Verantwortung drücken.«

Bedroht wird diese Gemeinschaft immer von außen: Hinter dem Politikfetisch und seinen nationalen Anwandlungen steht das Feindbild »globales Finanzkapital« mitsamt seinem »Raubtierkapitalismus«. »Die internationalen Finanzmärkte sind zu einer Macht geworden, die zunehmend die Politik bestimmt«, lautet der erste Satz deutschen Attac-Gründungserklärung. Positiv entgegengesetzt werden den globalisierten Finanzmärkten die nationalen Ökonomien. Interne Ausbeutungs- und staatliche Herrschaftsverhältnisse werden durch solche Argumentationen entweder zum Verschwinden gebracht oder – schlimmer noch – als Ausweg gepriesen.

## Offene Flanken

Doch nicht reformistische Bündnisse wie Attac machen aufgrund ihrer Verengung des antikapitalistischen Blicks auf Verteilungsprobleme das Übel des Kapitalismus im Welthandel und in den auf den internationalen Börsen und Finanzmärkten flottierenden Geldvermögen fest. Auch in dem von ca. 200 Organisationen auf dem Weltsozialforum in Porto Allegre verabschiedeten »Aufruf zur Mobilisierung« wird vor allem gegen »die Vorherrschaft der Finanzmächte, die Zerstörung unserer Kulturen« durch die »neoliberale Globalisierung« gewettert. An den Auslandsschulden wird das finanzkapitalistische Böse dingfest gemacht: «Illegitim, ungerecht und betrügerisch fungieren sie lediglich als Instrument der Unterwerfung und berauben die Völker ihrer fundamentalen Rechte einzig und allein deswegen, um den internationalen Wucher noch mehr auszuweiten.« Spätestens mit solcher Agitation gegen den »Wucher« offenbart die Unterscheidung zwischen einem werteschaffenden produktiven Investitionskapital auf der einen Seite und einem unproduktiven, sich parasitär von Zinserträgen nährenden Finanzkapital auf der anderen Seite, den ihr zu Grunde liegenden strukturellen Antisemitismus. Es gibt eine klare Verbindungslinie von der traditionslinken positiven Wertschätzung produktiver Arbeit zur antisemitischen Unterscheidung zwischen »schaffendem« und »raffendem« Kapital. Natürlich sind Traditionslinke und ähnlich denkende GlobalisierungsgegnerInnen nicht per se Antisemiten - ein unbestreitbares Problem ist aber, dass ein auf die Unterscheidung zwischen Produktiv- und Finanzkapital fixierter Antikapitalismus nicht nur die kapitalistische Vergesellschaftung falsch begreift, sondern von der Struktur der Argumentation her immer eine offene Flanke zum Antisemitismus hat.

## Ideologiekritik contra Praxis?

Es soll hier keineswegs der Eindruck erweckt werden, dass demnächst das Bündnis linker GlobalisierungsgegnerInnen mit Neonazis droht. Schließlich gehört es zum guten linken Ton, sich von reaktionären GlobalisierungsgegnerInnen abzugrenzen, indem die grundsätzliche Ablehung jeder Form von Herrschaft und Unterdrückung propagiert werden. Es ist auch richtig, IWF- und G8-Gipfel oder andere Treffen der kapitalistische Funktionseliten zu nutzen, um deren Verantwortung für eine Politik, die mörderische Konsequenzen für ganze Bevölkerungen haben, nicht nur theoretisch sondern auch praktisch zu kritisieren. Aber den unheimlichen Verwandschaften falscher antikapitalistischer Weltbilder ist nur mit einer Ideologiekritik beizukommen, die gerade im Fall der Globalisierung auf kategoriale Kapitalismus-, also Wertkritik, nicht verzichten sollte. ■

1| Stefan Grigat, Markt und Staat in der Globalisierung, in: Faust 00.01, Sept. 2000, S.12.

2| Alle Zitate aus: Neoliberalismus und neue Formen der Herrschaft, in: Sozialismus 12/2000, S. 10-16




# »Globalisierungsbrei«

**Wie bereits andere soziale Bewegungen zuvor haben sich auch die Anti-Globalisierungs- und Friedensbewegung mit Neonazis bei den eigenen Aktionen auseinander zusetzen. Diese profitieren natürlich einerseits von dem oberflächlichen Konsens der Bewegung, der sich all zu oft mit den plakativen Schlagworten Krieg, Globalisierung und USA zusammenfassen lässt. Andererseits versuchen neonazistische Kräfte im Sog der sozialen Bewegungen öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen. Getreu der alten Kühnen-Devise »Auch negative Werbung ist Werbung« machte zum Beispiel die NPD am Rande der Friedensdemonstration im Oktober vergangenen Jahres auf sich aufmerksam, als einige ihrer Aktivisten ein Transparent am Französischen Dom in Berlin anbrachten.**

» Die extreme Rechte in Deutschland verknüpfte in den vergangenen Jahren fast alle ihre (alten) Positionen mit der sozialen Frage und dem Thema Globalisierung. Somit erscheinen diese modern. Für diesen Beitrag ist weniger die Globalisierungsanalyse selbst interessant,[1] sondern vielmehr die damit verknüpften Argumentationen und daraus resultierenden Forderungen. Ähnlich der Thematisierung der »sozialen Frage« dient Globalisierung als Plattform für Antisemitismus, Rassismus, Antiamerikanismus und (vermeintlichen) Antikapitalismus.

Letzterer kommt unter dem Namen »raumorientierte Wirtschaftsordnung« daher und propagiert eine völkisch durchsetzte Wirtschaftstheorie. »Gemeinnutz soll vor Eigennutz gehen« ist zu lesen, aber auch, dass die »Zinsknechtschaft« gebrochen werden solle.[2] Exakt das selbe formulierte bereits 1920 die NSDAP in ihrem 25-Punkte-Programm, dem »Grund-gesetz der nationalsozialistischen Bewegung schlechthin« (Michael Kühnen).

Als Leitgedanken stellt die extreme Rechte der Globalisierung den Nationalismus entgegen. Ein »homogenes, einiges Volk« sei der größte Feind der transnationalen Konzernen. »Deshalb trachtet das internationale Grosskapital danach, durch Masseneinwanderung und ethnische Vermischungsprozesse homogene Völker nach Kräften aufzulösen.«[3] Fast selbstverständlich sei, dass vor allem Menschen aus anderen Kulturkreisen (Osteuropa, arabischer Raum) einwandern. So kurz ist der Weg von Globalisierungskritik zu völkischem Rassismus.

Und ausgelebt wird dieser unter dem Stichwort »Vielfalt der Völker erhalten« in allen (altbekannten) Facetten. So bezeichnet die NPD ihre Positionen als »Ethnopluralismus«, welcher vermeintlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker forciere.[4] Unterlegt sind die Argumentationen u.a. durch die Gleichsetzung beim Territorialverhalten von Menschen und Tieren. Da kann ohne Anstrengungen auch der vermeintliche Menschen- und Tierrechtsexperte Holger Schleip (Birkenfeld/BW) mithalten. Der frühere Amnesty-International-Aktivist beklagte die Minderung des Tier- und Pflanzenartenreichtums und die biologische Verarmung der Menschheit im Zuge der Globalisierung.[5] Unterfüttert ist dieser völkische Rassismus mit einem Wohlstandsdenken, das EinwanderInnen als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt beschreibt. Die NPD-Parole »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche«[6] belegt dies.

Antisemitisch wird es u.a. bei der Beschreibung der transnationalen Konzerne. Diese seien allmächtig, konspirativ organisiert und überhaupt gesichtslos. Wird das völkische Konstrukt einer »Auflösung der Völkervielfalt durch Einwanderung« vor allem als Bedrohung von unten wahrgenommen, beschreibt die extreme Rechte den Einfluss transnationaler Konzerne in den Lebensalltag des

1| Hierfür wird auf alle zugänglichen Quellen, egal aus welcher politischen Richtung, zurückgegriffen.
2| Ausführlich zur »sozialen Frage«: Antifaschistisches Infoblatt Nr.46, 1999, S.10-13: Der reaktionäre Mittelstand schimpft. Zur wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik der NPD
3| Opposition, Nr.6, 2001, S. 45: Stoppt die Globalisierer!, von Jürgen Gansel. Dieser Beitrag hat beispielhaften Charakter.
4| Bspw. Deutsche Stimme, Nr.6, 2002, S.20: Besuch bei treuen Vasallen: Bush fordert Unterwerfung, von Martin Laus.
5| Opposition, Nr.6, 2000, S.40f.: Wenn es nur noch Inländer gibt, von Holger Schleip.
6| Dass das Arbeitsverbot faktisch seit Jahren gesetzlich festgelegt ist, wird dabei beflissentlich übersehen
7| Z.B.: Deutsche Stimme, Nr.5, 2002, S.1: Zur Unterscheidung raffendes und schaffendes Kapital s.a. AIB 56, S.10, »Verkürzter Antikapitalismus«




»des kleinen Mannes« vor allem als Bedrohung von oben. Die Früchte der »ehrlichen Arbeit« des weißen Arbeitnehmers würden durch das »raffende Kapital«[7] zunichte gemacht. Da das gesichtslose, nicht greifbare »Böse« den gesamten Lebensalltag unterwandert hätte, benötigt es Projektionsflächen, um diese Bedrohung sichtbar zu machen. Das eingestürzte World-Trade-Center »stand in seiner Symbolik auch für ein imaginiertes Zentrum einer Verschwörung des Finanzkapitals«[8]. Derlei antisemitische Verschwörungstheorien sind im Begriff »amerikanische Ostküste« komprimiert. Genau diese verteufelte der NPD-Anwalt Horst Mahler in seiner Rede am 1. Mai in Göttingen.

Der gerechtfertigte, breite Widerstand gegen Kriege (für Frieden) und gegen soziale Ungerechtigkeiten bietet gegenwärtig viel zu viele offene Flanken für derartige Argumentationen von ganz Rechts. In den vergangenen Monaten sind verschiedene, unabhängig voneinander stattfindende und sehr komplexe Prozesse zu einem Brei vermengt worden. Da wurden wirtschaftliche Globalisierungsprozesse, Abbau von sozialen Regulierungsmechanismen, Kriege für Frieden etc. in eine Topf geschmissen, kräftig umgerührt und mit dem Israel-Palästina-Konflikt garniert. Dieser Ansatz ist falsch und lädt durch ungenaue Analysen, personifizierte Feindbilder, Verallgemeinerungen, Verkürzungen und oberflächliche Erklärungen die extreme Rechte quasi ein. Umgedreht sucht die extreme Rechte – das ist altbekannt – natürlich genau diese Schnittstellen, um andocken zu können. »Ein zu denken gebendes Experiment« nannte bereits vor elf Jahren die Zeitschrift Einheit+Kampf[9] die Aktion einiger Neonazis bei einer Friedensdemo gegen den Golfkrieg. »Wir produzierten ein Flugblatt, das ohne Kompromiß den imperialistischen Massenmord am Golf aus nationalistischer Sicht erklärte, den bzw. die Hauptfeinde aufzeigte und Konsequenzen zog«. Die Neonazis verzichteten auf jegliche Organisationsbezeichnung auf dem Flugblatt und wurden laut Eigenbekunden alle Exemplare ohne Probleme los. Eine der dokumentierten Erkenntnisse in dem Beitrag dürfte heute aktueller denn je sein: »'Gefährliche' Begriffe wie Nationalist, zionistisch oder deutsch wurden von Menschen BEDENKENLOS geschluckt, die sonst bei genau den gleichen Begriffen ausgerastet wären«.[10]

Diese »gleichen Begriffe« treffen gerade die Linke auf einem falschen Fuß. War vor Jahrzehnten beim Skandieren von platten (Antikriegs-) Parolen schon noch klar, dass die Kritik von Links kam, muss heute zweimal hingeschaut werden. Ein Blick auf die Großdemonstrationen am 21./22. Mai 2002 in Berlin zeigt das Beschriebene exemplarisch. Die von der »Achse des Friedens« veröffentlichte Erklärung beinhaltet ausschließlich Kritik am Afghanistan-Krieg, dem Einsatz deutscher Truppen im Ausland sowie den amerikanischen Rüstungsausgaben und fordert die Nutzung von Rüstungsgeldern zur Linderung der Armut. Das ist gut, aber zu wenig, um sich von der extremen Rechten abgrenzen zu können. Auch die argumentiert gegen den Krieg und den Einsatz deutscher Truppen im Ausland, und die USA ist sowieso eines der beliebtesten Feindbilder. Nicht zuletzt gibt sich auch die extreme Rechte als Interessensvertretung zur Linderung der Armut aus – aber bitte nur für »Blutsdeutsche«.

Vermutlich wurde dies nach den Mobilisierungsaufrufen aus Neonazi-Kreisen zur »Achse des Friedens«-Demo auch deren Organisatoren bewusst. In einer Presseerklärung vom 6. Mai teilte das Friedensbündnis mit, dass man »gegen Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus« demonstrieren wolle und erklärte rechte Kräfte für unerwünscht.

Diese Presseerklärung zeigt einen einfachen, aber politisch wichtigen Schritt auf. Warum nicht gleich so? Es genügt nicht mehr, einen Aspekt des Themenkomplexes Globalisierung aufzugreifen, zu analysieren und zu kritisieren. Erst die Verknüpfung der Globalisierungskritik mit antirassistischen u.ä. Positionen schafft eine dauerhafte Abgrenzung nach Rechts. Denn die Propaganda rechter Globalisierungsgegner ist um so erfolgreicher, je oberflächlicher und plakativer unsere Argumente sind. ■

8| Boris Kanzleitner und Dario Azzelini für felS, in: Bildungswerk der Heinrich Böll Stiftung (Hg.): Kapitalismus & Protest, Berlin 2001, S.6.

9| Inzwischen eingestellte Zeitschrift der Jungen Nationaldemokraten.

10| Einheit+Kampf, Nr.4, 1991, S.27: Ein zu denken gebendes Eyperiment.

11| Angemeldet von Marco Fässler beim Wiking-Computer-Service von Siegfried Birl (Geisselhöring).

12| Weitergeleitet wird man auf eine Homepage, die von der Vlaams Jongeren (Flämische Jugend) aus Mechelen angemeldet ist. Deren Internetseite ist ebenfalls sehr unaktuell.

Eines der peinlichsten Beispiele für das Aufspringen auf den Anti-Globalisierungszug bieten unbestritten die Jungen Nationaldemokraten im Internet. Die strukturell und ideologisch zur Bedeutungslosigkeit tendierende Jugendorganisation der NPD betreut dort eine eigene »Informationsplattform zum Thema Globalisierung«. Der Domain-Name www.gegen-globalisierung.de[11] ist gut gewählt, garantiert er doch eine sehr gute Platzierung in einzelnen Suchmaschinen.
Auf der Startseite sind zwei Jugendliche zu sehen, die Steine aufheben und auf einen Panzer werfen. Außerdem ist dort ein Aufruf gegen Globalisierung belgischer Neonazis dokumentiert.[12] Verkauft wird das Ganze dann als europäische »Nationalisten gegen Globalisierung«.
Höhepunkt sind aber sicherlich die neun angegebenen Links, wo der interessierte Nutzer weitere Infos zur Globalisierung finden soll. Jegliche Versuche, die Texte der NPD-Zeitung Deutsche Stimme zu lesen scheiterten, da es diese Seiten einfach nicht mehr gibt. Wählte man den Link auf die Themenseite der Frankfurter Rundschau, dann fand man dort auch wirklich ein sehr ausführliches Dossier...zum Anschlag im tunesischen Djerba. Zwei Links funktionieren dann auch wirklich, wobei der interessierte Nutzer u.a. erfährt, dass aktive AntifaschistInnen im November 2000 in Mailand eine Nazikundgebung mit JN-Beteiligung massiv behinderten. Zu diesen ganzen Peinlichkeiten, passen schlussendlich auch die beiden Steine werfenden Jugendlichen von der Startseite. Dieses Motiv hat nämlich nichts mit Globalisierung zu tun, sondern ist ein beliebtes Symbol für den Arbeiteraufstand am 17.Juni 1953 in der DDR.

# Nachbetrachtungen

## Die letzten Nazidemonstrationen

» Die Wendestadt Leipzig brachte der Neonaziszene im vierten Anlauf ein Zwischenhoch in einem Jahr, das bislang eher von geringeren Mobilisierungserfolgen für die extreme Rechte gekennzeichnet war. Gegen die sogenannte Wehrmachtsausstellung kann die extreme Rechte aber schon seit 1997 Tausende auf die Straße bringen. So auch in Leipzig, wo NPD und Freie Kameradschaften am 8. Juni getrennt marschierten. Unter den rund 1.700 Teilnehmern des NPD-Aufmarsches fanden sich neben der eigenen Klientel auch eine Reihe von Kameradschaften. »Highlight« der von Antisemitismus durchzogenen Veranstaltung war ein Transparent »Solidarität mit Möllemann«.



[1] Muss noch üben - Liedermacher Nico (li.) lässt den Kopf hängen.

Nicht nur in Bezug auf die Anzahl der Teilnehmer unterboten die 650 Neonazis bei den Freien Kameradschaften die NPD. Der Auftritt der singenden Vorzeigemutter Anett Moeck bei der NPD wurde als Tiefpunkt bei Worchs Kameraden noch vom Stimmbruchgejammer eines »nationalen Liedermachers« namens Nico aus Frankfurt/Oder unterboten. Für Worch stellte der erfolgreich durchgesetzte, nur von einzelnen gezielten antifaschistischen Steinwürfen gestörte Aufmarsch das Ende einer Kette von erfolglosen Demonstrationsversuchen nicht nur in Leipzig dar. Von der kläglichen Gegenmobilisierung ermutigt, hat Worch inzwischen vier weitere Demos in Leipzig angemeldet, um es doch noch einmal zum Völkerschlachtdenkmal zu schaffen. Es bleibt abzuwarten, ob Worchs angeschlagenes Image nun wieder steigt. Sicher ist hingegen, dass zur nächsten Mobilisierung gegen die Wehrmachtsausstellung in München am 12. Oktober wieder einige tausend Neonazis anreisen werden.

Wesentlich weniger zugkräftig scheint derzeit hingegen die »soziale Frage« für die NPD und die Kameradschaften zu sein. Der »große Wurf« war der 1. Mai 2002 sicher nicht. Insgesamt waren ca. 2.500 Nazis unterwegs, also weit weniger als in den Jahren zuvor. In den meisten Städten wurden sie zudem bei ihren Aufmärschen empfindlich behindert, sei es durch antifaschistisches Engagement oder durch polizeiliche Repression. Die NPD hatte ihre Aufmärsche querbeet angemeldet, die »Freien Kameradschaften« versuchten ihr Glück zum zweiten Mal in Frankfurt am Main. AntifaschistInnen vor Ort mobilisierten mit unterschiedlichem Erfolg dagegen. In einigen Städten kamen sie erst gar nicht zum Zuge, entweder wurden sie komplett abgeschirmt - oder die Zivilgesellschaft glaubte mit der faktischen Außerkraftsetzung von Grundrechten den Nazis beizukommen. In anderen Städten, wie Dresden - sonst eher als »Nazistreichelzoo« verschrieen - hatten Antifas mehr Spielraum. Unabhängig davon, was man von Bürgerbündnissen zum »Gesicht zeigen« hält, sind sie doch ein niedrigschwelliges Angebot, das linke Jugendliche gegen Naziaufmärsche mobilisiert. Demobilisierend auf das Nazifußvolk hatte sich die Zerstrittenheit der eigenen Szene ausgewirkt. Auch die Aussicht auf eine Polizeitaktik, die eine steigende Militanz der Nazidemonstranten geradezu herauszufordern scheint, dämpfte die Begeisterung.

### Zieht immer: »Reichshauptstadt« Berlin

Der Aufruf der »Initiative Europa ohne Rassismus«, sich der NPD in Hohenschönhausen entgegenzustellen, scheiterte an dem Verbot ihrer Gegendemonstration. Mehr als 1.800 Polizisten und BGS machten dem NPD-Aufzug immer wieder die Straße von rund 400 GegendemonstrantInnen frei. Der Aufmarsch startete mit Verspätung. Zu Verkehrsbehinderungen kam es, nachdem in S-Bahn-Zügen, die zum Aufmarsch fuhren, die Notbremsen gezogen wurden. Die S-Bahn hatte sich nach Protesten geweigert, Nazis kostenlos in Sonderzügen zu chauffieren. Die NPD hatte 1.400 Teilnehmer zur Demo erwartet, tatsächlich kam nur die Hälfte.

### Dresden: Diesmal mit anständigem Aufstand

Angespornt durch Leipzig gründete sich nach Jahren des Wegschauens auch hier ein »Antifa«-Bürgerbündnis. Ihm schlossen sich rund 10.000 Menschen bei einer Gegendemonstration an, wenn auch weit weg von den Nazis. Immerhin wirkte sich der Umzug auf die Stimmung vor Ort positiv aus, viele Antifas waren unterwegs, um die Nazis auf der ihnen »spontan« vorgegebenen Route zu behindern. Ca. 650 größtenteils Kameradschaftler, waren von den in deutlich größerer Anzahl anwesenden Antifas merklich gestresst. Schon auf der Anfahrt kam es zu Blockaden, immer wieder kam die Demo zum Stehen bzw. musste die Richtung wechseln und schließlich wurde ein Abbruch nach der Hälfte des Weges


[1]


[2]


[3]

erzwungen. Für Dresdner Verhältnisse ein Erfolg, auch wenn die TeilnehmerInnen mehrerer Sitzblockaden von Polizei und BGS massiv angegriffen wurden. Bereits am Vormittag beklagte der NPD Parteivorstand einen »Überfall auf Demonstrationsteilnehmer«. Ein Waggon mit Nazis aus der Sächsischen Schweiz im Zug von Pirna nach Dresden wurde in Dresden-Dobritz entglast.

**Göttingen: Knüppel frei gegen Antifas**

In Göttingen wurden am Rande des Nazi-Aufmarsches 136 GegendemonstrantInnen von der Polizei in Gewahrsam »verbracht«, etliche verletzt und sechzehn festgenommen. Rund 2000 Menschen hatten in der Stadt gegen den Aufmarsch von 200 Nazis - weit weniger als die erwarteten 700 - demonstriert. Mehrere hundert Menschen hatten schon am Morgen den NPD Kundgebungsplatz besetzt. Kurz vor Eintreffen der ersten Nazis drängte die Polizei die DemonstrantInnen ab, die sich daraufhin auf einer Kreuzung niederließen.

Der Marsch der NPD-Aktivisten und einigen Vertreter der »Freien Kameradschaften« (»Kameradschaft Northeim«) startete wegen der Proteste und Polizeikontrollen erst mit mehrstündiger Verspätung. Entlang der Marschroute lösten Polizisten mehrfach Sitzblockaden brutal auf und hielten AntifaschistInnen in zwei Polizeikesseln fest. Zu den Highlights des Tages gehörte neben kleineren Auseinandersetzungen ein Kohlkopf-Wurf auf den Kopf des Göttinger NPD-Kaders Stefan Pfingsten.

**»Nazi Odyssee« statt »die Strasse frei«**

Unter starken Polizeischutz marschierten auch im fränkischen Fürth rund 350 Nazis. Circa 3000 Menschen versammelten sich zu einer Gegendemonstration. Sie belegten die NPD-Kundgebung mit einem gellenden Pfeifkonzert, Trommeln und Sprechchören. Nach rund einer Stunde brachen die NPD-Anhänger ihre Kundgebung ab. Ihnen flogen Flaschen, Eier und faules Obst um die Ohren, zuvor war entlang der Demonstrationsroute aus Häusern Wasser auf die Neonazis geschüttet worden.

In Ludwigshafen verhinderten rund 700 GegendemonstrantInnen, dass 350 NPD-Anhänger den Bereich des Hauptbahnhofs verlassen konnten. Die Polizei brachte die Nazis schließlich per Bahn zu einem weiteren Kundgebungsort nach Mundenheim. Dort hielten sie dann eine etwa halbstündige Kundgebung ab, die vom Pfeifkonzert der eintreffenden GegendemonstrantInnen übertönt wurde. Unter Polizeischutz wurden sie anschließend wieder zum Mundenheimer Bahnhof gebracht, wo einige den Zug Richtung Mannheim bestiegen. In Mannheim-Seckenheim erwarteten 500 GegendemonstrantInnen halb soviele Nazis. Die Polizei nahm dort zum Schutz der Nazis ca. 100 Antifas vorübergehend in Gewahrsam.

**Polizeistadt Frankfurt am Main**

Die Kundgebung der »Freien Kameradschaften« um Christian Worch und Steffen Hupka fiel aus: Antifa-Blockaden und Polizeikontrollen machten den angereisten Nazis einen Strich durch die Rechnung. Unter anderem wurden Zugverbindungen und mehrere Straßen durch Gegenstände und Menschenansammlungen blockiert. Im Laufe des Vormittags waren dann in und um das Industriegebiet Fechenheim tausende GegendemonstrantInnen auf den Beinen. Zwar gelang es einigen hundert Neonazis, per Bahn einzureisen, die Blockaden und die zeitintensiven Kontrollen, verhinderten letztlich den Aufmarsch. Bei diesen Kontrollen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Nazis und der Polizei, als ein Teil der ca. 400 Nazis versuchte, eine Absperrung zu durchbrechen. Entnervt erklärte Worch, dem seine Schäfchen zunehmend entglitten, nach einigen Stunden die Veranstaltung für beendet. Die Nazis wurden in Sonderzügen aus der Stadt nach Hanau zu ihren Bussen gebracht.

So erfreulich das schwache Auftreten der Nazis am 1. Mai 2002 war, spiegelt das die Stärke oder Schwäche der Szene nur bedingt wieder, denn das Auftreten in den heimischen Ortschaften bleibt davon unberührt. Einen Imageverlust haben vor allem die als gute Organisatoren geltenden norddeutschen Nazistrukturen erlitten. Keinesfalls jedoch sollten sich aktive AntifaschistInnen zurücklehnen und sich auf die künstlich aufgepumpte Fassade einer Zivilgesellschaft verlassen. Dass die Polizei das tut, was eben dieser zivilgesellschaftliche Anspruch kaum einlöst, sollte kein Grund zur Freude sein. Solche Repression schlägt immer auch auf linke Bewegungen zurück. Antifaschistische Gegenaktionen lassen sich nicht durch Verbote ersetzen. ■

[1] Erleichtert - Am 8. Juni durfte Worch (vorne) endlich in Leipzig marschieren.

[2] Verunsichert - Christian Mohr aus Quedlinburg 1.v.l., Ronny Thomas aus Dresden 3.v.l. und Sven Liebich aus Halle (r. mit Basecap) diskutieren am 1. Mai in Dresden mit der Polizei.

[3] Verstört - Am 1. Mai in Frankfurt hatten die »Kameraden« nichts zu lachen.


[1]

# Back to the roots...

## Wunsiedel und Halbe

Anfang der neunziger Jahre gab es nur wenige regelmäßige und überregional bedeutende Aufmärsche der bundesdeutschen Neonazi-Szene, die damit auch zu regelmäßigen »Highlights« der antifaschistischen Bewegung wurden. Dazu zählten traditionell die jährlichen »Rudolf-Hess-Gedenkmärsche« am 17. August in Wunsiedel und das sogenannte Heldengedenken in Halbe am »Volkstrauertag«. Nachdem beide Ereignisse bedingt durch staatliche Repression, antifaschistischen Widerstand und interne Umbrüche in der Nazi-Szene aus den Terminkalendern der Nazis und der Antifas verschwanden, scheinen sie nun ihr Come Back zu erleben.

### » Come Back I – Wunsiedel

Dem Hamburger Nazi-Kader Jürgen Rieger gelang es im vergangenen Jahr überraschender Weise den ersten, offiziellen und gerichtlich genehmigten »Rudolf-Hess-Gedenkmarsch« seit 1990 in Wunsiedel durchzusetzen. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof sah keine »konkreten Tatsachen für eine Gefahrenprognose mit dem Ergebnis, dass es zu Straftaten speziell im Bereich politischer Auseinandersetzungen kommen« würde. Trotz relativ kurzfristiger Mobilisierung zogen 1.000 Nazis durch den bayerischen Ort Wunsiedel, in dem der Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess beerdigt ist. Jürgen Rieger meldete vorsichtshalber gleich bis in das Jahr 2010 »Rudolf-Hess-Gedenkmärsche« in Wunsiedel an. Bereits nach dem Tod von Rudolf Hess 1987 belagerten trotz Versammlungsverbot hunderte Nazis die Grabstätte von Rudolf Hess in Wunsiedel. Die Aktivisten der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front erkannten rasch die Chancen des zukünftigen Wallfahrtsortes. So kündigte der damalige Nazi-Führer Michael Kühnen 1988 an, dass Wunsiedel in Zukunft nicht mehr zur Ruhe kommen werde. Im selben Jahr setzte Jürgen Rieger einen Hess-Marsch mit 120 Nazis in Wunsiedel vor Gericht durch und übernahm anschließend alljährlich den Rechtstreit.

Ein Jahr später folgten 250 Nazis dem Marsch durch Wunsiedel. Nach der »Wiedervereinigung« 1990 erreichte die Teilnehmerzahl mit 1.000 Nazis durch die Beteiligung ostdeutscher Nazigruppen eine neue Qualität. 1991 musste der Hess-Marsch wegen eines Versammlungsverbotes allerdings nach Bayreuth verlegt werden. Hier standen den 2.000 Nazis dann mindestens ebenso viele AntifaschistInnen gegenüber, welche den Aufmarsch jedoch nicht verhindern konnten. Seitdem entwickelten sich die Hess-Märsche zu einem jährlich »Katz und Maus« – Spiel quer durch die BRD und das angrenzende Ausland mit sinkender Beteiligung, bis sie schließlich einschliefen. Die breite, relativ spontane Beteiligung der bundesdeutschen Nazi-Szene am Aufmarsch im vergangenen Jahr belegt jedoch, dass sich die Kader und Aktivisten der »Freien Kameradschaften« über die Bedeutung regelmäßiger und kontinuierlicher Massenmobilisierung wieder bewusst geworden sind - insbesondere zum diesjährigen 15. Todestag von Hess.

### Come Back II – Halbe

Für den 17. November 2002 haben Christian Worch und das Freie Info Telefon-Norddeutschland einen Trauermarsch in Halbe unter dem Motto »Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten!« angekündigt. In Halbe fand 1945 eine der letzten Kesselschlachten des II. Weltkrieges statt. Der Soldatenfriedhof in der



[1] Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel 1990.

[2] Volkstrauertag in Halbe 1991.

Gemeinde Halbe (45 km südöstlich von Berlin) gilt mit 22.000 begrabenen deutschen und russischen Soldaten als einer der größten Soldatenfriedhöfe in Deutschland. Schon zu DDR-Zeiten verbrachten ostdeutsche Nazis ihre Wochenenden damit, in der Gegend um Halbe nach Waffen und alten Orden zu buddeln.

Am Volkstrauertag 1990 trat die in Ostdeutschland boomende und organisatorisch gestärkte Nazi-Szene erstmalig im großen Stil auf, um den »Helden der Waffen-SS« zu huldigen. Die Vorbereitung hatte der Berliner Ableger der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG), später in Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP) umbenannt, in Zusammenarbeit mit den Jungen Nationaldemokraten übernommen. Anwesend waren sämtliche Nazi-Gruppierungen aus der Region Berlin und Brandenburg und die Wiking-Jugend (WJ). Ein Jahr später reisten bereits mehr als 600 Alt- und Neo-Nazis aus ganz Deutschland an, um ihre »Heldenehrung« mit Trommelwirbel und Fackelschein zu zelebrieren. Für damalige Verhältnisse war dies eine relativ hohe Teilnehmerzahl. Ursula Schaffer, die Anmelderin des Aufmarsches, wurde bei der Vorbereitung und Durchführung der Nazi-Veranstaltung von Kader der Wiking-Jugend und der Nationalistischen Front (NF) unterstützt. Die Teilnehmer entstammten auch in jenem Jahr aus allen Lagern der extremen Rechten. Der Ordner-Dienst der Veranstaltung wurde 1991 durch den West-Berliner Nazi-Kader Reinhard Golibersuch eingewiesen. Dieser hat sich mittlerweile als Geschäftsführer des NPD-KV-Spreewald in Freidorf bei Halbe niedergelassen und ist hier an dem Aufbau regionaler Nazi-Strukturen beteiligt. Nachdem sich der Aufmarsch in Halbe bereits nach einem Jahr zu der zentralen Veranstaltung der organisierten Nazi-Szene in Berlin und Brandenburg entwickelt hatte, drohte Halbe 1992 zu einer bundesweit zentralen Aktion zu werden. Daher mobilisierte das Antifaschistische Info Blatt zusammen mit dem »Antifaschistischem Bündnis gegen den Aufmarsch in Halbe« zu einer antifaschistischen Kundgebung vor Ort.

Die Polizei, die die Jahre zuvor zugesehen hatte wie verbotene Symbole zuhauf durch die Gegend getragen wurden, verbot daraufhin den Aufmarsch. Die Nazis wichen auf kleinere Ersatzkundgebungen in der Umgebung aus, nachdem ihre angemieteten Versammlungslokale beschädigt bzw. angezündet worden waren. Auch die Antifa-Kundgebung war verboten worden. In der Verbotsverfügung wurde u.a. aufgeführt: »Das 'Antifa-Infoblatt' (...) veröffentlichte gegen den 'Aufmarsch von Halbe' Fotos der Organisatoren.« Trotzdem versammelten sich 400 AntifaschistInnen zu einer Protestkundgebung im nahegelegenen Königs-Wusterhausen. Auch in den folgenden Jahre kam es zu Verboten, und nur kleinere Nazigrüppchen verirrten sich nach Halbe. Ob es Worch und den norddeutschen »Freien Kameradschaften« gelingt an die Erfolge der BKP anzuknüpfen, wird sich zeigen.

**To be continued**

Aufgrund der zahlreichen Nazi-Aufmärsche, die jedes Wochenende irgendwo in Deutschland stattfinden, sollte sich die antifaschistische Bewegung genau überlegen, welche tatsächlich eine bundesweite Relevanz als Kristallisationspunkte für die extreme Rechte haben. Hierbei wäre die antifaschistische Bewegung gut beraten, aus den Erfahrungen, Fehlern und Erfolgen des letzen Jahrzehntes zu lernen. Fest steht, dass die regionalen Antifa-Strukturen mit dem Problem solcher Nazi-Events nicht allein gelassen werden dürfen. ■

# Pforzheim: Eine Stadt im rechten Normalzustand

**Seit über 20 Jahren konnte sich die rechtsextreme Szene im baden-württembergischen Pforzheim nahezu frei entfalten und organisieren. Die Polizei schuf durch bewusstes Verharmlosen und Verheimlichen der Verhältnisse sowie sehr guten informellen Kontakten zur Neonaziszene optimale Voraussetzungen für die Rechten und sorgte damit auch für einen meist reibungslosen Ablauf der zahlreichen Nazi-Veranstaltungen.**

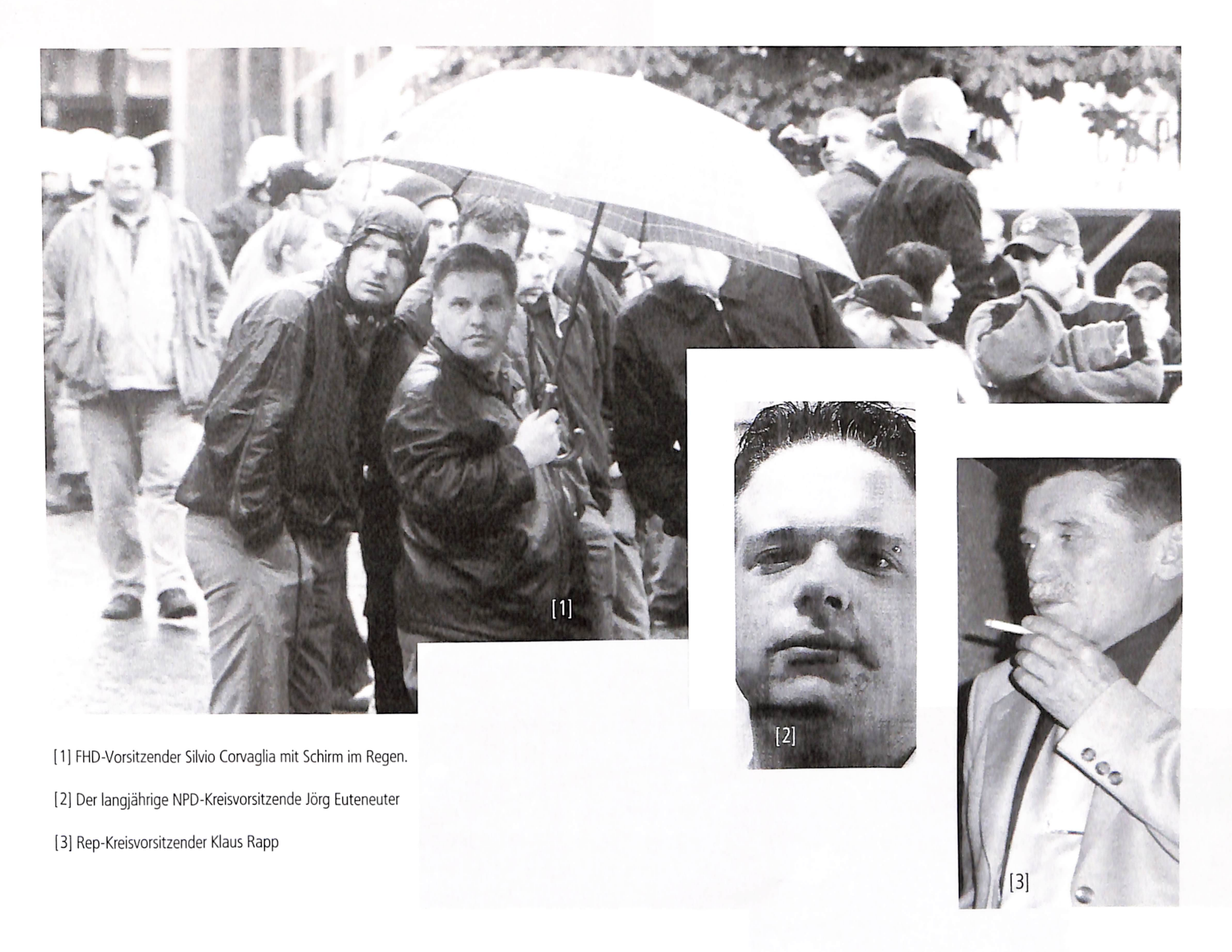
### Starke Verankerung der Nazi-Szene

Die starke rechte Szene im Raum Pforzheim ist in vielen Bereichen unübersehbar präsent. Organisiert ist sie u.a. in der NPD, der Vereinigten Rechten um Leo Thenn, den im Stadtrat vertretenen Republikanern, dem Freundeskreis Franz Schönhuber, der Deutschen Liga für Volk und Heimat, dem Freundeskreis ein Herz für Deutschland (F.H.D) und anderen rechten Gruppierungen. Sie organisiert Aktivitäten wie beispielsweise JN-Wanderungen und- Landeskongresse, Rechtsschulungen, Fackelmärsche, Bustouren zu Nazi-Parteitagen, Konzerte mit »nationalen Musikern« wie Frank Rennicke oder Anett Moeck und vor allem Veranstaltungen. So traten Franz Schönhuber, Holocaustleugner wie Ernst Zündel und David Irving und Nazikader wie Horst Mahler oder Manfred Roeder vor bis zu 400 Zuhörern auf. In der Region erhalten in manchen Stadtteilen die Republikaner rund 30 Prozent der Stimmen. Unterstützt wird der rechte Konsens durch lokale Gastwirte, Anwälte, Fabrikanten und Unternehmer.[1] Dadurch ist neben viel Kapital auch eine breite Verankerung in der bürgerlichen Gesellschaft vorhanden. Neben dem rechten Bürgertum Pforzheims sind auch militante Nazis aktiv, wenn es zu zahlreichen Schändungen jüdischer Friedhöfe bis hin zu Angriffen und Anschlägen gegen Andersdenkende kommt. In der etwa 115.000 Einwohner zählenden Stadt Pforzheim und Umgebung gab und gibt es seit Jahren so ziemlich alles, was das rechtsextreme Herz begehrt. In einem rund 80 vor allem junge Mitglieder zählenden Verein um den ersten Vorsitzenden und Hauptorganisator rechter Aktivitäten im Raum Pforzheim, Silvio Corvaglia, laufen alle Fäden zusammen. Ob NPD/JN-Mitglieder um den langjährigen Kreisvorsitzenden Jörg Euteneuer oder »freie Kameraden« - fast alle Neonazis vernetzen sich über den »Freundeskreis ein Herz für Deutschland e.V.«. Pforzheimer Stadträte und Landtagsabgeordnete der Republikaner wurden auf dessen Veranstaltungen schon namentlich begrüsst, ebenso wie der Landtagsabgeordnete und Republikaner-Kreisvorsitzende Klaus Rapp, der öffentlich zur Zusammenarbeit mit dem F.H.D steht und ihm bei der Kommunalwahl 1999 sogar neun Listenplätze zur Verfügung stellte.

### Verharmlosung bis Unterstützung

In den Jahren 1993 bis 1995 wurden beispielsweise drei Schändungen des jüdischen Friedhofes der Öffentlichkeit verschwiegen. Die Polizei hatte mit Pforzheimer Zeitungen vereinbart, diese Vorfälle nicht zu erwähnen. Zudem verharmlost die Polizei mit Aussagen wie z.B. »Der im Enzkreis angesiedelte Verein ´Ein Herz für Deutschland´ bewegt sich im Rahmen der Verfassung« und »von einer rechtsradikalen Szene kann eigentlich gar keine Rede sein«[2], »In diesen Kreisen ist keine Gewaltbereitschaft festzustellen«[3] oder »das Hakenkreuz auf der Internetseite ist lediglich als Illustration ohne politischen Bezug verwendet worden«[4] seit Jahren rechtsextreme Aktivitäten. Dass die Polizei auf dem rechten Auge keineswegs blind und über vieles informiert ist, bestätigte ein Staatsschützer dem Ausländerausschuss im Februar 2001. Der Polizist machte neben Ausführungen zur regionalen rechten Szene deutlich, dass man sich mit den Neonazis meist abspreche und die durchgeführten Polizeieinsätze bei deren Veranstaltungen meist nur dem »Schutz vor linken Chaoten« dienten. Dieses Verhalten der Polizei begründete er damit, dass die Polizei so wenigstens immer wisse, »was los ist«. Man harmoniere

1| Der Unternehmer Manfrid Dreher (CDU) lud 1991 zu einer Veranstaltung mit dem Holocaust-Leugner David Irving ein. Stern Nr. 46, 11/1992, Seite 28.
2|»Rechter Sumpf in der Region höchstens knöcheltief« Zeitunginterview mit Polizeisprecher Hans-Joachim Hoffmann, 11.08.2000
3| Interview mit dem Leiter Dezernat Staatsschutz Alfred Maischein, Pforzheimer Kurier, 30.04.2000.
4| Pressestelle der Polizei in der Pforzheimer Zeitung.




[1] FHD-Vorsitzender Silvio Corvaglia mit Schirm im Regen.

[2] Der langjährige NPD-Kreisvorsitzende Jörg Euteneuter

[3] Rep-Kreisvorsitzender Klaus Rapp

mit dem »Freundeskreis« und habe so die rechte Szene im Griff, resümierte der Staatsschützer abschliessend. Die regionale Medienlandschaft wird vor allem von der »Pforzheimer Zeitung« dominiert. Diese ist z.B. 1992 bundesweit bekannt geworden, als man das rechtsextremistische und volksverhetzende »Gedicht« »Der Asylbetrüger in Deutschland« in voller Länge abdruckte. Die Redaktion korrigierte lediglich die Rechtschreibfehler. Nach Ansicht örtlicher AntifaschistInnen findet man dort in Bezug auf Rechtsextremismus nur sehr selten eine objektive und umfassende Berichterstattung. In der Vergangenheit seien den Rechten meist in Form von langen Interviews ein Forum geboten und die zumeist verharmlosenden und beruhigenden Aussagen der Polizei veröffentlicht worden.

Die schlechten Bedingungen für Antifas sind daher vorprogrammiert. Nach der Gründung der örtlichen Antifa im Jahr 1998 wurden junge AntifaschistInnen systematisch von Polizei und Verfassungsschutz eingeschüchtert. Teilweise wurden Antifas mehrmals auf ihren Arbeitsstellen von Verfassungsschützern aufgesucht, die beim Chef vorstellig wurden. Den Betroffenen wurde eine »sehr lukrative« Zusammenarbeit mit dem VS oder die Einstellung ihrer politischen Aktivitäten nahe gelegt. Insgesamt gab es in dieser Zeit mindestens zehn bekannt gewordene Droh- und Anwerbeversuche. Zudem wurde der einzige Freiraum für autonome Antifas, das »AZ Schlauch«, zerstört, nachdem die CDU die absolute Mehrheit bei der letzten Kommunalwahl gewann. Wohin ein solches politisches Klima führt, zeigen zahlreiche rechte Angriffe und Anschläge. So gab es in der Vergangenheit neben etlichen anderen rechten Übergriffen mehrere Brandanschläge oder Überfälle z.B. auf Punks und MigrantInnen, bei denen die Opfer manchmal nur durch Zufall und mit schwersten Verletzungen sowie teilweise bleibenden körperlichen Schäden überlebten. Erst als am 23. Februar diesen Jahres mehrere hundert entschlossene AntifaschistInnen Polizeiabsperrungen überrannten und den bis dahin seit zehn Jahren an diesem Tag stattfindenden Nazi-Fackelmarsch verhinderten, sowie am 13. April eine geplante rechtsextreme Saalveranstaltung wegen breiten antifaschistischen Widerstands abgesagt werden musste, liessen sich die Verhältnisse nicht mehr länger verheimlichen. Erstmals hat eine breite öffentliche Diskussion begonnen und sich verstärkt Widerstand gegen die rechte Normalität gebildet. ■

## Immobilien-Boom bei Neonazis

# Von Bauern und Schlossherren

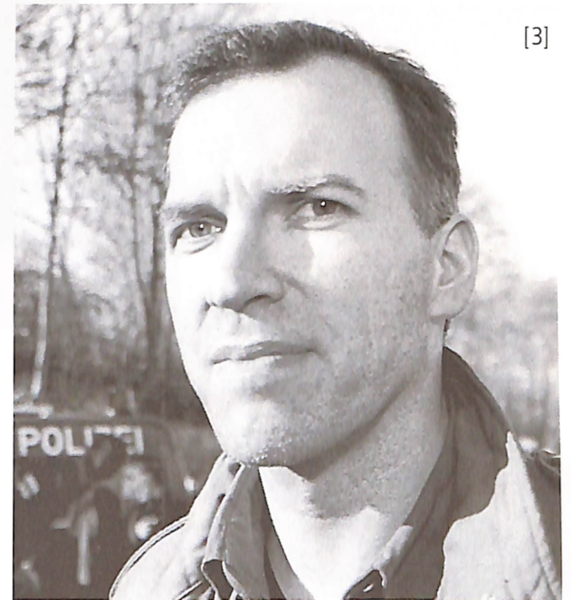


[1]

**Deutsche Neonazis ziehen aufs Land. Immer mehr Immobilienkäufe sind insbesondere in den neuen Bundesländern festzustellen. Suchen sie die »Befreiten Zonen« in den Dörfern oder wird Parteivermögen der NPD ausgelagert? Festzustellen ist, dass Immobilien ein sehr wichtiger Teil rechtsextremer Infrastruktur geworden sind. Die Neonazis zwischen Volks- und Dorfgemeinschaft.**

Die unscheinbare Straße mit dem altertümlichen Kopfsteinpflaster scheint ans Ende der Welt zu führen. Hier, mitten in Sachsen-Anhalt, unweit der A14, wirkt die Zeit wie stehengeblieben. Nach kurzer Fahrt erreicht man Trebnitz. Das Leben in dem 300-Seelen-Dorf bei Könnern läuft noch einen ruhigeren Gang, die zentralen Koordinaten des Tages sind der Ruf des Hahns am Morgen und der Sonnenuntergang am Abend. Die landwirtschaftliche Prägung ist nicht zu übersehen. Vor 1989 war die LPG, die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, der größte Arbeitgeber im Dorf. Der LPG-Hof, auf den die einzige etwas größere Straße des Dorfes zuläuft, sieht inzwischen etwas verwaist aus. Doch hat man ihn erstmal betreten, offenbaren sich noch andere Einblicke. Direkt dahinter liegt der ehemalige Junkersitz, der auch als Schloss bezeichnet wird. Der


[2]


[3]

Komplex wird von einer Steinmauer eingegrenzt und besteht neben dem Haupthaus aus einer Reihe von kleineren Gebäuden und Nebengelass. Inzwischen wird hier wieder gebaut. Offensichtlich hat sich ein neuer »Schlossherr« gefunden, der sein Domizil in Schwung bringt. Auf die Frage, um wen es sich dabei handelt, antwortet eine Anwohnerin überraschend deutlich: »...die NSDAP.« Auch wenn das nicht ganz stimmt, so ist der Bauherr doch einer der umtriebigsten deutschen Neonazis. Steffen Hupka.

Ortswechsel. Gränitz, ein Ortsteil von Brand-Erbisdorf, liegt etwa 15 Kilometer von Freiberg entfernt in Sachsen. Der einzige Gasthof im Ort ist seit Ende der 80er Jahre geschlossen. Früher war er für seine Tanzveranstaltungen in der ganzen Gegend bekannt, wie sich die Älteren der 160 Einwohner erinnern können. Jetzt sind die meisten Fenster vernagelt und die Fassade ergraut. Doch auch hier tut sich was. Seit der Ex-NPD-Bundesvorsitzende Günther Deckert im Juli 2001 den »Gasthof Gränitz« bei einem Dresdner Auktionshaus ersteigerte, wird auch hier gebaut. Wie er der »Sächsischen Zeitung« anvertraute, wollte der wegen Volksverhetzung verurteilte Deckert ursprünglich in die Gegend um Bautzen, sei dort aber überboten worden. Zum günstigen Preis von 20.000 D-Mark erwarb er daraufhin das alte Dorfgasthaus. Unter dem Namen »Deutsches Haus« soll hier eine Schankwirtschaft mit Gaststätte, Biergarten, Übernachtungsmöglichkeiten und Jugenddiskothek entstehen. Um die dafür notwendige Gaststättenkonzession hat sich ein Wirt aus Annaberg-Buchholz beworben. Wenig verwunderlich ist, dass es sich dabei um den ehemaligen Landesschatzmeister der sächsischen NPD, Ralf Meyer, handelt. Der verfügt über einschlägige Erfahrung – betreibt er doch in Annaberg-Bucholz die »Erzgebirgsklause«.[1] Vor allem jugendliche Neonazis sind in Gränitz bereits tatkräftig am Renovieren.

Im Ort befürchtet man unterdessen, dass mehr aus dem Objekt wird als eine Jugenddisco. Selbst der Verfassungsschutz räumt ein, dass aus dem »Deutschen Haus« ein Ort werden soll, der für Parteitage, Tagungen und Konzerte von rechten Gruppen offen ist. Das gehe aus einem Aufruf von Deckert hervor. Der bestätigt das. Wenn die Republikaner kämen und die Miete stimmte, wäre das kein Problem, so Deckert. Nur ausländische Gruppen und Linke wolle er dort nicht sehen. Ihm schwebt aber noch mehr vor. Auch der Feuerwehrball, Hochzeiten oder Tanzabende wären ihm sehr willkommen. Für die 13 bis 17jährigen will er einen »Cola-Ball« veranstalten.[2] Das sei, betont die sächsische PDS-Abgeordnete Kerstin Ködnitz »das Gleiche wie die Beschäftigung eines notorischen Rauschgift-Dealers als Betreuer eines Jugendzentrums. Der einzige Unterschied besteht darin, dass Deckert geistiges Gift unter die Leute zu bringen versucht.«[3] Den Jugendlichen, die auf dem Fußballplatz neben dem Gasthof spielten, bot Deckert inzwischen Trikots an und versprach ihnen, einen ordentlichen Verein zu gründen.[4] Auch ein »Tag der offenen Tür« wurde am Pfingstsonntag bereits veranstaltet.

## Dorf- und Volksgemeinschaft

Die Ausgangsbedingungen in Trebnitz und Gränitz sind sehr ähnlich. In beiden Fällen verspricht die ländliche Abgeschiedenheit eine gewisse Ruhe vor dem Protest von AntifaschistInnen und empörten AnwohnerInnen. Auch wenn sich gegen Deckerts Gasthof bereits eine Bürgerinitiative konstituierte und der daraufhin die Polizei um Schutz für seine Immobilie bat, sowie mit dem Aufstellen von →

[1] Das Schloss an der Saale - Im verschlafenen Trebnitz agieren jetzt Neonazis.

[2] Gasthof Gränitz - Unter Deckerts Leitung zum »Deutschen Haus«.

[3] Shooting Star an der »Immobilien-Front« - Neonazi-Führer Steffen Hupka.



[1] Früher NPD-Vorsitzender, jetzt Gastwirt - auch Günther Deckert zog es in die neuen Länder.

→ Fallen drohte, kann er sich doch relativ sicher fühlen. Auffallend sind die Anbiederungsversuche an die Leute im Ort. Wie die Erfahrungen andernorts zeigen, verkehrt sich - sobald die Akzeptanz der Rechten im Dorf gesichert ist - der politische Widerstand von Außen zur »ungerechtfertigten Einmischung«, und aus den Neonazis werden nette Nachbarn. Diese Akzeptanz kann durch die Eröffnung eines Gasthofes und gleichzeitiger Unterstützung der lokalen Feuerwehr oder Fußball spielender Jugendlicher relativ einfach geschaffen werden. Auch Steffen Hupka setzt schon seit längerem auf diese Karte. Nach seinem Umzug 1993 ins sachsen-anhaltinische Quedlinburg trat er mehreren örtlichen Vereinen wie dem Schützenverein und dem Verein für historisches Schriftgut bei und ließ sich bei Geschäftseröffnungen und ähnlichen Anlässen sehen. Nachdem er ins benachbarte Städtchen Timmenrode gezogen war, konnte man ihn dabei beobachten, wie er beim Festumzug zum Stadtjubiläum die uniformierte Abteilung eines Altertumsvereins samt Bürgermeister der Nachbargemeinde anführte. Der Teil des Umzugs, der sich der Zeit des Nationalsozialismus widmete, wurde von seinen Kameraden mit Kübelwagen und Stahlhelmen dargestellt. Für Trebnitz steht wohl ähnliches bevor. Der erste Kontakt ist bereits hergestellt. Ein Frührentner aus dem Dorf hilft gegen Bezahlung beim Renovieren.

**Auf dem Weg zum Schulungszentrum**

Die Immobilie in Trebnitz bietet im Vergleich zu Deckerts Dorfgasthof wesentlich mehr Möglichkeiten. Der Komplex des 1630 erbauten denkmalgeschützten Gebäudes umfasst 1982 Quadratmeter Wohnfläche und 6950 Quadratmeter Grundstück mit Nebengelass.[5] Der Ballsaal im 1. Stock bietet Platz für 220 Personen. Daneben sollen Seminarräume, Räume für Bandproben, ein Schlossmuseum, Übernachtungsmöglichkeiten für 48 Personen, Büros und nicht zuletzt auch 12 Ein- bis Drei-Zimmer-Wohnungen entstehen. Im Schlosshof ist ein Biergarten, nebenan eine Schlossgaststätte mit 50 Sitzplätzen und für Feiern ein »Rittersaal« für 60 Personen geplant. Dementsprechend war der Preis der Immobilie auch etwas höher. Die Deutsche Grundstücksauktionen AG aus Berlin versteigerte das Objekt im März 2001 im Auftrag des Landkreises Bernburg. Für 100.000 D-Mark erhielt das NPD-Kreisvorstandsmitglied Uwe Meenen aus Würzburg den Zuschlag. Im Vorfeld war auch Silke M. aus Halle beteiligt, die inzwischen nichts mehr damit zu tun haben will. Die alleinige Verantwortung für das Schloss und seinen Ausbau ging per Vollmacht direkt an Hupka über. Das überrascht.

Meenen, der wie Horst Mahler Mitglied des Deutschen Kollegs ist, muss zum vorstandstreuen Flügel der NPD gerechnet werden. Hupka hingegen versuchte zuletzt beim NPD-Bundesparteitag im März diesen Jahres gegen den Vorstand zu putschen. Seinem Schattenvorstand sollten u.a. Günther Deckert und Vertreter der Freien Kameradschaften wie Dieter Riefling und Bernd Stehmann angehören. Doch mit diesem Vorstoß scheiterten er und seine Kameraden der aufgelösten Revolutionären Plattform in der NPD (RPF) kläglich. Für Hupka wurde damit die NPD zum politischen Gegner. Der Konflikt gärt schon seit längerem und wurde bisweilen vor Gericht ausgetragen.[6] Aufgrund der Härte der Auseinandersetzungen stehen sich beide Fraktionen unversöhnlich gegenüber. Trotzdem gibt einer von Voigts und Mahlers Getreuen 100.000 D-Mark für ein Objekt aus, das dann von Hupka betrieben werden soll?

Die NPD hat in jedem Fall ein Problem. Das laufende Verbotsverfahren stellt sie vor die Frage, wie das Parteivermögen vor staatlichem Zugriff gesichert werden kann. Dass der Privatbesitz an Immobilien einer der sichersten Wege dazu ist, ist allen Beteiligten klar. Deswegen wurde bereits das langjährige NPD-Schulungszentrum in Ehningen verkauft. Durch eine Erbschaft war es in Parteibesitz gelangt und wäre im Verbotsfalle direkt an den Staat übergegangen.

Die Planungen für das Projekt in Trebnitz begannen zu einem Zeitpunkt, als der Streit zwischen Hupka und der NPD-Führung noch nicht soweit eskaliert war. Andererseits gibt es auch nicht viele Möglichkeiten Vermögen zu sichern, wenn es nicht gerade im Garten vergraben werden soll. Angesichts vieler interner Diskussionen um Fälle von persönlicher Bereicherung könnte Hupka für die Parteifunktionäre eine Alternative gewesen sein. Ein weiteres Indiz dafür ist, dass der Anwalt der Käufer des Schlosses Günther Herzogenrath-Amelung ist. Als Mitglied des Deutschen Rechtsbüros und Berater der NF gab es bereits in der Vergangenheit Kontakte zu Hupka. Inzwischen ist er aber als Anwalt für die NPD aktiv. Andererseits erklärte Horst Mahler bei einer NPD-Landesvorstandsitzung in Sachsen-Anhalt: »Wir müssen Steffen Hupka nicht aus der Partei ausschließen,



[1]

[2]

# Deutsches Kolleg

[1], [2] Das Schloss Trebnitz und sein Käufer - Uwe Meenen aus Würzburg (li.). Hier bei einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Wien.

sondern ihn einbinden um ihn erziehen zu können...«[7] Aufbau und Verwaltung eines Schulungszentrums als Integrationsmaßnahme für den ehemaligen NPD-Schulungsleiter?

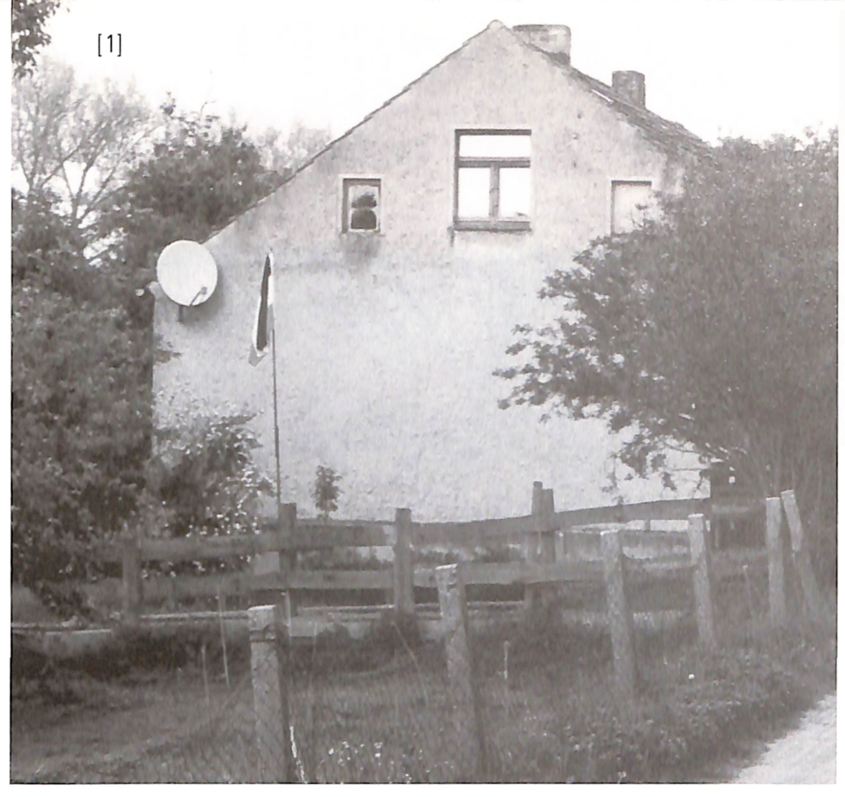
Die NPD fehlt es an Führungsnachwuchs. Wie insbesondere von der RPF kritisiert, tut sie wenig, um die Mitglieder zu schulen. Blitzkarrieren wie die des Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, Frank Kerkhoff, sprechen Bände. Kerkhoff trat Anfang Februar 2001 in die NPD ein. Im Juni 2001 wird er bereits zum Kreisbeauftragten für Aschersleben ernannt und avancierte wiederum kurze Zeit später zum Landesvorsitzenden. Jetzt liegt auch er mit Hupka in heftigstem Streit. Er versuchte sich Hupkas Unterstützung für seine Wahl zum Landesvorsitzenden mit 10.000 D-Mark zu erkaufen. Das Geld wurde von Hupka angeblich ins Trebnitzer Projekt investiert. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass auch Kerkhoff Mitglied im Deutschen Kolleg ist.

Hupka ist aufgrund seiner langjährigen Erfahrung als Schulungsleiter sowohl im Zentrum der verbotenen Nationalistischen Front (NF) in Detmold-Pivitsheide als auch innerhalb der NPD sowie als Betreiber rechter Zentren wie das der NF oder im kleineren Rahmen mit der ehemaligen Dorfschule in Timmenrode bestens geeignet, das Bildungsniveau der Kameraden auf Vordermann zu bringen. In diese Richtung gingen auch seine Überlegungen zur »Reform« der NPD. Da dieses Projekt für ihn gescheitert ist, bleibt nur der Aufbau einer anderen bundesweiten Organisation. Nach seiner Überzeugung ist auch das Konzept der Freien Kameradschaften bald an seinen Grenzen angelangt. Um über die Möglichkeiten einer neuen Organisation außerhalb der NPD zu beraten, wurde von Hupka am 27. April 2002 zu einem Treffen nach Trebnitz eingeladen. Seinem »Schlossprojekt« misst er bei der Schaffung von Alternativen zur NPD eine zentrale Bedeutung bei. Der Einladung war zudem eine ausführliche Beschreibung der noch benötigten Baumaterialien beigelegt. Am zweiten Tag des Treffens sollte die Zukunft des Schulungszentrums alleiniger Tagesordnungspunkt sein.

### Wichtige Infrastruktur

Ob nun mit NPD-Schwarzgeldern oder aus anderen Quellen finanziert - Zentren wie die geplanten in Gränitz und Trebnitz sind wichtige Teile der Infrastruktur von Neonazis. Sie reihen sich in das Konzept der »Befreiten Zonen« ein. Dass der Erwerb von Immobilien einen zentralen Punkt in diesem Konzept darstellt, erläutert Hupka in einem Artikel in der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme«[8]. Der gezielte Ankauf von Immobilien soll demnach nicht der Versuch der totalen Abgrenzung von der bestehenden Gesellschaft sein, also Selbstzweck im Sinne von Neonazis als Aussteigern, sondern Mittel zu einer politischen Veränderung im neonazistischen Sinne. So wird ein Objekt nach diesem Konzept als materielle und moralische Basis definiert. »Sie muß unsere Nachschubbasis und unsere Heimatfront sein. Aus ihr heraus müssen wir die eigentliche Front weiter vorschieben, müssen wir neue Nebenkriegsschauplätze, sprich Befreite Zonen, eröffnen.« Und weiter: »Steht das Objekt auf relativ sicheren Füßen, kann man daran gehen, weitere Freiräume zu erobern. Wer bereits ein Haus hat, erhält von der Bank auch meist einen Kredit für ein zweites. Ist der erste und schwerste →





[1] Lauschig im Grünen - Die Pension in Godendorf

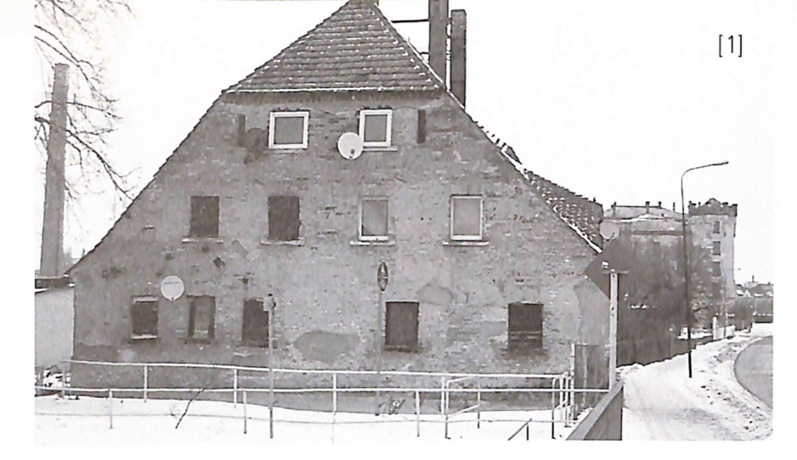
Schritt einmal getan, dann sind die weiteren Schritte wesentlich einfacher umzusetzen.« Eine Immobilie auf dem Land als Keimzelle neuer »Befreiter Zonen«? Ein so zu schaffendes Netzwerk von Objekten sieht Hupka als die zentrale Aufgabe des »gesamten nationalen Widerstandes« an.

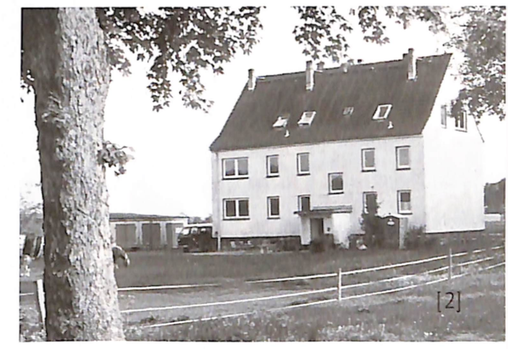
## Nicht allein – auf weiter Flur

Die Grenzen zwischen Objekten, die im Sinne eines solchen Konzeptes erworben werden - wie in Trebnitz - und denen, die vor allem zur Existenzsicherung der beteiligten Rechtsextremen beitragen, verschwimmen zusehends. Eine ganze Reihe von Objekten ist entstanden, die sowohl den persönlichen als auch politischen Zielen der Betreiber dienen. Auch wenn diese nur ansatzweise den von Hupka gestellten hohen Anforderungen entsprechen, sind sie ein wesentlicher Beitrag zur rechtsextremen Infrastruktur. Relativ sicher vor dem Zugriff der Sicherheitsbehörden, ermöglichen sie einerseits politischen und sozialen Freiraum und sind andererseits Anlaufpunkt für Neonazis in der Region. Sie ermöglichen fast jede Art von Veranstaltung – vom Parteitag bis zum Neonazi-Konzert – und können in geeigneten ländlichen Gegenden eine bis vor kurzem ungeahnte regionale Verankerung bewirken. Den Betreibern bieten sie die Möglichkeit, Gelderwerb und politische Arbeit zu verbinden.

## Die nationale Pension

Godendorf - »88 km über Berlin in Richtung Ostsee« lautet die Wegbeschreibung für eine ungewöhnliche Pension. Schon auf den ersten Blick unterscheidet sich das Feriendomizil am Rande der Bundesstrasse 96 und zehn Autominuten von Neustrelitz entfernt von den anderen Höfen des Dorfes. Auf einem Zaunpfahl weht eine schwarz-weiß-rote Fahne, am Briefkasten kleben DVU-Aufkleber und in einem Gartenhäuschen am See hängen Reproduktionen von Landser-Bildern. Wirtin Waltraut »Traute« Lintow macht keinen Hehl aus ihrer »nationalen Gesinnung« wie ahnungslose Besucher dem AIB empört schilderten. Ganz offen schwärmt die 76-jährige von ihren guten Kontakten zu alten und jungen Kameraden in der Region, die immer zahlreicher würden. Lintows Beziehungen zahlen sich aus. So wirbt die Website des neonazistischen Unabhängigen Freudeskreises (UFK) aus Neustrelitz unter der Überschrift »Reif für die Insel« ganz offen für Lintows Pension. Auf Nachfragen teilt UFK-Aktivist Michel Hamburger[9] mit, wenn man »abends in zünftiger Runde mit Kameraden beisammen sein« wolle, könne man mit einem »alten BDM-Mädel« und »20 bis 30jährigen Burschen die alten, morschen Knochen zittern lassen«. Ex-BDMlerin Lintow lässt sich tatsächlich nicht lange bitten, wenn es darum geht, den Nationalsozialismus zu verherrlichen und verweist stolz auf sorgsam in einer Holztruhe aufbewahrte Propagandaschriften aus der NS-Zeit. Während es sich bei ihrem Pensionsbetrieb - ganze 25 Euro pro Übernachtung - vor allem um eine Möglichkeit der Existenzsicherung handelt, hat die Wirtin aber noch eine ganz andere Funktion. Zuletzt fand auf einem Grundstück von Traute Lintow am 30. März 2002 ein »Osterfeuer« mit rund 80 Alt- und Neonazis aus Neustrelitz und Umgebung statt, das nach einiger Zeit von der Polizei aufgelöst wurde.[10] Drei Festnahmen und über Wiesen und Zäune flüchtende Rechte waren das Ergebnis. Für die Neustrelitzer Neonaziszene ist Lintows Anwesen ein wichtiger sozialer und politischer Rückzugsort. Zumeist ungestört von Antifas und Behörden konnten und können sie sich hier zu rechten Ritualen wie »Sonnenwendfeiern« treffen. Darüber hinaus ist Traute Lintow fester Bestandteil eines regional immer dichter werdenden rechtsextremen Netzes. Mit dazu gehört der Journalist Peter Ernst, der im nahegelegenen Düsterförde ebenfalls Ferienübernachtungen anbietet. Ernst wurde bezeichnenderweise am 20. April 2002 zum neuen Vorsitzenden





[1] Renovierungsbedürftig aber vertraglich gesichert - Das NJB Domizil in Zittau

[2] Anziehungspunkt für die Dorfjugend - Wohnprojekt in Scharbow

des Fürstenberger Heimatvereins gewählt. Dort ist auch Uwe Jürgens, ehemals Leiter einer Wehrsportgruppe in Celle, aktiv.[11]

### Nazi-Konzerte auf der Insel

Auch in der allernördlichsten Ecke Deutschlands hatten sich Nazis ein eigenes Objekt gesichert: Den Club 18 in Sassnitz auf Rügen. Nahe dem touristischen Zentrum der Stadt gelegen, sah er auf den ersten Blick nicht besonders einladend aus. Die leicht schmuddelige zweistöckige Baracke beherbergt auf dem Hinterhof Autowracks. Bekannt ist der Club 18 weniger für eine kuschelige Atmosphäre als für eine Vielzahl von Rechts-Rock-Events. Alleine zwischen Dezember 2001 und Mai 2002 fanden hier sieben Nazi-Konzerte mit jeweils bis zu 250 Besuchern aus dem ganzen Bundesgebiet statt, so dass das von der Stadtverwaltung inzwischen verhängte generelle Veranstaltungsverbot und die Kündigung des Mietvertrags zum 31. Mai mehr als überfällig war. Ein Jahr hatte die Stadt Sassnitz gehofft, das Problem aussitzen zu können, bis am 20. April diesen Jahres, passend zum Hitler-Geburtstag als private Geburtstagsfeier deklariert, ein Konzert von der Polizei aufgelöst wurde. Die anwesenden Neonazis verbarrikadierten die Eingangstür und griffen die Beamten mit Flaschen an. Die bedrohliche Situation in der Stadt hat sogar schon Eingang in Reiseführer gefunden. »Rügen ist berüchtigt für die Skinhead-Gangs, die gelegentlich Besucher, auch westdeutsche, überfallen. Seien Sie extrem vorsichtig in der Nähe der Bahnhöfe, besonders in Sassnitz«, schreibt der Lonely Planet Germany.

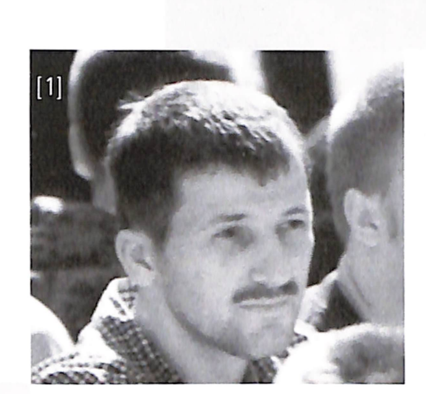
### Nationales Jugendzentrum in Zittau

Auf das gleiche jugendliche Klientel zielt auch der Nationale Jugendblock (NJB) in Zittau[12]. Der Verein, der sich bereits 1992 in Zittau gründete, hat in den letzten zehn Jahren Dank kommunaler Unterstützung erfolgreich das bundesweit älteste »nationale Jugendzentrum« etabliert. Wie stark der Neonaziverein in der 28.000 Einwohnerstadt verankert ist, zeigt die jüngste Entscheidung des Stadtrates vom 20. Juni 2002. Auf Antrag der CDU-Fraktion und mit den Stimmen einiger PDS- und Freie Wähler-Stadträte wurde beschlossen, dem NJB sein altes Domizil in der Südstraße 8 mittels eines Erbbaupachtvertrages für zwölf Jahre zu überlassen. Diesem bundesweit einmaligen Vertrag zwischen einem neonazistischen Verein und einer Kommune war ein monatelanges Tauziehen vorausgegangen. Im Sommer 2001 hatte die Stadt Zittau den Mietvertrag mit dem NJB für die Südstraße 8 zunächst gekündigt, die Rechten aber bis zum Frühjahr diesen Jahres im Haus gelassen. Dann zog der NJB in eine baufällige Villa eines privaten Vermieters in der Lessingstraße 12 um.

In dieser besseren Zittauer Wohngegend gründete sich daraufhin eine Bürgerinitiative namens Eigeninitiative »Lessing« (EIL). Deren Engagement richtet sich aber nicht gegen das rechte Zentrum an sich, sondern ausschließlich gegen seinen Standort. Daraus resultierte eine ungewöhnliche Koalition. Die EIL setzte sich gemeinsam mit der CDU dafür ein, den Erbpachtvertrag für das Haus in der Südstraße zu unterzeichnen und drohte offen damit, ansonsten müsse man die Südstraße 8 für den NJB privat erwerben.

Im Nutzungskonzept für das NJB-Vereinshaus heisst es: »Vielmehr ist es unser Anliegen, unser Haus als ein offenes Jugendhaus zu führen und Veranstaltungen zu organisieren, die für jedermann zugänglich sind.« Und weiter: »Das Haus soll dem Zweck dienen, Gäste einzuladen, damit hier über Dinge, die uns und unsere Besucher beschäftigen, gesprochen werden kann. (...) Teile des unteren Bereichs sollen so gestaltet werden, dass es möglich wird, auch eine grössere Öffentlichkeit empfangen zu können.« Schon in den letzten acht Jahren diente das NJB-Haus nicht nur als Anlaufpunkt für organisierte Rechte, sondern auch viele Jugendliche und Kinder kommen bei regelmäßigen Konzerten und Events hier mit dem rechten Lifestyle in Berührung. Die Vereinssatzung des NJB zeigt ganz deutlich, worum es eigentlich geht.

Vereinszweck sei »National gesinnte Jugendliche zu sammeln, die Basis für eine sinnvolle Freizeitgestaltung im Kreise Gleichgesinnter zu ermöglichen, im Sinne des nationalen Grundgedankens die rechtsorientierte Jugend zu sammeln und das Nationale Erbe zu pflegen.« Das Zittauer Projekt des »Alternativen Jugendzentrums« von und für Neonazis segelt auf Erfolgskurs. Inzwischen hat der NJB →





[1], [2] Der Bauer und sein Hof - Markus Privenau und sein Gehöft in Loosen

damit eine Vorreiter- und Vorbildfunktion für andere Neonazis eingenommen. Seit einem Jahr wird auch in Jena und Greifswald daran gearbeitet, ähnliche Projekte zu etablieren.

## »National befreites« Wohnen

Dass Häuser von rechtsextremen Vereinen geführt werden, lässt sich auch andernorts beobachten. In Scharbow in Mecklenburg-Vorpommern hat sich Jürgen Witt, ehemals Aktivist der Sauerländer Aktionsfront, in einem zweistöckigen alten DDR-Bau direkt an der Hauptstrasse niedergelassen. Im Namen des Vereins Freie Deutsche e.V. organisierte Witt hier u.a. Sonnenwendfeiern. Am 25. Mai diesen Jahres fand auf dem Gelände laut Einladung ein Wikinger-Fest mit Wettkämpfen wie Balkenlaufen, Axtwerfen, Wettnageln und »Schweinefangen« statt. Ähnlich rustikal geht es in einem von Aktivisten des Kameradschaftsbunds Anklam genutzten Haus mit angrenzender Scheune im mecklenburgischen Salchow zu. Hier finden zudem, da in der privat genutzten Kneipe Platz für bis zu 100 Personen ist, regelmäßig als Geburtstagsfeiern getarnte Neonazi-Treffen statt.

Einen etwas anderen Weg geht der Nazi-Multifunktionär Markus Privenau. Auch den ehemaligen Bremer Aktivisten von FAP, HNG und Jungen Nationaldemokraten zog es aufs Land. Er betreibt einen Ökobauernhof in der Schulstraße 3 in Loosen. Unter dem Namen »Zum Leevensboom« organisiert er auf seinem Bauernhof neben Weihnachtsfeiern auch Büchertische mit heidnischer Literatur. Mit Spenden und Beitrittsversuchen bei der Freiwilligen Feuerwehr versucht er, sich vor Ort zu etablieren.

## Obdachlose NPD

Ob Hohenstein in der Sächsischen Schweiz oder süddeutsche Dörfer: Auch NPD-Aktivisten suchen nach neuen Immobilien. In Rheinland-Pfalz versuchen die NPD-Kader Martin Laus und Sascha Wagner seit Anfang des Jahres, ein geeignetes Gebäude für ein »nationales Bewegungszentrum« zu erstehen. Nachdem sie in drei Dörfern scheiterten, weil die Behörden die anvisierten bankrotten Landgasthöfe und einen ehemaligen Swinger-Club durch örtliche Sparkassen aufkaufen ließen, bieten sie jetzt mehrere hunderttausend Euro für ein ehemaliges Ausflugslokal in Elmstadt bei Neustadt an der Weinstrasse.

## Anspruch und Realität

So weitgehend einzelne der Nutzungskonzepte auch sein mögen, an der praktischen Umsetzung werden sie sich messen lassen müssen. Auffällig ist, dass im Gegensatz zu früheren Neonazi-Zentren wie in Hetendorf oder Detmold-Pivitsheide die beschriebenen Projekte nicht allein nach innen in die Szene hinein wirken. Sie richten sich gerade auch nach außen. Kadern wie Deckert und Hupka geht es eben neben der Schaffung von Infrastruktur auch um die Akzeptanz und letztlich auch Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung. Die daraus resultierende Tolerierung rechter Ideologie bzw. ihre weitergehende Etablierung im öffentlichen Raum würde sie ihrem Konzept der »Befreiten Zonen« ein erhebliches Stück näherbringen. Es sind in erster Linie Neonazis, die entweder in ihren politischen Karrieren mehrere Organisationswechsel vollzogen haben oder durch Alt-Kader beeinflusst wurden, die jetzt durch Immobilienkäufe versuchen, dauerhafte Strukturen zu schaffen. Ihre Rechnung, durch die Schaffung solcher in Privatbesitz befindlicher Objekte nachhaltige, über Jahre bestehende Projekte zu schaffen, könnte aufgehen. Ihr Wille zur strukturellen Unabhängigkeit zeigt sich jedenfalls deutlicher denn je.

Doch ganz so einfach wie in den diversen Konzeptpapieren beschrieben funktioniert es in der Praxis nicht immer. Das bereits vor drei Jahren von Thomas Wulff und Michael Grewe aus dem Kreis der Freien Kameradschaften erworbene Anwesen in Amholz bei Boizenburg zeigt die damit verbundenen Schwierigkeiten. Das Gebäude konnte durch den hohen Aufwand für Ausbau und Renovierung bisher nicht fertiggestellt werden. Die Motivation der »Kameraden« über längere Zeiträume Zeit und Geld in die notwendigen Arbeitseinsätze zu investieren, stellte sich als relativ begrenzt heraus. ■

1| Der Rechte Rand, Mai/Juni 2002, Nr.76
2| Cola-Ball im »Deutschen Haus« von Thomas Schade, Sächsische Zeitung
3| nd-online, 13.05.02
4| Der Rechte Rand, Mai/Juni 2002, Nr.76
5| Magdeburger Volksstimme, 08.05.2002
6| siehe AIB Nr. 55
7| Rundbrief oppositioneller NPD-Kräfte Nr.1/2002
8| »Befreite Zonen – aber wie?«, Deutsche Stimme 11/1999
9| Nach Informationen von lokalen AntifaschistInnen soll sich hinter diesem Pseudonym Thomas Splittgerber verbergen.
10| vgl. Nordkurier, Strelitzer Zeitung vom 2. April 2002, S.11
11| vgl. Monitor, Nr. 5, Mai 2002, S. 3 »Wehrsport und Heimatschutz«
12| siehe AIB 54, 3.2001, S. 24




# Inszenierter Tabubruch

## Die FDP und der Antisemitismus

Der von den Grünen zur FDP übergetretene nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Jamal Karsli hat in den letzten Wochen mit einer anti-israelischen Pressemitteilung und mit einem Interview in der rechtsextremen Wochenzeitungen »Junge Freiheit« eine ganze Welle antisemitischer Äußerungen quer durch die Gesellschaft ausgelöst. Selten zuvor waren so öffentlich die Verbrechen Nazideutschlands mit der Politik des israelischen Staates gleichgesetzt worden und selten fanden antisemitische Verschwörungstheorien eine solche weite Verbreitung.

Der FDP-Vize Jürgen W. Möllemann inszenierte sich im Laufe der Diskussion als vermeintlicher Tabubrecher in Sachen Israel und lieferte sich einen wochenlangen Schlagabtausch mit dem Vizepräsidenten des Zentralrat der Juden in Deutschland, Michel Friedman. Auch hier war antisemitischer Beifall die unvermeindliche Folge.

**»Die ganz normalen Bürger«...**

...seien seine Mitstreiter, erzählte Möllemann. Am Nordseestrand hätten sie ihm über Pfingsten zugejubelt und ihn in seiner Meinung bestärkt. In über 11. 000 Zuschriften sei er aufgefordert worden, weiter für seine Überzeugungen im Nahost-Konflikt einzutreten.

Was diese ganz normalen Bürger so denken, konnte man auf der Internet-Seite von Jürgen Möllemann nachlesen. Hunderte Einträge füllten sein Forum. Beim Lesen dieser Einträge bekommt man eine Ahnung davon, was Hannah Arendt einst als »Bündnis aus Elite und Mob« bezeichnete. Allein die Einträge die am 22. Mai 2002 zwischen 00.12 Uhr und 05.49 Uhr gemacht wurden sprechen für sich. Ein(e) K. Altmann verkündet: »Es wäre wohl besser, wenn Herr Friedman sich wieder als Pelzhändler in Frankreich betätigen würde. Dann wären wir ihn endlich los« und »Das wir es mit einem Zigeunerjuden zu tun haben, ist eine Tatsache und deshalb auch keine Beleidigung«. Ein(e) S. Dietrich bestätigt: »Wir lassen uns doch nicht von jedem dahergelaufenen Juden auf der Nase herumtanzen«. Ein(e) M. Ortner gibt zu bedenken: »Man sollte mal Herrn Friedman die Frage stellen, ob es nicht schändlich ist in der Zweiten Generation, das Leid was den Juden angetan wurde, dazu zu nutzen im Grundstücksspekulationsgeschäft im Raume Frankfurt die Millionen zu scheffeln.« Der rechtsextreme Deutschherrenklub aus Berlin empfiehlt Möllemann eine schnelle Bewerbung und die Nationale Opposition Deutschland hofft, dass Möllemann obsiegt und nicht einbricht. »Eine Liberale« sieht eine »gewaltige Organisation«, die einem Geschichtsbild dient, in dem »sind die Juden – und ist Israel das ewige Opfer – wir Deutschen müssen dann als Gegenpol als ewige Täter dienen«. Ein »Humanist« äußert: »Wenn es Friedman stört im Lande der Mörder zu leben, kann er ja in das Land wechseln, welches am meisten Morde begeht – Israel!« Karlheinz Isensee meint »Diese 'Deutschen jüdischen Glaubens' – mit mindestens drei Reisepässen – sollen endlich 'n Flug nach Tel Aviv oder Washington antreten – nur hin, nicht zurück...«

Diese Einträge belegen, dass sich von den Wahnvorstellungen über eine jüdische Weltverschwörung bis hin zum antisemitischen Bild des millionenscheffelnden jüdischen Spekulanten fast sämtliche antisemitischen Stereotype in der deutschen Gesellschaft überlebt haben. Antisemitismus ist auch dort noch immer latent präsent, wo man sich nicht mehr zu ihm bekennt oder den Vorwurf des Antisemiten empört von sich weisen würde.

→




[1] Begeisterung für Möllemann - Neonazis am 8. Juni 2002 in Leipzig.

[2] Begeisterung für Möllemann? - Neonazi am 6. April 2001 in Leipzig.
Die 18 steht in der Nazi-Szene auch für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet: A und H. Hierdurch soll Adolf Hitler glorifiziert werden.

### »Ein Hort des Antisemitismus«

...nannte Joschka Fischer die FDP. Doch Jamal Karsli war nicht nur ein Sprecher der »Initiative gegen das Irakembargo Deutschland« [1] sondern auch Mitglied der Grünen. Als Redner auf pro-palästinensischen Demonstrationen machte er schon als Grünen-Mitglied keinen Hehl aus seinen politischen Ansichten. Am 16. Februar 2002 fragte er in Bonn auf einer Demonstration zum Thema »Schutz für die Palästinenser«: »Warum schreit niemand bei uns auf, wenn unsere Politiker und an der Spitze George Bush vor der israelischen Lobby ständig auf die Knie fallen ?« [2]

Hier zeichnete er das Wahnbild einer übermächtigen israelischen Lobby, die die deutschen und amerikanischen Politiker beherrschen würde. Auf einer Kundgebung »Solidarität mit Palästina« am 13. April 2002 in Berlin drohte er gar den »Boykott israelischer Waren« als politisches Druckmittel an.[3] Die historische Parallele zu »Kauft nicht bei Juden«-Kampagnen aus der Anfangszeit des Nationalsozialismus schien niemandem aufzufallen oder aufzustossen. Mitte März veröffentlichte er eine Pressemitteilung unter der Überschrift »Israelische Armee wendet Nazi-Methoden an !« Hier schrieb er: »Gerade von Deutschen sollte auf Grund der eigenen Geschichte eine besondere Sensibilität erwartet werden, wenn ein unschuldiges Volk den Nazi-Methoden einer rücksichtslosen Militärmacht schutzlos ausgeliefert ist.« Ausgerechnet die Verbrechen der deutschen Wehrmacht, der SS und der deutsche Bevölkerung sollen dazu herhalten, um die deutsche Bevölkerung gegen die Kinder und Enkel der jüdischen Überlebenden und ihren Staat aufzubringen. Angelockt von dieser absurden Gleichsetzung der israelischen Armee mit den deutschen Nazis bat auch die rechtsextreme »Junge Freiheit«[4] zum Interview. Anfang Mai gab Karsli hier antisemitische Verschwörungstheorien zum Besten: »Man muss zugestehen, dass der Einfluss der zionistischen Lobby sehr groß ist: Sie hat den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne und kann noch so bedeutende Persönlichkeiten 'klein' kriegen. Denken Sie nur an Präsident Clinton und die Monika-Lewinsky-Affäre. Vor dieser Macht haben die Menschen in Deutschland verständlicherweise Angst.« Hier wird ein weiteres Wesensmerkmal des Antisemitismus deutlich. In seinem Selbstverständnis sah dieser sich immer als eine legitime Notwehrbewegung gegen die herbeiphantasierten Herrschaftsgelüste und »frechen Anmaßungen« der Juden. In dem Interview attestierte Karsli den Deutschen außerdem eine moralische Lähmung angesichts des Holocaust. Auch die Singularität der Shoa wurde von ihm in Frage gestellt: »Den Leuten ist klar, dass das, was sich die israelische Armee da erlaubt, einmalig in der Welt ist«.[5]

### Möllemann

In seiner Austrittserklärung aus der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN verkündete Karsli: »Die Haltung von Herrn Jürgen Möllemann im Nahostkonflikt stimmt mit meiner Einstellung völlig überein. Deshalb habe ich mich entschieden, der FDP beizutreten.«[6] Jürgen Möllemann ist Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft (DAG) und hatte mit diversen anti-israelischen Ausfällen auf sich aufmerksam gemacht. In einem Interview mit der taz erklärte er: »Was würde man denn selbst tun, wenn Deutschland besetzt würde ? Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt. Ich bin Fallschirmoffizier der Reserve. Es wäre dann meine Aufgabe, mich zu wehren. Und ich würde das nicht nur im eigenen Land tun, sondern auch im Land des Aggressors.«

Wahrscheinlich wollte Möllemann mit seinen »Rambo«-Phantasien Verständnis für palästinensische Selbstmordattentate wecken, doch er bediente damit auch das bereits genannte antisemitischen Wesenselement der ständigen, legitimen Notwehr. Deutschlands Zukunft sieht Möllemann durch den Nahost-Konflikt bereits einer dramatischen Gefahr ausgesetzt: »Vor unserer Haustür droht ein Krieg mit Massenvernichtungswaffen und vor unserer Haustür kommen möglicherweise Millionen Flüchtlinge in Bewegung und die kommen dann durch unsere Haustür. Amerika ist weit!«[7] Hier wird von Möllemann ein Bedrohungsszenario an die Wand gemalt, das eigentlich nur noch eine militärische Intervention in Israel oder zumindestens eine noch rigidere Flüchtlingspolitik zur Folge haben dürfte.

### Die Opfer als Täter und die Täter als Opfer

Die Auseinandersetzung über die antisemitischen Äußerungen Karslis entwickelte sich in der Öffentlichkeit vor allem zu einem Konflikt zwischen dem FDP-Parteivize Jürgen Möllemann und dem Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman. Im Laufe der Karsli-




Über die FDP-Werbegeschenke werden sich wohl auch Neonazis freuen.

Debatte warf Möllemann Friedman vor: »Ich fürchte, dass kaum jemand den Antisemiten, die es in Deutschland leider gibt (...) mehr Zulauf verschafft als Herr Scharon und in Deutschland als Herr Friedman mit seiner untoleranten, gehässigen Art«. Später bekräftigte er: »Dieses Zitat meine ich so. Die Zeiten, in den man uns das Denken verbieten wollte, sind vorbei (...) Aber wenn man wie Michel Friedman als angeblicher Sachverwalter des Zentralrats der Juden Kritiker der Politik Israels niedermacht, wer wie er mit Gehässigkeit um sich wirft, mit unverschämten Unterstellungen arbeitet – Antisemitismus und so weiter –, der schürt Unmut gegen die Zielgruppe, die er zu vertreten vorgibt.« [8]

Wolfgang Benz vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung bemerkte hierzu vollkommen richtig: »Die Zungenschläge von Herrn Möllemann stehen zweifellos in der Tradition der antisemitischen Propaganda, die Juden seien an ihrer Situation selbst schuld.« Möllemann hat einen Vertreter der deutschen Juden so direkt angegriffen wie kein anderer Politiker seit dem Zweiten Weltkrieg – Rechtsradikale ausgenommen. »Das perfide ist, dass Friedman nicht als Person gemeint wird, sondern als Teil des Kollektivs.« Dabei zielte Möllemann unter dem Vorwand der Israel-Kritik auf einen latent vorhandenen Antisemitismus in der Bevölkerung. Als die Ausfälle Möllemanns gegen Friedman keine Konsequenzen bei der FDP auslösten, fragte Friedman: »Wo ist die FDP-Führung eigentlich hingekommen, dass sie einem stellvertretenden Vorsitzenden, der solches Gedankengut verbreitet, nicht öffentlich widerspricht oder sich gar von ihm trennt.«

Rasch waren einige FDP-Kollegen zur Stelle. Der schleswig-holsteinische FDP-Chef Wolfgang Kubicki verkündete, Friedman sei »auch nicht von schlechten Eltern, und möglicherweise hat Möllemann nur einen groben Klotz auf einen groben Keil gesetzt«. Die stellvertretende Thüringer FDP-Landeschefin, Ulrike Flach, befand gar: »Wir brauchen Möllemann im Wahlkampf und wir brauchen seine engagierten Äußerungen zum Nahost-Konflikt« Der stellvertretende Chef der FDP-Saar, Karl-Josef Jochem, meinte, mit seiner Kritik spreche Möllemann »vielen aus der Seele«. Sachsens FDP-Chef Holger Zastrow verteidigte Möllemann: »Eine Meinungsäußerung darf kein Tabu sein.« Andere führende FDP-Politiker übten jedoch auch Druck auf Möllemann aus, Karsli aus der Partei zu drängen.

Am Ende versuchte sich die FDP mit einem faulen Kompromiss aus der Affäre zu ziehen: Karsli darf zwar weiter in der Düsseldorfer Landtagsfraktion mitarbeiten, verzichtet jedoch auf seine FDP-Mitgliedschaft. Möllemann betonte, eine »öffentliche Hetzjagd« habe Karsli zu diesem Schritt veranlasst. Westerwelle sagte, man dürfe Andersdenkenden nicht mit der »Nazi-Keule« beikommen. Karsli selbst beklagte: »Die Reich – und Tragweite des Tabus Juden und Israel in Deutschland habe ich erst jetzt im wahren Umfang kennenlernen müssen.« Die »politisch korrekte Klasse« verlange, dass man »einseitig auf der Seite Israels« stünde. »Was das Volk denkt, kümmert sie nicht«.

Die Behauptung, dass man in Deutschland die Politik Sharons nicht kritisieren könne, ist absurd, wie jeder wissen dürfte, der regelmäßig eine Zeitung liest. Die Unterstellung, Michel Friedman oder sonst wer würden Kritik an der israelischen Regierung verbieten wollen, ist ebenso bodenlos. Es werden hier erst Tabus herbeigeredet, um sie anschließend mit viel Getöse durchbrechen zu können. Die Taktik dahinter ist leicht als klassischer Populismus zu duchschauen. Man stellt sich als jemand dar, der eine Vorreiterrolle einnimmt, obwohl man der Volksmeinung nur hinterherrennt. So kann man sich an die Spitze einer »neuen Bewegung« stellen, die so neu gar nicht ist. Das Ganze wird dann als eine »Emanzipation der Demokraten« dargestellt.

Dass ein rechtspopulistischer Durchbruch in der FDP vorerst ausgebremst wurde, scheint erfreulich. Dass dies jedoch nur aufgrund von parteitaktischer Nützlichkeitserwägung und innerparteilicher Machtverteilung erfolgte, ist bedenklich. Die Behauptung, eine liberale Partei der Mitte könne prinzipiell nicht antisemitisch sein, kann man getrost unter geschichtslosen Blödsinn verbuchen, wenn man sich die Geschichte des (national)liberalen Parteienspektrums in Deutschland anschaut.

### Fazit

Dass Antisemitismus in der Öffentlichkeit thematisiert wird, ist natürlich zu begrüßen. Allerdings ist die Debatte von einer tatsächlichen Auseinandersetzung über die Ursachen und Wirkungen antisemitischer Ideologie noch weit entfernt. Der rechtspopulistische oder rechtsextreme Reiz, angebliche Tabus brechen zu wollen, wird wachsen. Und manches antisemitische Ressentiment, das man in der ideologischen Mottenkiste glaubte, wird quer durch die Medien und die Talkshows gereicht, um dort öffentlich »verhandelt« zu werden. Salon-Antisemitismus ist nicht weniger gefährlich als der militante Antisemitismus der Neonazis. ■

1| http://www.embargos.de/irak/ini/pe_bt_debatte_feb02.html
2| http://www.d-a-g.de/ 16-02-Jamal-Karsli-Demo.htm
3| http://www.d-a-g.de/ 16-04-Redebeitrag-Karsli.htm
4|Die Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) ist der »Neuen Rechten« zuzurechnen, einer um Intellektualisierung bemühten Strömung innerhalb des Rechtsextremismus.
5| »Junge Freiheit« vom 3. Mai 2002, »Karslis Äußerungen in Auszügen« Netzzeitung Deutschland, 16. Mai 2002.
6|http://home.landtag.nrw.de/mdl/jamal.karsli/b15.htm
7| Interview mit J.W. Möllemann im Deutschlandfunk »Informationen am Morgen«, 14.März 2002. www.d-a-g.de
8| http://de.news.yahoo. com/020521/27/2ruvf.html

# Antifa in Bewegung?

»Antifa, wie weiter?« lautete der Titel eines AIB-Artikels zu »Rückblicken und Ausblicken« auf die antifaschistische Bewegung im Frühjahr 2000. Angesichts des wenige Monate später ausbrechenden »Aufstands der Anständigen« und dessen Folgen auf die Antifabewegung sowie angesichts der herrschenden Zustände, der Selbstauflösung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) im vergangenen Jahr und des kaum noch handlungsfähigen Bundesweiten Antifa-Treffens (BAT) stellt sich diese Frage dringender denn je. Im folgenden wollen wir einige Thesen zum Stand der Bewegung zur Diskussion stellen - in der Hoffung, damit eine Diskussion über die Perspektiven antifaschistischer Praxis anzuregen. Dieser Artikel ist der Auftakt für eine Serie, die im AIB Nr. 57 mit einem Artikel zum BAT fortgesetzt werden soll. Im Folgenden beschränken wir uns auf die Entwicklungen in den letzten zwei Jahren.

» Der »Aufstand der Anständigen« traf die Antifa-Bewegung weitgehend unvorbereitet und in einer Situation, in der viele Gruppen und EinzelaktivistInnen mit der alltäglichen Arbeit schon überfordert waren. Als unmittelbare Reaktion auf den »anständigen Sommer« zeichneten sich mehrere Tendenzen ab: Die einen versuchten, mit möglichst viel Rechercheinformationen und Medienarbeit das gesteigerte Interesse von JournalistInnen zu bedienen. Das hatte scheinbar zunächst durchaus Vorteile: Einerseits konnte man das Definitionsmonopol staatlicher Sicherheitsbehörden in Bezug auf Rechtsextremismus lokal und auch überregional erfolgreich in Frage stellen. Einige Gruppen konnten sich als kompetente Ansprechpartner für JournalistInnen etablieren. Damit einher ging jedoch oft eine Anpassung an die Mechanismen des Medienbetriebs, der nach immer exklusiveren Informationen und immer ungewöhnlicheren »Fällen« verlangt. Viele ehrenamtlich arbeitende Antifa-Initiativen gerieten dabei an die Grenzen ihrer Kapazitäten. Hinzu kommt, dass eigene politische Inhalte und Positionen beim reinen Informationszufüttern für bürgerliche Medien oft kaum vermittelbar sind und dass nicht alles »Anfüttern« auch eingebettet in eigene politische Strategien ist.

Die zweite Tendenz ist um einiges fataler für die Antifa-Bewegung. Nämlich die Bereitschaft vieler antifaschistischer Gruppen, die Lippenbekenntnisse zu »Zivilcourage« und staatliche Maßnahmen gegen Rechts, vor allem im Bereich der Repression, mit antifaschistischem Engagement zu verwechseln. Aus der Erkenntnis heraus, dass Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus aus der gesellschaftlichen Mitte kommen und sowohl PolitikerInnen als auch Sicherheitsbehörden im Zweifel »den Feind in diesem Land« immer noch von Links wittern, hätte eigentlich allen klar sein können, dass ein nahezu erleichtertes »Abdeligieren« des Kampfs gegen Rechts an staatliche Organe bestenfalls eine Selbsttäuschung bedeutet. Schlimmstenfalls stellt es eine Kapitulation vor der eigenen Verantwortung dar. Eine dritte Tendenz besteht darin, aus Angst um die eigene (Verbal)-Radikalität und in Abgrenzung zum Zivilgesellschafts-Einheitsbrei unter dem Label »Antifa« eine Antifa-Bewegung ohne Anti-Nazi-Aktivitäten zu propagieren.

Die vierte Tendenz, die sich mit den Nachwehen des »anständigen Sommers« abzeichnete, war und ist, auf den zunächst mit ICE-Geschwindigkeit anrollenden Zug der Zivilgesellschaft aufzuspringen und zumindestens für die eigene Initiative einen Teil vom Kuchen der staatlichen Förderung zu sichern. Mit der Entscheidung der Bundesregierung, das sogenannte CIVITAS-Programm einzurichten, begann eine Entwicklung, die die antifaschistische Bewegung nachhaltig verändert hat.

## Die CIVITAS-Sackgasse

Schlechtes Geld stinkt nicht, wenn man es im eigenen Sinn einsetzen kann, lautete das Motto, mit dem viele Initiativen in den neuen Bundesländern Anträge beim CIVITAS-Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellten. Tatsächlich führt das Programm, das ausschließlich Initiativen und Vereine in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin fördert, zu einem ganz neuen Ost-West-Gefälle innerhalb der Antifa-Bewegung. Unabhängige Antifa-Initiativen in den alten Bundesländern waren und sind von dem staatlichen Geldsegen beinahe vollständig abgekoppelt. Die meisten arbeiten unter den Bedingungen der 90er Jahre: Kaum eigene Büros, ständiger Geldmangel, geringe gesellschaftliche Akzeptanz und Außenwirkung.






Demgegenüber fanden sich viele antifaschistische Initiativen im Osten vor einem völlig anderen Dilemma wieder. Auf der Suche nach »zivilgesellschaftlichen AnsprechpartnerInnen«, die im Osten nach wie vor noch dünner gesät sind als im Westen, begannen Medien und ums Image ihrer Standorte besorgte KommunalpolitikerInnen, auf die bis dato als »NestbeschmutzerInnen« ausgegrenzten Antifas zuzugehen. Viele Antifa-Gruppen sahen darin vor allem neue Möglichkeiten - der Einflussnahme auf kommunale Politik, Freiräume für alternative und nichtrechte Jugendkulturen zu schaffen und der Hegemonie der extremen Rechten effektiver entgegen treten zu können. Aus antifaschistischen Zusammenhängen wurden eingetragene Vereine, denn nur so bekommt man Zugang zu institutionellen und staatlichen Fördertöpfen wie CIVITAS und ETIMON. Plötzlich schienen eigenes politisches Engagement und die individuelle Existenzsicherung kompatibel. Doch der damit einhergehende Professionalisierungsschub und die Verlockungen der Zivilgesellschaft haben neben vielen positiven Effekten für die Antifa-Bewegung vor allem in ländlichen Regionen auch eine Reihe von negativen Folgen: In dem Bemühen, sich den Politikformen der Zivilgesellschaft anzupassen, haben sich viele CIVITAS-Projekte, die als antifaschistische Initiativen begannen, vom potenziellen Nachwuchs immer mehr entfernt. Anstatt die Energien für den Aufbau der eigenen antifaschistischen Strukturen einzusetzen, macht man/frau LehrerInnenfortbildungen. Oder sitzt in Bündnissen, die den Zusatz »gegen Rechts« längst eingetauscht haben gegen das Label »gegen Extremismus und Gewalt« und berät KommunalpolitikerInnen, deren Bereitschaft, sich auf die Seite der Opfer rechten Terrors zu stellen, in dem Maße abgenommen hat, wie der öffentliche Druck nachlässt.

### Der Backlash

Knapp zwei Jahre nach dem »anständigen Aufstand« lässt sich vor allem eins feststellen: Engagement gegen Rechts und Rassismus ist für weite Teile der Medien und PolitikerInnen längst wieder unsexy geworden. Sowohl CIVITAS-geförderte Projekte als auch unabhängige antifaschistische Initiativen sehen sich mit einem Backlash auf allen Ebenen konfrontiert: Die Sicherheitsbehörden haben die Gegenoffensive eingeläutet und versuchen, ihre Definitionsmacht in Sachen »Extremismus« um jeden Preis zurückzuerobern. Die Ministerialbürokratie, der die vielen, im Rahmen von CIVITAS geförderten, wuseligen Projekte von Anfang an suspekt waren, sichert sich in Wahlkampfzeiten nach allen Seiten ab und bereitet sich insgeheim auf einen CDU/CSU-Regierungswechsel vor. Das bedeutet beispielsweise, dass in diesem Jahr Projekte, die sich »antifaschistisch« nennen, keine Chance mehr auf eine Förderung durch CIVITAS haben. Gefördert werden stattdessen - wesentlich angeschoben durch die Stiftung Demokratische Jugend, die gemeinsam mit der Amadeu-Antonio-Stiftung die Projekte betreuen soll - immer mehr »unpolitische Projekte« und die großen Wohlfahrtsverbände, die so nach dem Ende von AgAG[1] ihre Konzepte der akzeptierenden Glatzenpflege auf Staatskosten durch die Hintertür weiter betreiben. Das CIVITAS-Programm verkommt zu einem Feigenblatt der rotgrünen Regierung, die ohnehin kein Interesse daran hatte, ihre schärfsten KritikerInnen auch noch finanziell zu fördern - dies jedoch mangels zivilgesellschaftlicher Alternativen im ersten Jahr von CIVITAS tun musste. Besonders bitter ist diese Entwicklung für die wenigen verbliebenen explizit parteiischen Projekte zur Unterstützung von Opfern rassistischer und rechter Gewalt, die durch CIVITAS gefördert werden. Ihnen droht - nachdem sie gerade ein knappes Jahr Zeit hatten, um Strukturen aufzubauen - für das kommende Jahr die Streichung von Sach- und Personalkosten. Dies ist verbunden mit der Aufforderung, sich um Ko-Finanzierung durch die Länder zu kümmern. Eine absurde Forderung angesichts der politischen Verhältnisse vor Ort und angesichts leerer Kassen, die das Scheitern der Opferprojekte ganz bewusst einkalkuliert.

Was im Falle eines Wahlsiegs von CDU/CSU mit CIVITAS geschehen wird, kann man derzeit in Sachsen- →

1| AgAG steht für »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt«. Siehe AIB # 21. März/April 1993.




→ Anhalt sehen: Dort hat die neue CDU/FDP-Koalitionsregierung als eine der ersten Amtshandlungen dem Verein Miteinander e.V. ab 2003 jegliche Landesförderung gestrichen. Im Fall eines Wahlsiegs von Rot-Grün sind die Aussichten unwesentlich besser: Dann wird sich der Trend hin zur Förderung unpolitischer »Trommelprojekte gegen Rechts« fortsetzen.

Bislang haben sich unabhängige AntifaschistInnen mit öffentlicher Kritik an CIVITAS-geförderten Projekten sehr zurückgehalten. Zum einen, weil sie als BündnispartnerInnen angesehen wurden und werden. Zum anderen, weil es in Zeiten, in denen konservative Kräfte zur Gegenoffensive übergehen, nicht sonderlich opportun scheint, öffentlich über als falsch erachtete Konzepte zu streiten. Wir haben uns entschieden, dieses Schweigen im Fall des »Mobilen Beratungsteams (MBT) für Demokratieentwicklung und Extremismusverhütung« der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern zu brechen.

Nach Aussagen von Betroffenen hat sich ein Mitarbeiter dieses MBTs bis zu seinem Arbeitsantritt beim MBT vor allem als freiwilliger Hilfspolizist in Leipzig durch willkürliche, von rassistischen Kriterien geprägte Kontrollen und Vernehmungen von AsylbewerberInnen aus arabischen Ländern profiliert. Ein derartiges Verhalten ist untragbar. Davon abgesehen haben die meisten MBTs - bis auf wenige Ausnahmen - wenig bis gar nichts zur Stärkung einer antifaschistischen Gegenkultur beigetragen, sondern sind als Imageberater für Kommunen oftmals aktiv daran beteiligt, außerparlamentarische Initiativen linker Jugendlicher bestenfalls auf den Boden des Parlamentarismus zu führen und sie schlimmstenfalls als »zu links« zu diskreditieren.

**Unvorbereitete Antifas**

Der rechte Rollback auf allen Ebenen trifft viele unabhängige Antifas unvorbereitet. Die Streicheleinheiten der Zivilgesellschaft haben vielerorts dazu verleitet, Strukturen offen zu legen, die nicht an die Öffentlichkeit gehören und Sicherheitsaspekte bei der eigenen Arbeit zu vernachlässigen.

Aber auch der Zusammenbruch einer überregionalen Organisierung hat die Antifabewegung dramatisch geschwächt. Unzählige Internetseiten, subjektive, alle Sicherheitskritieren und Ideen von Kollektivität außer Acht lassende Aktionsbeschreibungen z.B. bei Indymedia sind ein schlechter Ersatz für gemeinsame, überregionale Diskussionen, Analysen und durchdachte Kampagnen. Bei aller Kritik an der AA/BO und dem BAT halten wir eine persönliche, an Strukturen und Gruppen orientierte Vernetzung von unabhängigen AntifaschistInnen für überlebensnotwendig und begrüßen jegliche Ansätze für regionale und bundeslandweite Vernetzungen ausdrücklich.

Damit einhergehen muß eine genaue Analyse bisheriger Bündnisarbeit. Als AIB haben wir in den letzten fünf Jahren zu denjenigen gehört, für die das Engagement unabhängiger Antifas in breiten gesellschaftlichen Bündnissen eine Voraussetzung antifaschistischer Arbeit darstellte. Grundsätzlich gibt es keinen Anlaß, von dieser Position abzurücken. Wir halten es aber für dringend notwendig, in diesen Bündnissen ein eigenes politisches Profil zu bewahren und immer wieder zu reflektieren, wann die eigene Schmerzgrenze überschritten ist. Die Attraktivität und Stärke einer unabhängigen linksradikalen Antifabewegung kann nur dann bewahrt werden, wenn wir unsere Inhalte authentisch vermitteln und ein antifaschistische Selbstverständnis und eine Praxis haben, die selbstbewußt genug sind, auf eigene Aktionsformen wie militanten Selbstschutz zu bestehen.

Eine weitere Säule antifaschistischer Politik ist in den letzten Jahren die Bildungsarbeit mit allen möglichen gesellschaftlichen Gruppen geworden. Grundsätzlich halten wir dies für sinnvoll, plädieren aber für eine Veränderung des Schwerpunkts: Anstatt nach dem Gießkannenprinzip das Wissen der eigenen Projekte zu verschleudern, sollte die Priorität in der Weiterbildung, Schulung und Stärkung eigener Strukturen und interessierter Jugendgruppen liegen. Das bringt weniger Geld und Prestige, erhöht aber nachhaltig die Handlungsfähigkeit einer antifaschistischen Bewegung, die sich in den letzten drei Jahrzehnten - wie viele andere linksradikale Bewegungen auch - alters-, organisations- und schwerpunktmäßig stark ausdifferenziert hat.

Eine Antifa-Bewegung, die diese Differenzen - zwischen 16jährigen Punks in Magdeburg-Olvenstedt und 40jährigen Politologen in Berlin - aushält, konstruktiv um Erfahrungen, Analysen, Strategien und Ziele streitet und zu ihren subkulturellen Wurzeln und ihrer breiten Palette von Aktionsformen und Handlungsmöglichkeiten steht, kann sich selbstbewusst den Herausforderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen stellen. ■

## Täter feiern nicht ungestört I

Seit über 50 Jahren findet im bayerischen Mittenwald ein Pfingsttreffen des »Kameradenkreises der Gebirgstruppe« statt. Mit der »Gebirgsdivision I«, einer ehemaligen Einheit der faschistischen Wehrmacht, versammeln sich Jahr für Jahr mehrere tausend Militaristen auf dem Bundeswehrgelände am Hohen Brendten zum Gedenken an gefallene Gebirgsjäger beider Weltkriege. Neben schweizer oder österreichischen Krieger-Kameradschaften, z.T. geschmückt mit Nazi-Orden, finden sich hier auch Kränze des Verteidigungsministeriums. Edmund Stoiber, Kameradschaftsmitglied, ehemaliger Gebirgsjäger und jetzt CDU/CSU Kanzlerkandidat, nannte diesen Schulterschluss im vergangenen Jahr eine »unangreifbare Traditionspflege«.[1] Dass die so geehrte Einheit aktiv an Naziverbrechen und der Ermordung tausender Menschen in Griechenland, Italien, Jugoslawien und Polen beteiligt war, stört auch die Bundeswehr nicht. Truppen der 1. Gebirgsdivision ermordeten beispielsweise im September 1943 auf der griechischen Insel Kephalonia bei einer Racheaktion mindestens 4000 italienische Kriegsgefangene. Beim diesjährigen 45. Treffen in Folge war Stoiber jedoch auf dem »Tag der Sudetendeutschen« und unabkömmlich. Schade, denn am Pfingstsamstag tauchten unerwartet ca. 50 AntifaschistInnen beim Schweinebratenessen der Gebirgssoldaten auf und störten deren Kameradschaftsabend mit einer Gedenkminute für die Opfer der Gebirgsjäger und zeigten Schilder, auf denen die Orte der Kriegsverbrechen standen. Die so direkt angesprochenen Veteranen und aktive Bundeswehrsoldaten gingen mit Schlägen, Tritten, Stühlen und Krücken auf die Antifas los. Anschließend nahm ein Großaufgebot der Polizei 56 Personen in einer Jugendherberge bis Pfingstmontag in Arrest und erließ ein polizeiliches Demonstrationsverbot. So konnten ehemalige Soldaten der Wehrmacht und Angehörige der Bundeswehr in trauter Eintracht ungestört feiern. Das Vorstandsmitglied des 8.000 Mitglieder zählenden Kameradenkreises, Harald Rettelbach, (ex-Direktor des Nato-Pressezentrums in Brüssel) erklärte dazu: »Soll ich etwa die verdammen, die mir das Handwerkszeug beigebracht haben?«[2] ■

1| 22.5.02 »Pfingsttreffen der Gebirgsjäger im Zeichen des deutschen Militarismus«, Ulrich Sander, Junge Welt.

2| 21.5.02 »NS-Orden stören den soldatischen Schulterschluss iin Mittenwald nicht.«, Joachim F. Tornau, Frankfurter Rundschau.

## Täter feiern nicht ungestört II

Am 15. Mai 2002 lud die »Alte Königsberger Burschenschaft Alemannia« aus Kiel zu einem Vortrag eines Veteranen der »Legion Condor« ein. Diese »Legion Condor« war eine Elite-Einheit der Luftwaffe des NS-Regimes. Nachdem im Februar 1936 eine linke Regierung in Spanien die parlamentarische Mehrheit erreicht hatte, putschte der spanische Faschistenführer Franco. Neben dem damals faschistischen Italien unterstützte die deutsche Luftwaffe die rechten Militärs im spanischen Bürgerkrieg, indem sie ganze Städte zerbombte und deren Bevölkerung ermordete. Weltweit traurige Berühmtheit durch die gezielte Bombardierung ziviler Ziele erlangte der baskische Ort Guernica. Deutsche Spreng- und Brandbomben verwandelten den Ort am 26. April 1937 in ein Flammenmeer, 1500 Menschen starben, weitere Tausend wurden verletzt.[1] Über »die bedeutende Rolle« seiner »Legion Condor« wollte Dr. A. Münchmeyer bei freien Eintritt und Getränken berichten. Eine solche Relativierung und Heroisierung von NS-Verbrechen wollten ca. 40 AntifaschistInnen nicht dulden und versammelten sich mit Transparenten wie »No pasaran« vor dem Burschenhaus. Sie empfingen die Interessenten des »Augenzeugenberichtes« mit Parolen, Redebeiträgen und Trillerpfeiffen. Da die Besucher so nicht ungestört zu der Veranstaltung gelangten, prügelte die Polizei mit Schlagstöcken und Pfeffergas die AntifaschistInnen von der Strasse, einige wurden dabei verletzt. ■

1| Siehe auch: AugenzeugInnen aus Guernica, AIB Nr. 39, Juli/August 1997.

## Entschädigung für griechische NS-Opfer gefordert

Mit Transparenten und Flugblättern vor dem Pergamonaltar erinnerte die »Initiative gegen das Vergessen« am 9. Juni 2002 im Berliner Pergamonmuseum an den Jahrestag des Massakers in dem griechischen Dorf Distomo durch Angehörige der SS. 218 Bewohner des Dorfes waren am 10. Juni 1944 von der 4. SS-Panzergrenadierdivision ermordet worden. Obwohl das höchste griechische Gericht den Überlebenden und Angehörigen der Opfer von Distomo rund 27,5 Millionen Euro Schadenersatz zusprach, weigert sich die Bundesregierung bis heute, eine Entschädigung zu zahlen. Während der deutschen Besatzung wurden 65.000 griechische Juden und Jüdinnen in osteuropäische Vernichtungslager deportiert. ■



# Von der Hetze zum Brandsatz

## Bürgermob und Nazis machen mobil

**In Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg machen Bürger, Politiker und Neonazis gegen Flüchtlingsheime mobil.**

» »Umgeben von den Wäldern und den Bergen des Thüringer Waldes bezaubert der Luftkurort Friedrichroda seine Besucher (...) Genießen Sie die berühmte Thüringer Gastfreundlichkeit« lautet die Internet-Werbung der 5.500-Einwohnergemeinde Friedrichroda. Die gilt jedoch nur für zahlungskräftige Touristen. Flüchtlinge, die hier Montags und Donnerstags aus dem 500 Heimplätze umfassenden Sammellager Tambach-Dietharz per Bus zum Einkaufen in den einzigen Supermarkt weit und breit kommen, in dem ihre Gutscheine über knapp 160 Euro monatlich nach dem Asylbewerberleistungsgesetz[1] einlösbar sind, müssen einen Spiessrutenlauf über sich ergehen lassen. Seit Monaten bedrohen Neonazis die Flüchtlinge und verteilen Mitglieder der DVU gemeinsam mit dem »Skinheadclub 88« Friedrichroda an diesen Tagen neonazistische Flugblätter vor dem Extra-Markt. Als »Bürgerinitiative zur Wahrung der Bürgerrechte und zum Schutz der Bürger« getarnt rufen die Neonazis zur »Unterschriftensammlung gegen den sicherheitsgefährdenden Asylantensturm im Extramarkt« auf. Und auf einem weiteren Flugblatt heisst es unter der Überschrift »Angst, Hass, Wut«: »Diese Gefühle werden den Friedrichrodaer Bürger manchmal überkommen, wenn er montags und donnerstags im Extramarkt einkaufen geht. (...) Währenddessen ein dahergelaufener Fremder mit unserem Steuergeld in Form von Gutscheinen, sich den Korb mit Luxus und Genußmitteln füllt. (...) Es heißt doch deutsches Geld für Deutsche und nicht für Gott und die Welt (...) Die Freien Nationalisten aus Friedrichroda wollen das nicht länger hinnehmen und hoffen auf Ihre Unterstützung.«[2] Flüchtlinge jedenfalls können Hilfe und Unterstützung in Friedrichroda von niemandem erwarten. Lediglich ein geplanter Aufmarsch des im »Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen« (NSAW) organisierten »Skinheadclub 88«[3] wurde bislang verboten.

### »Gotha, wir kommen«

Den Kameraden in Friedrichroda ist man im benachbarten Gotha schon um einige Schritte voraus. Am 20. Juli will dort das NSAW mit einem Aufmarsch und der Forderung »Stoppt den multikulturellen Wahn! – Volksbefragung statt Ignoranz deutscher Interessen« die seit dem Frühjahr laufenden Mobilisierung von Bürgern und Neonazis gegen Flüchtlingsheime in Gotha eskalieren. Mit der geplanten Auflösung des vom Land Thüringen betriebenen Massenlagers Thambach-Dietharz zum 1. November 2002, die vom Thüringer Flüchtlingsrat aufgrund der unmenschlichen Lebensbedingungen ausdrücklich befürwortet wird[4], sucht nun das Landratsamt nach Standorten für drei neue Heime. Nachdem im Frühjahr diesen Jahres als mögliche Objekte für jeweils 135 Flüchtlinge eine alte Fliegerschule im Gothaer Gewerbegebiet sowie ein Internat in der Leinastraße in einem Wohngebiet in Gotha und ein ehemaliges Aussiedlerheim im nahen Ohrdruf bekannt wurden, machten Bürger, Kommunalpolitiker und Neonazis gleichermaßen gegen das SPD-geführte Landratsamt mobil. Gothas SPD-Oberbürgermeister erklärte, seine Stadt sei »überproportional in Anspruch genommen mit zwei Standorten«. Ohrdrufs Bürgermeister ging ebenfalls auf Konfrontation: »Angesichts unserer Probleme halte ich das für keine gute Lösung«.[5] Damit sprechen die Stadtoberen ihren Bürgern offenbar aus der Seele. Die drückten ihren Protest zunächst mit einer Unterschriftensammlung an den SPD-Landrat gegen den Standort Leinastraße und dann auf einer Anwohnerversammlung am 17. April aus: Dort fanden sich rund 300 aufgebrachte Bürger ein. »Asylbewerber und andere Anlieger könnten sich auf die Distanz weniger Meter in die Fenster schauen, Angst vor Kriminalität und Unsicherheit bei Nacht bis hin zur Sorge um das Eigenheim, das manchem Anlieger als Altersvorsorge gilt, brachten die Bürger vor«, beschreibt die Thüringer Landeszeitung den Abend.[6] »Immer wieder kochte die Stimmung tumultartig auf. So mancher gab vor kein Ausländerfeind zu sein – bewies mit seinen Äußerungen aber genau das Gegenteil,« lautet das Fazit der Thüringer Allgemeinen.[7] Mitten drin knapp 25 Neonazis aus Eisenach, Gotha und Friedrichroda, denen die Bürger ohne Widerstand den Weg durch den Saal freimachten, sie Flugblätter verteilen und lautstark argumentieren ließen. Dabei drohte

1| vgl. u.a. AIB Nr.51
2| Rechtschreibfehler im Original
3| Als dessen führender Kopf gilt der Bäckermeister Michael Burkert.
4| Informationen zu den Lebensbedingungen gibt es unter www.fluechtlingsrat-thr.de
5| Thüringer Landeszeitung, 9.4.02
6| Thüringer Landeszeitung 19.4.02
7| Thüringer Allgemeine 19.4.02




[1] Essensausgabe in einem Berliner Flüchtlingsheim.

[2] 16.03.97 - AntifaschistInnen demonstrieren in Dolgenbrodt gegen die Allianz von Dorfbevölkerung und militanten Neonazis.

der verurteilte Neonazi Patrick Wieschke aus Eisenach SPD-Landrat Siegfried Liebezeit ganz offen, »das man sehen werde, ob er den politischen Sommer überleben wird.«[8] Als Liebezeit dann wenige Tage nach der Bürgerversammlung bekannt gab, das Landratsamt werde auf den Standort Leinastraße verzichten, feierten das nicht nur die AnwohnerInnen als Erfolg. Das NSAW fühlt sich nun erst Recht als Vollstrecker des Volkswillens und zu weiteren Aktionen ermutigt. »Derzeit erwägen Nationale Bürger aus Gotha eine Bürgerinitiative ins Leben zu rufen um Gotha als Standort von Asylbewerberheimen und künftige 'Heimat' von 530 Menschen aus aller Welt gänzlich auszuschließen,« verkündete das NSAW schon drei Tage nach der Bürgerversammlung.[9]

Unterdessen fordert der Thüringer Flüchtlingsrat für die Betroffenen das einzig halbwegs Menschwürdige in dieser Situation: Nämlich eine Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen anstatt in Heimen, und bietet SPD-Landrat Liebezeit damit gleichzeitig auch einen eleganten Ausweg aus der Konfrontation mit Bürgermob, Neonazis und Kommunalpolitikern um weitere Heimstandorte. Viel Zeit bleibt Landrat Liebezeit jedenfalls bis zum 1. November nicht mehr.

### McPomm: Der »Dschungel-Heim« Erlass und seine Folgen

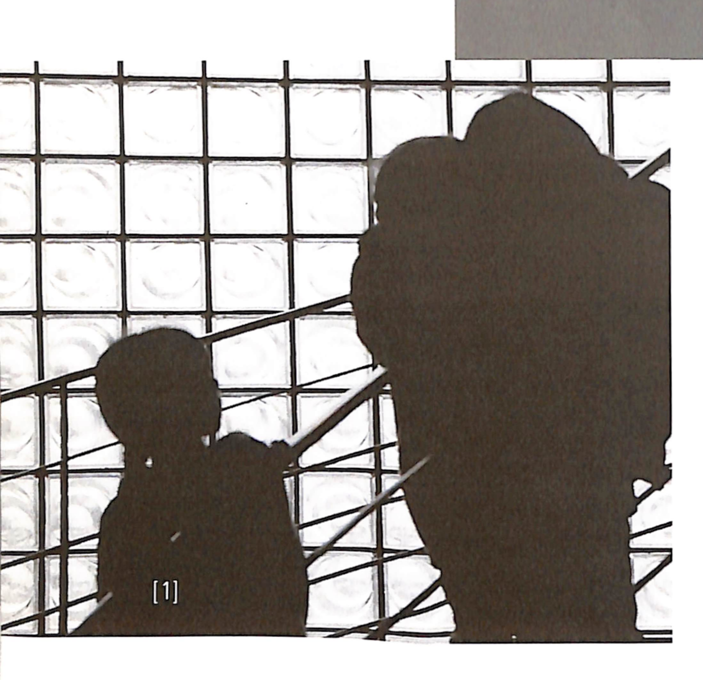
Rund 6.000 Asylsuchende leben derzeit in Mecklenburg-Vorpommern. Zumeist sind sie in abgelegenen DDR-Wohnblöcken oder ehemaligen Kasernen irgendwo im Wald oder am Rande kleiner Ortschaften untergebracht. 58 dieser zynisch »Gemeinschaftsunterkünfte« genannten Heime gibt es momentan in dem Bundesland mit einem Ausländeranteil von knapp 2 Prozent. Seitdem die Landesregierung im letzten Jahr mit dem sogenannten »Dschungel-Heim-Erlass« anordnete, dass die Heime demnächst in der Nähe von größeren Gemeinden anzusiedeln seien und pro Flüchtling nun ganze sechs anstatt wie bisher 4,5 Quadratmeter Wohnfläche vorgeschrieben sind, sollen mindestens zehn der bisherigen Heime zum Jahresanfang 2003 geschlossen werden. Doch in fast allen Kommunen, die als neue Heimstandorte im Gespräch sind, formiert sich eine unheilige Allianz aus rassistischem Bürgermob, um ihre Posten und Wahlchancen fürchtenden KommunalpolitikerInnen[10] und Neonazis.

Einige Beispiele machen dies deutlich. In der 2.400 Einwohnergemeinde Ducherow im Landkreis Ost-Vorpommern beispielsweise, einem der potenziell neuen Standorte, endete im April diesen Jahres eine Bürgerversammlung mit 400 DorfbewohnerInnen in wüsten rassistischen Tiraden und der Drohung an die anwesenden Gemeinderats- und Kreistagsvertreter von PDS, CDU und SPD, man werde sie »komplett abwählen«, wenn sie den Plänen des PDS-regierten Landratsamtes zustimmen und für die Ansiedlung des Heimes votieren würden. Das Landratsamt hatte ursprünglich vorgesehen, in dem leerstehenden »Domitel«-Hotelneubau am Stadtrand 150 Flüchtlinge unterzubringen. Der Standort Ducherow soll als Ersatz für ein Heim in Garz auf Usedom dienen, das zum einen keinerlei Anbindung an eine Kommune hat und zum anderen den Bauplänen einer großen Ferienanlage im Weg ist. Dessen Investor will offenbar doppelt verdienen. Um den Bau des Touristenobjekts in Garz voranzutreiben, bot er an, das »Domitel-Hotel« in Ducherow zu kaufen und dann zur Flüchtlingsunterbringung an den Landkreis zu vermieten.[11] In der Gemeinde, in der die Kameradschaft Ducherow seit Jahren ungestört agieren kann, kursierte bereits im Vorfeld der Bürgerversammlung ein rechtes Flugblatt »gegen die Einführung von 150 Asylanten«.[12] Diesem Tenor schloß sich die Mehrheit der RednerInnen während der Versammlung uneingeschränkt an und phantasierte von »Afrikanern, die unsere Behinderten mit Messern angreifen«.

Mit dabei in der »Volks«-Front: Ducherows CDU-Bürgermeister und Landtagskandidat Bernd Schubert sowie der ehemalige Anklamer Vize-Landrat, Karl-Heinz Krüger. Der erinnerte die Kreisverwaltung an ein altes Versprechen, dass man Ducherow als Gegenleistung für die Vergrößerung eines Behinderten-Heims zugesichert habe, das Dorf von »Asylanten frei zu halten«.[13] Bürgermeister Schubert erhielt für seine Ablehnung der »Fremden« im eigenen Dorf nicht nur die Rückendeckung der Landes-CDU, sondern auch Schützenhilfe von PDS-Abgeordneten. Auch VertreterInnen von Ducherows dünn gesäter Zivilgesellschaft argumentieren eher seltsam. Die Ortspfarrerin ließ eine Sonntagspredigt mit der Überschrift »Jedem zu seinem Recht verhelfen« unters Volk bringen, in der von »(...) Ausländern, die unsere Kriminalitäts-

→

8| http://www.anycities/nsaw vom 18.4.02
9| Pressemitteilung des Aktionsbüro des NSAW vom 22.4.02, Rechtschreibfehler im Original.
10| In Mecklenburg-Vorpommern finden die Landtagswahlen parallel zur Bundestagswahl im am 22.9.02 statt.
11| vgl. Nordkurier, Usedom, 16.4.02
12| vgl. Nordkurier, Anklam, 25.4.02
13| Nordkurier, Anklam, 7.5.02



[1] Flüchtlingsheim in Köln.

→ rate drastisch ansteigen lassen und die wenig anpassungswillig sind« und »(...) Neben den Fremden steht genauso auch den anderen Bürgern ein Recht auf ein sicheres und ruhiges Leben zu!«[14] die Rede ist. Der Nordkurier kommentiert den Auftritt des amtierenden Vize-Landrats bei der Bürgerversammlung mit den Worten: »Vize-Landrat Gerwald Meesmann stellte sich praktisch mit leeren Händen vor die Ducherower. Hätte er sozusagen nicht nur 150 Flüchtlinge im Angebot gehabt, sondern trotz der miserablen Kassenlage die eine oder andere Zusatzförderung für die Gemeinde und ihre Einwohner, wäre die Ablehnung möglicherweise weniger massiv gewesen.«[15] In der Beurteilung der Situation bringt der Nordkurier das Dilemma dann auf den Punkt: » Nun aber steckt der Kreis in einem kaum zu lösenden Konflikt: Sollten die Abgeordneten trotz Abwahl-Drohungen dem Heim zustimmen, wird wohl nur polizeiliche Staatsgewalt dessen Einrichtung durchsetzen können. Fügt sich der Kreis hingegen dem Votum der Ducherower, entsteht ein gefährlicher Präzedenzfall (...).«[16]

Ähnliches droht auch in Bad Doberan, wo ein neues Flüchtlingsheim für 160 Asylsuchende in Form von Containerbauten in einem Gewerbegebiet namens Walkenhagen angesiedelt werden soll. Schon bei Bekanntwerden des neuen Standorts sammelten Gewerbetreibende und AnwohnerInnen rund 100 Unterschriften gegen das geplante Heim. Über die Stimmung auf einer Bürgerversammlung schreibt die Schweriner Volkszeitung: »Mütter artikulierten Angst um ihre Töchter und ein Supermarktsleiter sah Ladendiebstähle rapide ansteigen und kündigte an, Ausländer nicht in seinen Markt zu lassen.«[17] Auch die Neonazis mischen mit: Die bis dahin kaum aktive Kameradschaft Bad Doberan brachte ein Flugblatt unter der Überschrift »Bürgerinnen und Bürger von Bad Doberan, setzt Euch zur Wehr« in Umlauf. Und in Neustrelitz, wo im Stadtteil Altstrelitz in einer ehemaligen Landesfinanzschule rund 250 Flüchtlinge untergebracht werden sollen, wurden die EinwohnerInnen durch ein anonymes Flugblatt schon vor dem öffentlichen Bekanntwerden der Pläne des Landkreises »informiert« und dazu aufgefordert: »Schreiben Sie ihre Meinung dem Landrat!« Nach einer Bürgerversammlung, bei der immerhin einige Neustrelitzer die rassistischen Argumentationen ihrer Mitbürger öffentlich kritisierten, zog der CDU-Landtagsabgeordnete Lorenz Caffier dann unverhohlen die Pogrom-Karte für den Fall, dass die Meinung der BürgerInnen nicht berücksichtigt würde. »Die Bürger haben ein Recht sich zu äußern,' so Caffier. Lichtenhagen solle Warnung genug sein.«[18]

Noch ist nicht absehbar, wie die Städte und Dörfer letztendlich mit den neuen Heimstandorten umgehen werden und ob die Landräte diese dann entweder durch Finanzspritzen schmackhaft machen oder mit der Polizei durchsetzen werden. Eine lobenswerte Ausnahme bilden derzeit lediglich die SPD-regierte Hansestadt Rostock und die ebenfalls von einem SPD-Bürgermeister regierte Stadt Wolgast. Dort sollen die Flüchtlinge dezentral in leerstehenden Wohnungen untergebracht werden. Unabhängig davon, ob der Ausgang der Landtagswahl im Falle eines Regierungswechsels die Umsetzung des »Dschungel-Heim-Erlasses« beendet, stehen sich Flüchtlingen und AntifaschistInnen in Mecklenburg-Vorpommern jedenfalls eine verstärkten rassistischen Mobilisierung gegenüber.

### »Volksverhetzung« in Potsdam

Auch in der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam spielen sich derzeit im Stadtteil Bornstedt angesichts eines geplanten Flüchtlingsheims für ursprünglich 150 Flüchtlinge ähnliche Szenen ab. Hier wird eine Anwohnerinitiative aus Friseuren und Blumenhändlern nur knapp Rechts von einer NPD-eigenen Bürgerinitiative des NPD-Kreisverbands Havel-Nuthe überholt.[19] Nach einer stürmischen Bürgerversammlung und rund 1.000 Anwohner-Unterschriften gegen das neue Heim will die Stadt jetzt zum einen den Einzug der Flüchtlinge aufs Frühjahr 2003 verschieben und zum anderen ein Drittel der Asylsuchenden von vornherein in Wohnungen unterbringen.[20] Als besonders eifrige Wahrer der Anwohnerinteressens hat sich in Potsdam die Polizeisondereinheit MEGA erwiesen. Nachdem anonyme AntirassistInnen ein satirisches Flugblatt mit »Anstands- und Verhaltensregeln für den wahren Bornstedter« verteilten mit Sätzen wie »Arbeitsplätze schaffen! Lassen Sie sich ausbilden zum Fachpogromverwalter! Steine schmeißen, Brandsätze bauen. Wir bilden Ihre politische Meinung aus!« schloß die MEGA messerscharf, dahinter könne nur die Potsdamer Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär stecken. Die Sondereinheit, die angeblich gegen rechte Gewalt vorgehen soll, riet der Staatsanwaltschaft daraufhin offenbar zu einem Verfahren wegen »Volksverhetzung« gegen die Kampagne.[21]

14| Nordkurier, Anklam, 20.4.02
15| Nordkurier, Anklam, 26.4.02
16| Nordkurier, Anklam, 26.4.02
17| Schweriner Volkszeitung, 7.3.02
18| ebenda
19| Markische Allgemeine Zeitung, 16.4.02
20| Potsdamer Neueste Nachrichten, 18.4.02
21| Potsdamer Neueste Nachrichten, 27.4.02

### Was tun?

Zehn Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen und zwei Jahre nach dem »Aufstand der Anständigen« lässt sich - nicht nur in den neuen Bundesländern - in der Mehrheit der Bevölkerung eine Stimmung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen feststellen, die sich nicht nur offen rassistisch artikuliert, sondern auch mit allen Versatzstücken rechtsextremer Ideologie gegen das Zusammenleben mit Flüchtlingen und MigrantInnen vorgeht. Im Windschatten der lokalen Mobilisierungen gegen neue Flüchtlingsheime oder gegen einzelne MigrantInnenfamilien in den Dorfgemeinschaften häufen sich rassistische Pöbeleien, schwere Angriffe und Brandanschläge. Die Täter machen – wen wundert es – keinen Unterschied, welchen Aufenthaltsstatus ihre Opfer haben: Ein kurzer Blick auf die Agenturmeldungen der letzten Wochen macht das deutlich: »Rechtsradikale Übergriffe in Sachsen-Anhalt«[23] oder »Bremen: Brandstiftung auf zwei von Türken bewohnte Häuser - Polizei schließt fremdenfeindlichen Hintergrund nicht aus«.[24] »In der Nähe von Lößnitz in Sachsen sind zwei iranische Asylbewerber angegriffen und verletzt worden«[25] und »Attacken gegen ausländische Studenten in Köthen häufen sich«.[26] Oder »Wittenberge: Döner-Imbiss durch Brand beschädigt – Fremdenfeindlichkeit möglich«[27] und »Junge Männer griffen in Sachsen türkische Familie an«.[28]

### Dem rassistischen Mob rechtzeitig entgegentreten

Antirassistisches und antifaschistisches Engagement sind untrennbar miteinander verbunden - und nicht erst dann, wenn organisierte Neonazis gegen Flüchtlingsheime mobil machen. Für AntifaschistInnen in den betroffenen Regionen muss dies bedeuten, frühzeitig Kontakt mit direkt Betroffenen - vor allem den Flüchtlingen - aufzunehmen, sie nach ihren Forderungen zu befragen und gemeinsam Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren. Das kann neben einer engen Zusammenarbeit mit einzelnen Flüchtlingen oder den wenigen vorhandenen Ansätzen von Flüchtlingsselbstorganisierung auch bedeuten, offensiv zu agieren und nicht erst zu abzuwarten, bis sich die Zweckgemeinschaften von Bürgern und Neonazis weiter verfestigen können. Rassismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft, und dementsprechend sollte antifaschistisches Handeln auch ausgerichtet sein. Doch wer als Minderheit einer Mehrheit aus Bürgermob und »ihren glatzköpfigen Jungs« gegenübersteht, sollte sich nach einer genauen Analyse der Handelnden vor Ort überlegen, ob es nicht manchmal hilfreich sein kann, die Neonazikarte zu ziehen und damit zumindestens bürgerlichere VertreterInnen des scheinbar monolithischen Blocks aus der unheiligen Allianz abzuspalten.

Ein offensiver Umgang mit derartigen Entwicklungen bedeutet auch, die Möglichkeiten von regionalen und überregionalen antifaschistischen Zusammenhängen zu nutzen sowie nach lokalen und regionalen BündnispartnerInnen zu suchen. Wenn das Heim erst einmal abgebrannt ist oder die MigrantInnenfamilie das Dorf wieder verlassen hat, ist es zu spät. Dann kann man das Dorf zwar als rassistisch an den Pranger stellen, doch die Rechten und die Bevölkerung werden da längst ihren »Sieg« gefeiert haben.

Wir plädieren an dieser Stelle weder für eine StellvertreterInnenpolitik, noch dafür, auf dem Rücken von Flüchtlingen und MigrantInnen den rassistischen Konsens zu brechen und die Betroffenen zu zwingen, in einer rassistischen Umgebung zu leben. Vielmehr möchten wir an die Forderung der antirassistischen Bewegung für die Abschaffung der Residenzpflicht, des Asylbewerberleistungsgesetzes, der Massenunterkünfte und das Recht auf eine freie Wahl des Aufenthaltsortes für Asylsuchende erinnern. Auf einer pragmatischen Ebene kann das bedeuten, dass gemeinsam mit Flüchtlingen und den regionalen Flüchtlingsräten für die dezentrale Unterbringung in Wohnungen anstelle von Heimen gesorgt wird. Das Recht der Flüchtlinge auf ein menschenwürdiges Leben sollte oberste Prämisse antifaschistischen Handelns sein.

Wir halten derzeit mehrere Varianten für denkbar: Brandanschläge gegen zukünftige Flüchtlingsheime à la Dolgenbrodt,[29] wo Dorfbewohner Neonazis Geld gaben, um eine geplante Flüchtlingsunterkunft im Vorfeld abzubrennen. Oder die von einer breiteren Öffentlichkeit kaum mehr wahrgenommene Durchsetzung immer größerer »no-go-areas« für Flüchtlinge und MigrantInnen durch eine Mischung aus »Bürgerprotesten«, nachgiebigen Kommunalpolitikern, unfähigen Sicherheitsbehörden und die Mobilisierung von Neonazis. Ob das worst-case-Szenario - Pogrome à la Rostock-Lichtenhagen - eintritt, wird dagegen sehr vom Verlauf des Bundestagswahlkampfs abhängen. Wer die rassistische Karte zieht, weiß jedenfalls spätestens seit 1992 um die Folgen.

Während der Recherche für diesen Artikel sind wir immer wieder von Menschen vor Ort gebeten worden, den Stand der Dinge öffentlich zu machen, weil sie selbst dies aus Angst nicht tun können oder wollen. Wir sind dieser Bitte gefolgt. Weil wir erwarten, dass eine antifaschistische Bewegung - aber auch die vielbeschworene Zivilgesellschaft und ihre Institutionen - ihre Verantwortung wahrnehmen und eingreifen: Gegen institutionellen Rassismus, gegen alltägliche Ausgrenzung und gegen rechten Terror. ■

23| dpa, 1.4.02, Reuters, 30.3.02
24| dpa, 29.4.02
25| AFP, 7.2.02
26| dpa, 16.4.02
27| dpa, 22.4.02
28| dpa, 5.4.02
29| Im November 1992 wurde in dem brandenburgischen Dorf Dolgenbrodt ein leerstehendes Gebäude, in das 60 Asylsuchende einziehen sollten, von einem Neonazi abgebrannt. Vier Jahre später erhob die Staatsanwaltschaft auch Anklage gegen eine Reihe von DorfbewohnerInnen, die dem Neonazi Geld für den Brandanschlag gegeben hatten. vgl. Der Tagesspiegel, 16. Januar 1997

Weil in Palästina und Israel die kriegerischen Auseinandersetzungen eskalieren, spitzen sich die Konflikte zwischen den »Pro-Israel«- und »Pro Palästina«-Lagern in der deutschen Linken weiter zu. Risse und Brüche ziehen sich durch politische Zusammenhänge, Gruppen, Wohngemeinschaften und Freundschaften. Vielerorts hat die Auseinandersetzung ein Niveau erreicht, das allenfalls als schauerhaft und jenseits jeglicher bis dato scheinbar noch verbindlicher Umgangsnormen innerhalb einer außerparlamentarischen, unabhängigen Linken bezeichnet werden kann. Das zeigte sich auf diversen Demonstrationen, wo Selbstkritik an den Rand gedrängt oder ganz von den Veranstaltungen ausgeschlossen wurde. Der Wille, eine gegnerische Position auch unter Anwendung körperlicher Gewalt zu unterdrücken, wurde inzwischen mehrfach in die Tat umgesetzt. Wenn von beiden Seiten - wie in den letzten Monaten vielfach geschehen - zu »bedingungsloser Solidarität« aufgerufen wird und sich Identitäten geborgt werden, sollte die antifaschistische deutsche Linke in der Suche nach eigenen Positionen eine kritische Distanz zu solchen Standpunkten bewahren.

# Es gibt keine bedingungslose

» Es kann und soll in diesem Artikel nicht der Versuch gemacht werden, den Nahost-Konfilkt zu »erklären« oder gar mit »Lösungsvorschlägen« aufzuwarten. Viele AntifaschistInnen sehen sich jedoch momentan zwischen zwei aufgebrachten Lagern in einem fast nur noch militärisch ausgetragenen Konflikt.

Eine differenzierte Position, die sich vor Kritik an beiden Parteien nicht scheut, hat keine Konjunktur. Und in einer Diskussion, die nur von wenigen bestimmt wird, sehen sich immer mehr AntifaschistInnen mit der Schwierigkeit konfrontiert, eine eigene Position mit emanzipativen Inhalten zu erarbeiten, die unter keinen Umständen Antisemitismus, Ethnisierung und rassistischen Zuschreibungen Vorschub leisten soll. Ein gewichtiger Grund für das derzeitige Schweigen vieler unabhängiger AntifaschistInnen ist beispielsweise, dass AntifaschistInnen in einer Zeit, in der Antisemiten aller Couleur Israel kritisieren, mit einer linken Kritik an der Politik der israelischen Regierung Antisemitismus nicht neue Nahrung geben wollen.

Wir halten es angesichts dieser Situation für angebracht, von und für eine antifaschistische deutsche Linke, die sich eine internationalistische Perspektive erhalten will, ein paar Eckpunkte zu setzen, die Solidarität überhaupt erst ermöglichen. Wir wenden uns daher nicht an »die Israelis« oder »die Palästinenser«, sondern an die Linken in Deutschland, die sich hier engagieren.

Wir gehen dabei davon aus, dass es richtig ist, eine eigene Position zu entwickeln, die jedoch die widersprüchliche Geschichte und Gegenwart der deutschen Linken und Deutschlands in Bezug auf Antisemitismus und den Staat Israel einbeziehen muss. Eine tatsächliche, internationale Solidarität mit der marginalisierten Linken in Palästina und Israel muss sich an deren Politik vor Ort orientieren. Gerade deshalb ist die Frage, ob wir »Für Sharon« oder »Für Arafat« sind, falsch. Wenn sich die deutsche Linke in diese Logik zwingen lässt, hat sie schon verloren. Sie muss sich stattdessen aufmerksam auf die linken und fortschrittlichen Kräfte in Israel und Palästina beziehen, diese kennen lernen und den offenen und kritischen Dialog suchen. Einzelne Schritte auf diesem Weg, die schon gegangen wurden, können wir nur begrüßen.

Folgende Thesen halten wir für die Basis unserer Arbeit und den Ausgangspunkt eigener Interventionen innerhalb linker Solidarität:

• Wir bejahen das Existenzrecht Israels und eines unabhängigen palästinensischen Staates. Es ist momentan keine andere territoriale Grundlage im Nahen Osten denkbar, die eine dauerhafte politische Lösung ermöglichen könnte. Ebenso scheint diese undenkbar ohne eine gerechte Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen und eine Stärkung zivilgesellschaftlicher, säkularer und demokratischer Strukturen im gesamten Nahen Osten.

• Das Existenzrecht beider Staaten anzuerkennen bedeutet nicht, dass wir uns für die Politik irgendeiner politischen Führung in Haftung nehmen lassen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch heute sind in beiden Lagern die Stimmen am



# Solidarität

Ökumenischer Friedens-Gottesdienst von Juden, Muslimen, Christen und Buddisten in Jerusalem

lautesten, die jede Kritik an der israelischen bzw. palästinensischen Politik zurückweisen. Wir erkennen heute auf beiden Seiten eine Vormachtstellung der aggressiven politischen Positionen, die zu einer zunehmenden Militarisierung beider Gesellschaften führen. Israel ist ohne die Siedlungen in Palästina nicht in seiner Existenz bedroht, und die Existenz eines unabhängigen palästinensischen Staates hängt nicht von einem faktischen Rückkehrrecht ab.

• Wir lehnen jegliche Aktion oder gar Zusammenarbeit mit der extremen Rechten, den religiösen Fanatikern und den Kriegsparteien in Israel und Palästina ab. Es gibt keine Gemeinsamkeiten mit antiemanzipatorischen Kräften und auch keinen Burgfrieden oder gar zeitlich befristete Koalitionen. Das mag für viele in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden und Palästinenserinnen und Palästinenser anders aussehen. Eine bundesdeutsche Solidaritätsbewegung befindet sich jedoch nicht im Krieg.

• Angriffe gegen Jüdinnen und Juden oder deren religiöse Einrichtungen, wie sie seit Beginn der »Al Aksa-Intifada« in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern stattfinden, sind keine legitime Form der Kritik an Israel oder gar Widerstand gegen die Politik der israelischen Regierung, sondern als Antizionismus getarnter Antisemitismus. Wer die jüdische Gemeinschaft, egal in welchem Land der Erde, haftbar macht für die Politik der israelischen Regierung handelt nach einem völkisch-antisemitischen Konstrukt.

• Wir weisen als AntifaschistInnen in Deutschland die momentan kursierenden Diffamierungen des jeweiligen politischen Gegners als »Faschisten«, »Nazis«, »Hitler« und ähnliches scharf zurück. Diese Parolen stammen u.a. von der palästinensischen und irsraelischen extremen Rechten, die beide einen religiösen Fanatismus predigen. Sie sind sachlich falsch und entbehren jeglicher ernsthaften politischen Analyse. Diffamierungen dürfen - gerade in diesem Konflikt - nicht zum Repertoire linker Politik gehören.

• Das gleiche gilt für die Versuche, die Politik Israels als einen »Vernichtungskrieg« oder gar »Holocaust« an der palästinensischen Bevölkerung darzustellen. Im Unterschied zu anderen Diffamierungen wird hiermit in Deutschland - ob gezielt oder ungewollt - das Gefühl bedient, »die Juden« endlich bei einem Verbrechen erwischt zu haben, das die eigene Schuld relativiert. Das heißt nicht, dass die israelische Armee keine Kriegsverbrechen begeht; wenn deutsche Politiker wie Jürgen Möllemann (FDP) aber diese Argumentation benutzen, hat das wenig bis gar nichts mit der Situation im Nahen Osten, aber sehr viel mit bundesdeutscher Parteipolitik und dem bewußten Bedienen einer antisemitischen Haltung von rund 30 Prozent der deutschen Bevölkerung zu tun, die nach immer neuen Anlässen sucht, um ihre Antisemitismus zu legitimieren.

• Genauso wenig akzeptieren wir Versuche, mit dem Hinweis auf den Holocaust jegliche Kritik an Israels Politik wegzuwischen. Nicht zuletzt der Antisemitismus - und mit ihm der eliminatorische Antisemitismus - legitimiert den jüdischen Staat. Nicht →




50.000 Menschen demonstrierten am 10. Juni 2002 auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv für Frieden und gegen die Militärpolitik der israelischen Regierung.

mehr und nicht weniger. Er legitimiert jedoch nicht jede politische Vorgehensweise, weder Verbrechen an noch Diskriminierung von PalästinenserInnen.

Eine der am weitesten verbreiteten antisemitischen Stereotypen ist die Bemerkung, wie »dieses Volk«, das doch »selber so viel gelitten hat«, »anderen Völkern so etwas antun« könne. Dies ist eine völlig a-historische Argumentation. Hier zeigt sich aber exemplarisch die Denkweise vieler Deutscher. Es gibt keine realistische Erfahrung für eine solche historische Entwicklung »eines Volkes« wie die explizit von »den Juden« erwartete; Geschichte funktioniert eben nicht wie die Erziehung im Vorschulkindergarten. Wenn ausgerecht Deutsche derart argumentieren, wird es vollends absurd. Denn schließlich hat Deutschland nur zwei Jahrzehnte, nachdem es den Ersten Weltkrieg anzettelte, einen zweiten Weltkrieg begonnen. Die deutsche Bevölkerung hat sich beinahe ausnahmslos am Holocaust beteiligt, von ihm profitiert und ihn geduldet.

• Unter dem Deckmantel der Solidarität mit Palästina hat es in den vergangenen Wochen und Monaten in Deutschland bei einigen Anlässen wie beispielsweise bei einer »Friedensdemonstration« in Greifswald eine Duldung von extremen Rechten und Neonazis gegeben. Andernorts, wie in Berlin, konnten kleine Gruppen von Neonazis ungestört an Palästina-Solidaritätsdemos teilnehmen. Wir erwarten sowohl von deutschen als auch von palästinensischen Linken, dass gegen jegliche Duldung von extrem rechten Positionen und gegen jegliche Zusammenarbeit mit Neonazis und Vertretern der extremen Rechten entschlossen und unmissverständlich vorgegangen wird.

Wir wissen, dass der eliminatorische Antisemitismus, der sich in unterschiedlichsten Facetten präsentiert - von NPD-Slogans gegen »Amerika / die Ostküste« über die Leugnung der Shoa bis hin zur direkter Befürwortung des Holocaust - Kernbestandteil der extrem rechten und neonazistischen Ideologie ist. Die Solidaritätsbekundungen der extremen Rechten mit dem »palästinensischen Befreiungskampf« haben de facto nur ein Ziel: Die physische Vernichtung aller Juden und Jüdinnen, angefangen bei den Israelis.

• Ein Primat bundesdeutscher Außenpolitik seit 1945 war die Anerkennung des Staates Israel, verbunden mit einer teilweisen »Entschädigung« für Opfer des Nationalsozialismus. Unabhängig davon, wieviel Kritik wir an der lückenhaften und verzögerten Entschädigung der vergessenen Opfergruppen haben, ist diese Anerkennung Israels völkerrechtlich immerhin die Anerkennung einer historischen Schuld, zumindestens gegenüber den in Israel lebenden Juden und Jüdinnen. Dass sich diese Existenzrechtsanerkennung in der bundesdeutschen Außenpolitik weder in der BRD noch in der DDR überhaupt nicht in der innenpolitischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung wiederspiegelte und wiederspiegelt, wissen wir als AntifaschistInnen. Als Linke in Deutschland - und damit im Land der TäterInnen - ist es unsere Verantwortung, diese






Auseinandersetzung mit Nachdruck weiterhin zu führen. Dies ist angesichts der »Entsorgungs«- und Schlussstrichmentalität in weiten Teilen der Bevölkerung und in allen politischen Parteien heute notwendiger denn je.

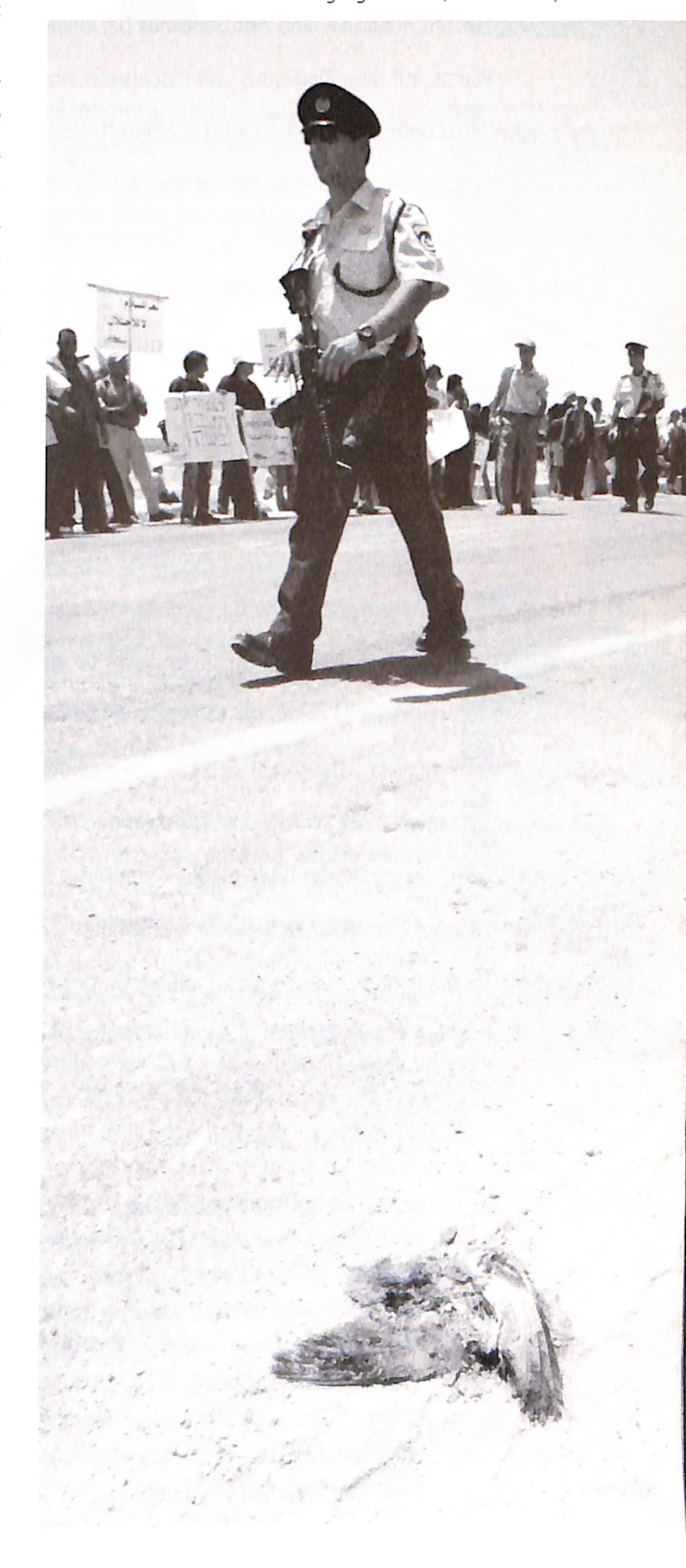
• Immer wieder sehen wir uns in der Debatte mit einem sogenannten »Antizionismus« konfrontiert, der derzeit dafür herhalten soll, die Politik der israelischen Regierung zu kritisieren. Als AntifaschistInnen klare Positionen gegen Antizionismus zu beziehen, heisst nicht unbedingt pro-zionistisch zu sein oder gar die Siedlungen in der Westbank oder im Gaza-Streifen zu befürworten. Wir lehnen Antizionismus ab, weil er zum einen negiert, dass auch Zionismus lediglich die ideologische Basis zur Gründung eines Nationalstaates darstellte, darüber hinaus die linken Strömungen im Zionismus völlig außer Acht lässt und ihn alleine auf die reaktionäre »Erez Israel«-Position reduziert. Und weil Antizionismus faktisch von einem völkischen Konstrukt ausgeht.

Aus einer klassischen regionalen Staats- und Machtpolitik wird hier eine spezielle »jüdische Verschwörung« und ein ganz besonders »perfider Imperialismus« gemacht. Dies ist keine neue Erscheinung. In den Staaten des Warschauer Pakts diente Antizionismus als Schleier für eine völkische, antisemitische Politik. Unter dem Deckmantel des Antizionismus und mit dessen Einführung als Staatsdoktrin wurden in den 50er Jahren in Polen, der Sowjetunion, der DDR und anderen Warschauer Pakt-Staaten WiderstandskämpferInnen, KommunistInnen und viele andere Juden und Jüdinnen inhaftiert, aus ihren Jobs und Ämtern »gesäubert« und oftmals in ihrer Existenz bedroht. Aber auch als Position in der deutschen Linken ist Antizionismus keine neue Erscheinung, sondern zieht sich durch die Politik der außerparlamentarischen Linken der 70er und 80er Jahre in der BRD. Einige linke AktivistInnen haben ihren Antizionismus von damals revidiert und haben, wie beispielsweise einige Revolutionäre Zellen, öffentlich Selbstkritik geäußert.

• Die Notwendigkeit, das Existenzrecht Israels zu sichern, schließt nicht aus, die Politik israelischer Regierungen solidarisch zu kritisieren. Für eine deutsche Linke müsste es dabei eigentlich selbstverständlich sein, dass eine derartige Kritik so differenziert und genau begründet wird, dass sie Antisemitismus keinen Vorschub leisten kann (und darf). Ebenso sollte die notwendige Kritik an der palästinensischen Autonomiebehörde auf anti-arabische und rassistische Stereotypen verzichten.

Festzuhalten bleibt, dass es für deutsche Linke keine Solidarität mit politischen Lagern in Deutschland, Israel oder Palästina geben kann, die sich einer »Blut und Boden« Ideologie verschrieben haben und mit ihrer Politik ausschließlich völkische, ethnische und rassistische Zuschreibungen fördern. Demgegenüber gilt unsere Solidarität denjenigen in Israel und Palästina, die beispielsweise durch binationale oder zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen an der Utopie festhalten, dass ein Zusammenleben in einer gleichberechtigten Gesellschaft möglich sein kann. ■

Israelischer Polizist vor einer Friedensdemonstration der Organisation Ta'ayush am Siedler-Grenzübergang Kissufim (Gaza-Streifen).



von Elfriede Müller

# Antisemitismus auf Plakaten

Dieser Beitrag thematisiert Plakate, die aus meiner Sicht antisemitisch sind oder antisemitische Assoziationen wecken, also in diesem Sinne »missverstanden« werden können. Krassesten Ausdruck fand Antizionismus bei einem Plakat, auf dem Zionismus und Faschismus eine Wesensgleichheit unterstellt wird. Es wird suggeriert, Nazis und israelische Staatsgründer hätten bei der Vertreibung der Palästinenser zusammengearbeitet [1]. Im folgenden wird Antisemitismus als eigenständige Ideologie erläutert und Plakate aus der radikalen Linken auf antisemitische Stereotypen untersucht. Allerdings gehe ich davon aus, dass die bürgerliche Gesellschaftsordnung strukturell Antisemitismus reproduziert. Auch eine Linke, die auf diesem Boden agiert, ist nicht automatisch frei von antisemitischen Stereotypen. Denn da auch die radikalste Linke Teil des gesellschaftlichen Ganzen ist, kann sie aus dem Teufelskreis nur raus, wenn sie die Kritik, die sie an der Gesellschaft formuliert, ebenso auf sich selbst anwendet. Dass dies zuweilen versäumt wurde, drückt sich in der Wahl von Bildern aus, die die herrschende Ideologie reproduzieren und Anschlussflächen für rechte, antisemitische Positionen bieten können, anstatt sie zu kritisieren. Das zu ändern, erfordert für die Zukunft nicht nur eine »bessere Linke«, sondern auch bessere Plakate.




[1]

## » Verkürzte Kapitalismuskritik

Obgleich Marx im Vorwort zu »Das Kapital« klar und eindeutig präzisierte, dass Kapitalismus nicht gleich Kapitalist bedeutet, findet sich diese Personifizierung bei den unterschiedlichsten Bewegungen und Themen wieder. Diese verkürzende Kapitalismusinterpretation ist falsch. Abstrakte Verhältnisse lassen sich nicht auf einzelne Individuen verkürzen, auch wenn die Versuchung manchmal groß sein mag, die schwierigen Verhältnisse auf einen Punkt zu bringen. Es versteht sich von selbst, dass soziale Verhältnisse von Menschen gemacht werden und auch verändert werden können. Doch ist der Kapitalismus nicht dadurch abzuschaffen, dass man seine Zirkulationssphäre mit abstoßenden Persönlichkeiten bebildert und damit die Illusion erweckt, das Verschwinden dieser Personen würde die Verhältnisse bereits zum Tanzen bringen.

Das Kapitalismusverständnis sowohl der traditionellen als auch der Neuen Linken und der autonomen Bewegungen enthielt Anschlussflächen zu antisemitischen Denkfiguren. Zentral dabei ist eine spontane Assoziation von Juden mit Kapitalismus, Kosmopolitismus und Abstraktheit; anders formuliert: Juden leben »von fremder Arbeit« und beherrschen in einer Art weltweiten Verschwörung die Presse und das Finanzkapital. Diese Vorstellungen wurden im Laufe des 19. Jahrhunderts, dem Jahrhundert der wissenschaftlichen rassistischen und antisemitischen Diskurse, in dem Klischeebild des fetten hässlichen, Zigarre rauchenden Kapitalisten mit einer den Juden zugeschriebenen Physiognomie wie einer langen krummen Nase und einem disproportionierten Körper visualisiert. Außerdem erschienen so die »Juden« als eine durch Abstammung vereinte Gruppe, die sich physisch von anderen Menschen unterscheidet. Als körperliche Merkmale werden die das ganze Gesicht beherrschende krumme Hakennase, blinzelnde Augen, engstehende Zähne und Mangel an Harmonie genannt. In dieser Form wird der Antisemitismus in Karikaturen und Propaganda bildlich reproduziert

Wenn in linken Plakaten auf antisemitische Stereotypen zurückgegriffen wird, scheint es sich in den meisten Fällen um einen unreflektierten und unbewussten Rückgriff auf drastische und bekannte Bilder zu handeln und keine antisemitische Propaganda, wie wir sie eigentlich nur beim Antizionismus finden. Das scheint mir allerdings ein beunruhigender Hinweis dafür zu sein, wie tief verankert und abrufbar antisemitische Stereotypen im Alltagsbewusstsein sind. Das möchte ich an einigen ausgewählten Plakaten illustrieren. Auf einem Plakat [2], das zur Solidarität mit El Salvador aufruft, hat ein Uncle Sam Gesichtszüge wie auf einem Stürmer-Plakat: Hakennase, triefende Augen. Dazu zieht er die Fäden der militaristischen Marionette, die das salvadorianische Volk geißelt. Aber schon erhebt sich der blutige Arm, um die Fäden, die den Militär mit dem internationalen Imperialismus verbinden, durchzuschneiden. Die der jüdischen




[2]

Physiognomie zugeschriebene Hakennase gibt es schon sehr lange, ihr historischer Ursprung ist nicht genau zu bestimmen. Relevant wurde sie vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts während der Biologisierung rassistischer und antisemitischer Diskurse. Die Geste des Durchschneidens korrespondiert mit dem Titel »El Salvador wird siegen«. Wieso El Salvador und nicht die Guerilla FMLN? Die Widersprüche werden hier auf den US-Imperialismus mit »jüdischem Antlitz« und ein von ihm ausgebeutetes Land reduziert. Auch innerhalb El Salvadors gibt es soziale und politische Auseinandersetzungen, Klassen, linke und rechte Überzeugungen. Es gibt keine homogenen Gesellschaften.

Bei einem Aufruf zum 8. März, dem internationalen Frauentag, sitzen vier männliche Gestalten auf einer Weltkugel und krallen sich daran fest. Zwei davon entsprechen ziemlich genau dem Klischee des jüdischen Kapitalisten. Der erste trägt einen Uncle-Sam-Hut und besitzt die berühmte Hakennase, die zweite Gestalt trägt einen Dollarhut, was auf die Zirkulationssphäre verweist. »Wir müssen begreifen wo der Feind steht« legt nahe, dass die AktivistInnen bereits wissen, wie der Feind aussieht [3]. Ein traditionell antisemitisches Motiv weist ein Anti-AKW-Plakat auf: Bis auf die Türme des AKW und die verdeckte Nase ist alles stilecht und erinnert an den Einband einer französischen Ausgabe der antisemitischen «Protokolle der Weisen von Zion«. [4], [5]. Es ist schwierig, abstrakte Verhältnisse in Bilder zu fassen. Jedoch können vereinfachende Bilder, die den Kapitalismus nicht als ein soziales oder prozessuales Verhältnis, als eine dialektische Einheit von Politik und Ökonomie, von Produktion und Reproduktion begreifen, falsche Assoziationen hervorrufen. Wenn man diese Bilder umkehrt, dann drängt sich die Illusion auf, dass, wenn diese Figuren, die alle eher für Macht als für kapitalistische Vergesellschaftung stehen, von der Bildfläche verschwänden, die Welt eine bessere wäre. Selbst wenn das im Einzelfall wie eine Erleichterung erscheinen mag, ruft ein unreflektierter Populismus unter Umständen Bündnispartner herbei, die in einem fundamentalen Widerspruch zu eben dem Ziel einer »besseren Welt« stehen.

## Die »jüdische Weltverschwörung«

Die vermeintlich »jüdische Weltverschwörung« ist mehr als eine Steigerungsform der Personalisierung von Herrschaft. Sie dient als Welterklärungsmodell und ist ein zentrales Unterscheidungsmerkmal zwischen Antisemitismus und Rassismus. Der Antisemitismus sieht die vorhandene oder nicht vorhandene jüdische Bevölkerung als allmächtig, während die durch Rassismus ausgegrenzten Menschen als machtlos, schwächer und dümmer eingeschätzt werden.

Die »jüdische Weltverschwörung« ist gewissermaßen die Mutter aller Verschwörungen. Dieses Stereotyp findet sich auch auf Plakaten, meistens jedoch in abgewandelter Form. Manchmal sind es sogar positiv konnotierte Figuren, die sich über den Globus ausbreiten, als Aufforderung, die Erde aus den Angeln zu heben. Meines Erachtens steht die Weltkugel dabei für einen Anspruch, sich sowohl die Welt anzueignen, als auch für ein Welterklärungsmodell bzw. eine Welt-

[3]




anschauung, eine subjektive und metaphysische Vision der Welt. Diese Aufnahme der Weltkugel als ein Symbol muss keinesfalls immer antisemitisch konnotiert sein. Sie tendiert dann dazu, wenn eine vermeintlich jüdische Physiognomie oder den Juden zugeschriebene Eigenschaften mit einem Zugriff auf die Welt zusammengebracht werden. [6]

## Der Antizionismus

Wenn man noch einmal die siebziger und achtziger Jahre der internationalistischen Solidarität Revue passieren lässt, so spielte Palästina darin nicht die Hauptrolle. Die Lateinamerikasolidarität oder die Anti-Apartheid-Bewegung waren stärker und umfassten auch linksliberale Kreise. Dennoch sollte die politische Bedeutung der antizionistisch motivierten Palästina-Solidarität nicht gering veranschlagt werden. Insbesondere in den achtziger Jahren existierten Nahost-Gruppen, in denen viele Autonome mitarbeiteten. Ihre Solidarität mit den Palästinensern formulierte sich unter dem Begriff eines bedingungslosen Antizionismus.

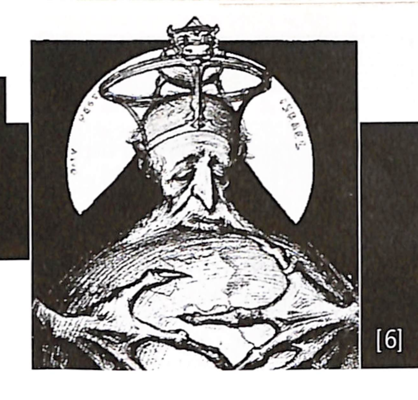
Eine erste Erschütterung dieser Solidarität mit Palästina unter dem Banner des Antizionismus äußerte sich im Zusammenhang mit der Entführung eines Flugzeuges nach Entebbe durch die PFLP, die von zwei deutschen Angehörigen der Revolutionären Zellen unterstützt wurde. In dem Verlauf dieser »Aktion« wurden die israelischen Fluggäste von den →




[4]




[5]


[6]

[7]

[8]

anderen Passagieren getrennt und als Geiseln genommen. Es sollte 15 Jahre dauern, bevor eine Gruppe der Revolutionären Zellen und »Gefangene aus dem Widerstand« dazu in der Lage waren, diese Form eines »linken Antizionismus« zu kritisieren.

Im Jahre 1982 wurde der Staat Israel im Zusammenhang mit den während der Libanon-Invasion begangenen Massakern von einigen Nahost Gruppen mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Die Palästina Solidarität reproduzierte zum Teil völkisch-nationalistische Töne und brachte als antiimperialistischer Antizionismus ein Plakat auf die Welt, das nur als Unterstellung einer Wesensgleichheit von Zionismus und Faschismus verstanden werden kann: Hier wird der israelische Premierminister Begin gemeinsam mit Hitler unter der Aussage abgebildet »Wir wollen Faschismus« [1]. Allerdings soll hier keinesfalls bestritten werden, dass eine Solidarität mit den Palästinensern gegen die Militärdiktatur in den von Israel besetzten Gebieten und mit dem Protest der Israelis palästinensischer Herkunft gegen ihre Diskriminierung eine Notwendigkeit des linken Internationalismus darstellt. Problematisch wird es dann, wenn diese Solidarität nationalistische und völkische Töne annimmt. In der Nationalcharta der PLO von 1968 heißt es: »Die palästinensische Identität ist ein echtes, essentielles und angeborenes Charakteristikum; sie wird von den Eltern auf die Kinder übertragen.« Sieht man die schriftlichen Verlautbarungen der deutschen Solidaritätsbewegung zu dieser bemerkenswerten Stellungnahme durch, so findet man kaum eine Spur einer Kritik an diesem unbezweifelbar völkisch aufgeladenen palästinensischen Befreiungsnationalismus. Die Gefahr einer »Kauf-nicht-bei-Juden-Stimmung« besteht bei dem Plakat, das die berühmt-berüchtigt gewordene Hafenstraßen-Parole zeigt, in der der Staat Israel in Anführungsstrichen genannt wird [7].

1989 bezeichnete die Autonome Nahostgruppe aus Hamburg den Zionismus als: »Feind aller Men-schen«.[1] Dabei kann man von »dem Zionismus« nicht sprechen, weil es innerhalb dieser Nationalbewegung immer die unterschiedlichsten Strömungen gab. Insoweit sich dann der Zionismus bewaffnete, tat er das, was jeder andere Nationalismus auf der Welt zur gewalttätigen Durchsetzung seiner Ziele auch tat. Wieso ausgerechnet die jüdische im Unterschied beispielsweise zur irischen National-bewegung zu einem »Feind aller Menschen« werden konnte, bleibt ein Rätsel, das nur jene Nahostgruppe aus Hamburg lösen könnte, wenn ihr Blick nicht von antisemitischen Stereotypen getrübt gewesen wäre.

Jedenfalls sollte es keine linke Angelegenheit sein, den einen Nationalismus durch den anderen zu bekämpfen. Der Antizionismus mutierte im Verlaufe der siebziger und achtziger Jahre zu einem Befreiungsnationalismus. Damit gewann er fast wieder den Charakter einer Weltanschauung. Es wird in Kategorien von guten und schlechten Völkern – statt politischer Positionen – gedacht und plakatiert. Ein Plakat zum »Tag des Bodens« kann in hiesigen Breitengraden an eine Blut- und Boden-Propaganda erinnern, die bei Linken eher Abscheu hervorrufen sollte. Jener »Tag des Bodens« erinnerte ursprünglich an eine Demonstration von palästinensischen Bauern, die durch israelische Militärs von ihrem Ackerland vertrieben werden sollten. Daraus aber einen »Beweis« machen zu wollen, dass es sich bei den Palästinensern im Gegensatz zu den Juden um ein richtiges Volk handelt, das über Folklore und Traditionen verfügt, kann die Assoziation aufdrängen, dass das bodenständige Leben der Palästinenser der positive Gegensatz zu der wurzellosen abstrakten und kosmopolitischen Tradition sei, die der Antisemitismus dem Judentum immer vorgeworfen hat [8].

Um den Antisemitismus in der Gesellschaft und innerhalb der eigenen Reihen zu erkennen und zu bekämpfen, bedarf es einer grundlegend antinationalistischen Haltung. Eine antinationalistische Haltung verweigert sich dem binären Denken, das einen Hauptwiderspruch zwischen personifiziertem Kapital und dem gut verwurzelten Volk zu erkennen vermeint. Antinationalismus ist die Voraussetzung, falsche Kapitalismuskritik von rechts und links zu erkennen und Emanzipation jenseits von Nation, Staat und Volk zu denken. Eine Garantie dafür stellt der Antinationalismus leider auch nicht dar. Doch mit Garantien verhält es sich wie mit den konkreten Gebrauchsanleitungen: im kritischen Denken sind sie einfach nicht zu haben. ■

1| Autonome Nahostgruppe Hamburg/Gruppe Arbeiterpolitik Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld, Hamburg 1989

Elfriede Müller lebt in Berlin und betreibt seit über zwanzig Jahren Theorie und Praxis in der radikalen Linken und seit 1997 in der jour fixe initiative Berlin.
Der Artikel ist in verkürzter Form aus dem Beitrag »...das auschwitz nicht noch einmal sei. Antisemitismus auf Plakaten? Plakate gegen Antisemitismus!« aus dem Buch »Vorwärts bis zum nieder mit-30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegunge«" entnommen. Herausgegeben von HKS 13. Assoziation A. ISBN 3-935936-05-2.



Als Sensation bejubelte vorab die konservative »Welt« im Januar 2002 den 45minütigen Film »Impressionen unter Wasser«, mit dem die einstige NS-Propagandafilm-Ikone Leni Riefenstahl pünktlich zu ihrem 100. Geburtstag am 22. August 2002 nach 57 Jahren das erste Mal wieder in deutschen Kinos präsent sein wird. »Impressionen unter Wasser« ist der konsequente Anschluss an zwei Filmbiographien, die ebenfalls 2002/2003 in die Kinos kommen werden. Sowohl der Münchner Regisseur Thomas Schüly als auch Hollywood-Star Jodie Foster setzen ihr Leben filmisch in Szene.

# »Die Filmsensation des Jahres«

Dies ist der vorläufige Höhepunkt in Riefenstahls spätem Comeback, denn bereits seit den 70er Jahren wird ihre Vita zunehmend in die originäre »Nazi-Filmerin« auf der einen Seite und in die innovative Regisseurin - die mit ihren ästhetischen Filmbildern in der Tradition der Avantgarde und mit ihren Montagetechniken in der Tradition der russischen Filmer Eisenstein, Wertow oder Pudowkins steht - auf der anderen Seite geteilt.

### Erste öffentliche Reputationen

1997 wurden in der Hamburger Galerie Schlüter erstmals nach 1945 in Deutschland Fotos von Riefenstahl ausgestellt. Einen Monat lang waren Bilder von der Olympiade 1936, Porträts von Kriegern des Nuba-Stammes und ihre Tiefsee-Aufnahmen zu sehen. Nach der Motivation gefragt, entgegnet Galerist Andreas Schlüter, dass Riefenstahl »eine tolle Künstlerin« sei. Ganz im Zeitgeist möchte er Form und Inhalt ebenso getrennt betrachtet wissen wie die Vita der Künstlerin und ihr Werk. Riefenstahls Gesamtwerk wurde von Dezember 1998 bis Februar 1999 im Filmmuseum Babelsberg in einer umfangreichen Retrospektive gezeigt. Eine distanzierte Atmosphäre sollte »eine ›vorurteilsfreie‹ Annäherung an die Person und ihr Schaffen« ermöglichen, geriet jedoch zur parteiischen Präsentation: klein und verdrängt die NS-Propagandafilme, groß und dominant das Nachkriegswerk. Im Mai/ Juni 2000 wurden dann in der Berliner Fotogalerie Camera Work 40 Olympia-Bilder aus dem 1937 erschienenen Riefenstahl-Fotoband »Schönheit im olympischen Kampf« präsentiert. Im Begleitband, der sich wie die Präsentation äußerst wortkarg gibt, wird zu Beginn in den Mythos Riefenstahl eingeführt: »Leni Riefenstahl hat sich für ihre Bilder auf den verwaisten Thron Gottes gesetzt«. In dieser Reihung stellt sich die Frage, wann das erste Mal Riefenstahls Reichsparteitagsbilder unkommentiert - natürlich nur wegen der innovativen Montagetechniken - gezeigt werden.

### Trennung von Kunst und Politik

Die zunehmende Akzeptanz der von politischer Verantwortung befreiten Riefenstahl und die damit einhergehende Trennung von Kunst und Politik zeigt die Verschiebung der öffentlichen Diskurse auf. Angefangen beim Angriff auf den »linken« - intellektuellen - Nachkriegskonsens im Zuge des Historikerstreits 1986 über die Goldhagen-Debatte bis hin zur Walser-Bubis-Kontroverse 1998 hat sich die einstige Zurückhaltung diametral gewandelt. In einer »selbstbewussten Nation«, in der die letzten Zeugen des NS-Terrors langsam aussterben, hat sich ein neuer Blick auf die deutsche Vergangenheit - und Zukunft - durchgesetzt. Man wähnt sich frei von historisch bedingter Zurückhaltung und kann sogar »friedenserhaltende« Kriege mit den Lehren aus Auschwitz legitimieren. Im Widerspruch dazu stehen die 60 Sinti und Roma, die Riefenstahl 1941 aus dem KZ rekrutieren ließ, um sie als Statisten für ihren Film »Tiefland« zu mißbrauchen. Fälschlicherweise →

→ versprach sie ihnen die Rettung vor der Deportation, doch alle wurden ohne Entlohnung ins KZ zurückgeschickt, wo die meisten von ihnen ermordet wurden.

Durch die Entkontextualisierung faschistischer Ästhetik und die Reduzierung auf vermeintlich reine Kunst wird zum einen die Verbreitung des enthaltenen faschistischen Körper- und Gesellschaftsbildes forciert, zum anderen erst die Voraussetzung für die Rehabilitation einer faschistischen Ästhetik geschaffen.

1| www.fembio.org/frauen/leni-riefenstahl.shtml

Riefenstahl nimmt bereits seit 1945 die Trennung von Kunst und Politik für sich in Anspruch, weist rückwirkend Verantwortung von sich und trennt diese von Kunst, wenn sie für ihr Schaffen postuliert: »Die reine Kunst sollte nach überhaupt keinem Ziel verlangen. Sie ist etwas rein Kreatives. [...] die reinste Kunst - und danach haben die meisten Künstler gestrebt - ist ohne Verantwortung«.

Beispielhaft für diese Trennung steht Thomas Schühly, der eine der anstehenden Verfilmungen ihres Lebens plant. In einem Interview brachte er 2000 seine Motivation auf den Punkt. Er »will eine Frau wie Leni Riefenstahl betrachten können, ohne immer an sechs Millionen ermordete Juden denken zu müssen. 50 Jahre danach wird das langsam möglich, [...]: die Ästhetik von der Politik lösen.« Ganz im Geiste dieser Intention beschreibt Schühly im rechtskonservativen Magazin Criticón seinen Nachmittag mit Leni Riefenstahl, wobei er eine politische Einordnung ihrer NS-Propagandaarbeit lapidar mit der Begründung, »daß Richten und Rechten [ihm] weder zustehen noch [seine] Sache sind« beiseite schiebt. Seine Präferenzen bringt er auch im revisionistischen Magazin Opposition der Verlagsgemeinschaft Berg zu Papier.

Auch in der Popularkultur zeigt sich am Beispiel Rammstein die positive Bezugnahme auf Riefenstahl und die Tendenz, Politik und Kunst zu trennen. Die ›Neue Deutsche Härte‹-Band Rammstein unterlegte ihre erfolgreiche Coverversion des Depeche Mode-Klassikers Stripped mit Sequenzen aus den Filmen »Fest der Völker/Fest der Schönheit«, die Riefenstahl als NS-Propagandafilme während der Olympiade 1936 in Berlin drehte.

Rammstein-Gitarrist Richard Kruspe gibt dafür »ausschließlich« ästhetische Gründe an und blendet jeden Bedeutungszusammenhang zwischen Kunst, Ästhetik und Politik aus: »Jeder kann den Riefenstahl-Film deuten, wie er will. Für mich drückt er nicht die Herrschaft des NS-Regimes aus«. Noch deutlicher wird Rammstein-Sänger Till Lindemann, der findet, dass der Olympia-Lichtdom doch gut aussehe, und: »Nur weil man das assoziiert mit diesen zwölf beschissenen Jahren soll das nicht mehr erlaubt sein? [...] Es geht doch um Kunst. Das eine hat doch mit dem anderen nichts zu tun«.

## Riefenstahl ist Mainstream

Hat die erste deutsche Präsentation von Riefenstahl-Bildern nach 1945 in der Hamburger Galerie Schlüter noch zu bescheidenen Protesten geführt und wurde die Riefenstahlsche Ästhetik bis dato überwiegend durch extrem rechte Verlage wie dem Arndt-Verlag (Kiel) oder Nation Europa Verlag (Coburg) vertrieben, setzt sich nun eine wohlwollende ›entpolitisierte‹ Rezeption in der Kunstszene durch. Berichte, Features und Dokumentationen lösen sich zunehmend von der als Political Correctness stigmatisierten Kritik und nähern sich vermeintlich ›vorurteilsfrei‹ dem ›Mythos Riefenstahl‹. Selbst ein einstiger Kritiker wie der Präsident des Goethe-Instituts Hilmar Hoffmann hat seine damalige »Frontstellung respektvoll aufgelöst« und traf sich mit Riefenstahl »zu einem entspannten Gespräch«. Im Jahr 2000 folgte die völlige Vermarktung: im Benedikt Taschen Verlag erschienen eine Riefenstahl-Monografie (Fünf Leben) und Kalender 2001. Die Präsentation von »Fünf Leben« auf der Frankfurter Buchmesse wurde zum vielbeachteten Presse- und Besuchermagnet. Riefenstahl ist im Mainstream angekommen.

Nicht verwunderlich ist, dass Riefenstahl auch in der extremen Rechten gefeiert und positiv auf ihre Ästhetik Bezug genommen wird. So hat z.B. Josef Klumb 1996 für den rechtsextremen Verlag und Agentur Werner Symanek (VAWS) eine Tribute-Doppel-CD inklusive Begleitbuch zu ihren Ehren kompiliert. Diese Bezugnahme kommt nicht von ungefähr, denn Riefenstahls Ästhetik symbolisiert im kulturell-politischen rechten Spektrum die immanente Kritik der Rechten an der Moderne, artikuliert in ihrer Kultur- und Zivilisationskritik.

## Faschistischer Kult des schönen Körpers

Zeit ihres Lebens präsentierte Riefenstahl eine Ästhetik des Schönen, Edlen und Reinen. Sei es bei ihren NS-Propaganda-Filmen, ihren Nuba-Bildern der 70er oder ihren Unterwasserfotos der 90er Jahre.



Susan Sonntag hat in ihrem Essay »Faszinierender Faschismus« den faschistischen Kult des schönen Körpers als ästhetische Konstante in Riefenstahls Werk herausgearbeitet. Die Faszination dessen, was »schön ist, stark und gesund«, beschreibt Riefenstahl auch heute noch: »Alles Schöne hat mich sehr fasziniert [...] Ich wollte das Schöne, das ja vergänglich ist, festhalten. [...] Es lieben nicht alle das Schöne, aber die Mehrheit der Menschen liebt es mehr als das Hässliche, das man versucht zu überwinden. Wie der kranke Mensch bestrebt ist gesund zu werden, so versucht er auch besser auszusehen, das ist doch ganz natürlich«.

Dieser Bezug auf das Schöne bei gleichzeitiger Verdrängung des »Hässlichen« und der Verweis auf das Begriffspaar krank/gesund lässt sich auch in einem anderen Kontext lesen. Er weist auf die ›positiv‹ besetzten Werte des NS hin - Gesundheit, Macht und Kultur -, die grundlegend für die Konstruktion negativer, ausgrenzender Bildern waren. Gerade der NS-Topos Gesundheit umfasst Sauberkeits- und Reinheitsvorstellungen (als zweite Bedeutungsebene auch Arbeit und Produktivität). In dieser biologistisch konnotierten NS-Konstruktion des »Volkskörpers« wurden Menschen, die von der aufgezwungenen Norm vermeintlich abwichen, stigmatisiert und verfolgt.

Die Überhöhung des schönen, athletischen arischen Körpers und die normative Spezifikation rassischer Gesundheit und Reinheit ließ behinderte Deutsche oder Menschen, die man zu Angehörigen einer »anderen Rasse« stempelte, abstoßender erscheinen.

In den Nachkriegsbildern der ›unzivilisierten Reinheit‹ der Krieger des im Sudan lebenden Nuba-Stammes lässt sich die ästhetische Konstante ebenfalls aufzeigen. Riefenstahl stellt nicht mehr den ›arischen‹ Körper dar, sondern konzentriert sich auf die ihr Werk durchziehenden Konstanten Kampf, Schönheit und Reinheit. Die originäre Lebensweise und die Riten der Nuba werden in ihren Fotos hingegen kaum dargestellt. Dieses Rekurrieren auf das Einfache war bereits in den zwanziger Jahren als Kritik an der Moderne vorherrschend. Der Anschluss von Riefenstahl an den neurechten Diskurs ist daher nur folgerichtig.

Auch die Tiefsee-Bilder aus ihrem Spätwerk sowie der Film »Impressionen unter Wasser« vermitteln die ständige Suche nach der harmonisch-intakten Welt. Wie schon in Riefenstahls ›NS-Werk‹ wird auch in aktuellen Arbeiten das Widersprüchliche deutlich. Zwar rekurriert sie auch in den Unterwasserfotografien auf das Schöne und Reine, die technische Umsetzung jedoch ist innovativ. In einer Rezension wurde in den Tiefseefotografien ein Rekurs auf die Neue Sachlichkeit der zehner und zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts gesehen.

Im wissenschaftlichen Diskurs zeigt sich, dass Riefenstahl nicht in Schwarz-Weiß-Kategorien gedacht werden kann. Peter Reichel hat in seinem Buch »Der schöne Schein des Dritten Reiches« zu Recht auf das Doppelgesicht des NS-Regimes hingewiesen. Und es ist notwendig, die ›reaktionäre Modernität‹ des NS-Staates, die eine Regisseurin wie Riefenstahl hervorgebracht hat, zu thematisieren. Aber diese Trennung darf nicht dazu führen, Riefenstahl zugunsten ihrer innovativen filmischen Fähigkeiten aus der Verantwortung zu nehmen. Gerade ihr Können hat dazu beigetragen, dem ›Dritten Reich‹ den schönen Schein zu verleihen. Eine Verantwortung, die Riefenstahl bis heute leugnet. Die Riefenstahl-Renaissance vollzieht sich in einem gesellschaftlichen Rahmen. Einerseits findet eine Historisierung statt, in der - in der revisionistischen Variante - alles, auch Auschwitz und der Holocaust, diskutierbar sein soll. In diesem Rahmen steht auch die zunehmende Trennung von Kunst und Politik. Faschistische Ästhetik und Symbolik soll, frei von Verantwortung, zur beliebigen Verfügung stehen.

Andererseits findet die - die Eugenik der Nazis implizierende - Konstruktion des gesunden, leistungsfähigen »Volkskörpers« ihre Entsprechung in Diskussionen um Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik[2] und »Menschenpark-Züchtung« (Sloterdijk). Es ist aber notwendig, deutlich zu machen, worin das Ziel der Normierung besteht. Schönheit wird zum Synonym für flexible und dynamische Leistungsfähigkeit, die gerade in einer neoliberalen Welt zum Maßstab aller Dinge geworden ist. Vor diesem Hintergrund kann Riefenstahl nicht widerspruchsfrei und schon gar nicht als innovative Tierfilmerin präsentiert werden. ■

2| Unter dem Begriff Präimplantationsdiagnostik (PID) versteht man die Analyse von in der Regel zwei Stellen, die dem mehrzelligen Embryo entnommen werden, um vor der Implantation genetische Anomalien fest zu stellen oder auch das Geschlecht des Embryos zu bestimmen. Nur wenn die Analyseresultate für beide Zellen übereinstimmen und keine Anomalie vorliegt, wird der entsprechende Embryo in den Uterus der Frau transferiert. Die anderen Embryonen werden sofort vernichtet oder für die Forschung verbraucht. Mehrfachschwangerschaften können auf ein oder zwei Kinder reduziert werden. Eine Falschdiagnose ist nicht 100% auszuschließen.(http://cloning.ch/cloning/pid.html)

# Hinter »schwedischen Gardinen«

**Vom 14. bis 16. Juni 2001 fand in Göteborg ein Gipfeltreffen der Europäischen Union statt. In der Stadt kam es zu internationalen Protesten, Auseinandersetzungen und etlichen Festnahmen. Zu den Verhafteten, die später zu exemplarisch hohen Strafen verurteilt wurden, gehört auch der 24jährige Berliner Björn. Er erhielt zwei Jahre Haft ohne Bewährung.**

» *Nach deiner Festnahme hast Du einige Monate in Isolationshaft verbringen müssen. Wie war das?*

Die ersten Wochen waren schlimm. Ich hatte zeitweise kleinere stressbedingte, gesundheitliche Beschwerden. Ich konnte nichts essen, ohne zu erbrechen, und hatte ständig Magenschmerzen. Aber eigentlich hat mir der Tatvorwurf mehr zu schaffen gemacht als die miesen Haftbedingungen. Mir ist nämlich gleich beim ersten Verhör eröffnet worden, dass mich zwischen vier und sieben Jahren Knast erwarten würden. Da dachte ich natürlich, dass die nur bluffen würden, um so an eine Aussage zu kommen. Aber dann hat mir der Anwalt erklärt, dass die Prognose der Polizei durchaus realistisch sei und ich mich auf einige Jahre im Knast einrichten müsse.

*Wie war der Tagesablauf in der Zeit?*

Irgendwann um sieben Uhr wird die Zelle aufgeschlossen und ich werde von einem Wärter geweckt. Dann werde ich aufgefordert aufzustehen und mein Bett zu machen. Gegen acht Uhr wird das Frühstück gebracht. Danach lege ich mich wieder schlafen. Um 11.30 Uhr gibt es das Mittagessen. Anschließend darf ich auf das Dach in eine etwa zehn qm grosse Freilichtzelle. Dort kann ich täglich für eine Stunde den Sommer genießen und etwas auf und ab gehen. Alle zwei Tage darf ich auch einen winzigen Fitnessraum benutzen und anschließend duschen. Um 16 Uhr gibt es das Abendessen. Um 16.45 wird dann »Gute Nacht« gewünscht.

*Wie verbringt man die Zeit alleine in der Zelle ?*

Den Großteil des Tages habe ich einfach geschlafen oder aus dem Fenster geguckt und dabei nachgedacht. Mit der Zeit habe ich dann mehr und mehr Zeit damit verbracht, am Fenster zu sitzen und zu träumen, mir Geschichten auszudenken, um so den völligen Kontaktverlust mit anderen Menschen auszugleichen. Irgendwann habe ich festgestellt, dass meine Gedankengänge immer chaotischer wurden, es mir immer schwerer fiel, klare Gedanken zu fassen und ich erhebliche Konzentrations-probleme bekam. Also habe ich angefangen Konzentrations- und Entspannungsübungen zu machen. Das hat etwas geholfen.

*Hast Du Möglichkeiten gehabt, Dich abzulenken ?*

Mir waren Radio, Fernsehen, Zeitungen, Telefonate, Besuche oder der Kontakt mit anderen Gefangenen verboten. Wenn ich zum Verhör geführt wurde und ich im Gang auf andere Gefangene traf, dann durften wir nicht miteinander reden. Sie durften mich nicht einmal angucken und manchmal wurden sie von den Wachen auch umgedreht. Das war schon ein ziemlich bizzares Schauspiel. Nach einigen Wochen habe ich einige englische Bücher aus der Knastbibilothek bekommen. Später sind mir dann die ersten Briefe ausgehändigt worden. Natürlich erst, nachdem sie für die Polizei und den Staatsanwalt komplett übersetzt wurden.

*Die Isolationshaft endete mit dem ersten Prozess. Wie sah die Beweislage in deinem Prozess aus?*

Die Anklage basierte auf der Aussage eines einzigen Undercover-Polizisten, der behauptete, mich bereits vor der Demonstration observiert zu haben. Er behauptete, mich dann dabei beobachtet zu haben, wie ich mich vermummt, behelmt und mit einer Eisenstange bewaffnet hätte. Danach wäre er in der Demonstration hinter mir gelaufen. Als die Polizei den Autonomen-Block mit Hunden und Schlagstöcken angriff, behauptete er, gesehen zu haben, wie ich im Alleingang eine Polizeikette angegriffen hätte. Neben dieser Aussage gibt es noch etwa 20 Fotos und ein Video von der Sicherheitspolizei -Säpo- [die mit dem deutschen Verfassungschutz vergleichbar ist]. Weder das Video noch die Fotos konnten aber die angeblichen Steinwürfe oder den Angriff auf die Polizisten belegen. Sie beweisen nur, dass ich dort war. Aber leider gab es auch keine Zeugen oder Filmaufnahmen, die den Polizisten einen Meineid nachweisen konnten. Jeder Zeuge, der für mich vor Gericht ausgesagt hätte, wäre automatisch des Landfriedensbruchs beschuldigt worden. Als sich trotzdem einige Zeugen bei meinem Anwalt meldeten, wurde seltsamerweise der zweite Prozess plötzlich um zwei Wochen vorverlegt. Genauso überraschend legte die Polizei 48 Stunden vor dem Prozess das Video vor. Meine Verteidigung ist dadurch erheblich erschwert worden.

*Du bist in der ersten Verhandlung zu 15 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. In der Revisionsverhandlung ist die Strafe noch einmal erhöht worden. Verschiedene*



***Journalisten und Beobachter bezeichneten die Prozesse als »Schauprozesse, die an der Unabhängigkeit der schwedischen Gerichte zweifeln lassen würden«. Wie beurteilst Du die Verhandlungen ?***

Die Prozesse sollten vor allem die Strafsehnsucht der Öffentlichkeit befriedigen und ein Exempel statuieren. Das ist auch beim zweiten Prozess sehr deutlich geworden. Es war von Anfang an klar, dass ich zu einer höheren Haftstrafe verurteilt werden soll. Der Polizist war gut vorbereitet und hatte seine Aussage in einigen entscheidenden Punkten verändert. Er machte eine ziemliche Show und legte dem Gericht eine angeblich originalgetreue Nachbildung der Eisenstange vor, mit der ich einem - natürlich unbekannt gebliebenen - Polizisten auf das Schild geschlagen haben soll. Diese Nachbildung war aber so schwer, dass der Zeuge sie selbst kaum bewegen konnte und beim unbeholfenen Herumhantieren fast eine beobachtende Journalistin verletzte. Anschliessend bestand der Staatsanwalt auf der Vorführung des Polizei-Videos. Obwohl ich nach seiner Meinung nur etwa 10 Sekunden zu sehen sei, bestand er aber darauf, dass Video in ganzer Länge, also über 20 Minuten, zu zeigen. Im Anschluss beschuldigte er mich der Mitgliedschaft in der Antifa Aktion Berlin (AAB) und eines schweren Angriffes auf die Grundwerte der schwedischen Demokratie. Schließlich wurde mir noch meine Aussageverweigerung als Schuldeingeständnis ausgelegt. Der Höhepunkt der Absurdität war, dass der Staatsanwalt die Maximalstrafen für »Landfriedensbruch« und »versuchte gefährliche Körperverletzung« addierte und dabei auf 16 Jahre Knast kam, um dann doch »nur« drei bis vier Jahre Gefängnis zu fordern. Im Endeffekt bekam ich dann zwei Jahre ohne Bewährung und zehn Jahre Einreiseverbot verpasst.

***Du bist also für Straftaten verurteilt worden, die Du nicht begangen hast?***

Ja. Juristisch formuliert bin ich höchstens des einfachen Landfriedensbruchs und eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz schuldig. Ich habe nicht die »versuchte gefährliche Körperverletzung« begangen, für die ich dann verurteilt worden bin. Im Grunde bin ich aber dafür verurteilt worden, dass ich in ihren Augen ein Teil des schwarzen Blockes war. Und mich damit offen zur Notwendigkeit und Richtigkeit von Militanz bekannt hätte. Das alleine hat für das Gericht ausgereicht, um Tat- und Täterstrafrecht stillschweigend zu vertauschen. Daher wurde nur noch über die Begründung und die Länge der Haftstrafe verhandelt.

***Nach der Umfrage einer grossen Göteborger Zeitung sind 89 Prozent der Befragten der Ansicht, die Urteile in den Prozessen gegen die militanten Aktivisten seien angemessen oder gar zu milde ausgefallen. Nur drei Prozent beurteilen die Strafen als unangebracht hoch. Wie erklärst Du Dir die sehr heftige Reaktion der schwedischen Öffentlichkeit ?***

Die politische Kultur ist hier sehr stark von einer besonders konfliktscheuen und moderaten Form der Sozialdemokratie geprägt. Schweden ist eine sehr staatsloyale, sehr ruhige und sozialpolitisch ultrastabile Nation. Eine militante Fundamentalopposition, die Konfrontation auf der Straße oder in Fabriken sucht, hat hier keine Tradition. Einige Zeitungen und Politiker bezeichneten die Auschreitungen um den EU-Gipfel herum daher als ein außerschwedisches Phänomen. Also als etwas, das von außerhalb nach Schweden getragen worden ist. Das Gespenst des internationalen schwarzen Blockes wurde dann nach den Ereignissen in Genua begierig von der Presse aufgegriffen. So wurde öffentlich vom Schwarzen Block und seinem Kern aus einer Gruppe von bewaffneten, deutschen Terroristen, die die Kommandos gegeben hätten, halluziniert. All dieser Unfug sollte davon ablenken, dass der Polizei ihr eigenes Eskalationskonzept um die Ohren geflogen ist. Wer dann wie ich als vermeintlicher Aktivist des schwarzen Blockes festgenommen wurde, bekommt per Gerichtsurteil den Volkszorn über die zedepperte Prachtstrasse zu spüren. Viele Schweden begreifen den Riot ganz richtig als einen Angriff auf ihr Wertesystem und damit auch auf ihre gesamte Lebensweise. Nur wenige verstehen aber die Motivation und das Konzept der Militanten. Die Gerichte haben hier ganz im Sinne der Politik und der Stimmung in der Öffentlichkeit geurteilt. Polizei und Politik nutzten diese Stimmung sehr geschickt, um die Flucht nach vorne anzutreten. Speziell die Polizei war nach dem Riot im Zugzwang. Sie hatte schließlich aus einer völlig falschen Einschätzung der Situation heraus die Ausschreitungen provoziert und sich dabei als ein Trupp schießwütiger Straßenkampfrookies blamiert. Nach dem Riot ging es um politische Schadensbegrenzung. Selbst die dreiste Lüge, die Polizei hätte in höchster Lebensgefahr drei Jugendliche niederschiessen müssen, ist geschluckt worden. ■

Gegen Porto kann beim Berliner Solikomitee Göteborg, c/o Nico Roth, PF. 770344, 13003 Berlin, solikomitee@uni.de eine Broschüre zum Thema bestellt werden.



[1] September 1944 - Eine Gruppe von italienischen PartisanInnen bekämpft die letzten faschistischen Milizsoldaten. (Fotografiert in Pistoia)

# Keine Befehlsgewalt

Nach 58 Jahren steht der »Schlächter von Genua« vor Gericht. Er wirkt weder müde noch alt und benötigt nur zwei Hörgeräte, um dem Verfahren zu folgen. Seit dem 8. Mai 2002 wehrt sich der früherer SS-Oberstleutnant Friedrich Engel vor dem Hamburger Landgericht gegen die Anklage des Mordes in 59 Fällen.

» »Ich widerspreche der Anklage«, verkündete der geistig rüstige Rentner am ersten Verhandlungstag vor der großen Strafkammer. Während das Militärgericht Turin den heute 93jährigen ehemaligen SS-Kommandanten von Genua 1999 wegen drei Massakern, denen 246 Menschen zum Opfer fielen, in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilte, muss sich der »Schlächter von Genua« in Hamburg nur wegen der »Turchino Aktion« verantworten. Mai 1944: In Italien haben die Partisanenaktionen gegen die Wehrmacht zugenommen. Das SS-Oberbefehlskommando Oberitalien leitet den »Führerbefehl« weiter, bei Anschlägen »Sühneaktionen« im Verhältnis von zehn ermordeten Italienern zu einem toten Deutschen durchzuführen. Am 5. Mai 1944 sterben fünf Marinesoldaten bei einem Bombenanschlag auf ein Wehrmachtskino in Genua. Als Chef der Gestapo und der SS befiehlt Engel die »Sühneaktion«. 59 Zivilisten und Partisanen, die wegen anderer Straftaten oder Aktionen verhaftet worden waren, wählt die SS aus dem Stadtgefängnis von Marassi (Genua) aus und verschleppt sie zum Passo del Turchino, wo SS- und Marineein-

heiten sie erschießen. »Ich möchte betonen« führt Engel vor Gericht aus, dass »sie Märtyrer waren. Sie weinten nicht, sie schrien nicht, sie flehten nicht um Gnade«. An den Verlauf der Erschießung will er sich nicht genau erinnern. Nur zwei Sachen weiß er noch »ganz sicher«: »Ich hab die Erschießung nicht angeordnet. Diese oblag alleine der Marine«. Und: »Ich habe nur die Auswahl vorgenommen, alles weitere übernahm mein Stellvertreter«. In diesem Punkt widersprechen ihm mehrere Zeugen. Engel habe unmittelbar an der zuvor ausgehobenen Grube gestanden und aktiv an der Erschießung teilgenommen, berichtet ein Ex-Marine Soldat.[1] Der heute 79jährige ehemalige Oberbootsmaat der 23. U-Boot Jagdflottille berichtete weiter, auch noch danach sei auf Kameradschaftstreffen über das Geschehene und die Person Engel gesprochen worden. Unangenehm wäre ihm die »Aktion« schon gewesen, betont Engel vor Gericht. Schließlich hätten sie nicht die »richtigen Täter« zur »Rechenschaft ziehen können«. Etwas »ungerechtes« hätte er dennoch nicht getan. Die »Ausgewählten« seien schließlich »alle Terroristen, die mit Waffen gegen unsere Wehrmacht operierten« gewesen. Dennoch, so erklärte er unterstützt von seinem Anwald Udo Kneip am zweiten Verhandlungstag, hielt er die »Sühneaktionen« nicht für das richtige Mittel, um im »rückwärtigen Heergebiet« Ruhe und Ordnung zu schaffen. Der heute 81jährige Raimondo Ricci, der als italienischer Widerstandskämpfer im Maraasi-Gefängnis in Genua inhaftiert war, betonte hingegen, für die Aktion habe vor allem die SS die Verantwortung getragen. Der jetzige Zeuge war als 60. Gefangener zur Hinrichtung ausgewählt worden, wurde jedoch beim zweiten Appell versehentlich nicht noch einmal aufgerufen. Selbst der ehemalige Chef der deutschen Marine-Flottille, Otto Reinhard, widersprach der Version von Engel. »Die Marine hat generell keine Erschiessungen in Eigenregie durchgeführt«.[2] Engel selbst sieht sich mitunter gar als Wohltäter. So hätte er auch versucht, über die katholische Kirche die Partisanen zur »Mäßigung« zu bewegen. Als am 20. Juni 1944 erneut ein Anschlag auf eine Soldaten-Hafenkneipe in Genua verübt wurde, hätte er deshalb auch eine »Sühneaktion nur vorgetäuscht«. »Meinem Vorgesetzten meldet ich den Verzug«, erzählt Engel, und »über die Presse ließ ich eine Falschnachricht verbreiten«. Der Vorsitzende Richter Rolf Seedorf ließ Engels fast einstündige Ausführung unkommentiert. Stattdessen echauffierte sich Seedorf, dass Engels Verteidiger als Beweis für diese Schilderung neues Material einreichte. »Hat noch jemand Informationen«, fragte er sichtlich genervt in den Verhandlungssaal. Überhaupt sei die Aktenlage »unerfreulich«.

### Verschleppte Sühne

Wenn die italienischen Behörden früher gehandelt hätten, so die Kritik des Richters, wäre es jetzt auch einfacher »Licht in das Dunkel« zu bekommen. Dass die deutschen Justiz über 58 Jahre selbst mehr verdunkelte als erhellte, ließ er unerwähnt. Denn bereits 1969 ermittelten die Behörden gegen Engel, doch im selben Jahr stellten sie die Ermittlungen provisorisch ein. Warum, kann die Hamburger Staatsanwaltschaft nicht erklären: Die Akten seien unauffindbar, und der Sachbearbeiter erinnert sich nicht. Allerdings stand Engel, der auf der Fahndungsliste der Vereinten Nationen wegen NS-Kriegsverbrechen aufgeführt wurde, der deutschen Justiz in den 60er Jahren mehrfach zu Diensten. Bei diversen NS-Verfahren sagte er aus. Erst nach der Ausstrahlung eines Berichts des ARD-Magazins »Kontraste« über Engel, der seit 1947 unbehelligt ohne Namensänderung in Hamburg-Lokstedt lebt, sah sich die Staatsanwaltschaft genötigt, »zügiger zu ermitteln«. Nach einem Amtshilfegesuch des Turiner Militärgerichts 1998, rechtfertigt sich die Staatsanwaltschaft, seien die Ermittlungen aber schon aufgenommen worden.

Erwartungsgemäß reagierte auch die Neonaziszene, seitdem ein Vertreter der so gern gehuldigten Waffen-SS wegen ihrer Verbrechen vor Gericht steht. Das »Aktionsbüro Norddeutschland« hält das Verfahren »grundsätzlich« für Unrecht. Die Neonazis sprechen in ihrer Presseerklärung »jedem Gericht, das durch die Nachkriegsordnung der Sieger legitimiert ist« ab, »über jegliche Handlung vor 1945 zu urteilen«. Am 5. Juli 2002 wird das Landgericht voraussichtlich ein Urteil verkünden. ■

1| Frankfurter Rundschau, document info, 6. Juni 2002
2| ap vom 23. Mai 2002

# »Volkswut« und Regierungswe

## Die Wahlen in den Niederlanden und die Ermordung Pim Fortuyns

Die Parlamentswahlen 2002 sorgten in den Niederlanden fast täglich für neue Schlagzeilen. Eine neue rechtspopulistische Wahlliste kam sofort als zweitgrößte Partei ins Parlament. Außerdem erlebte das Land den ersten politischen Mord der Nachkriegsgeschichte. Bei beiden Ereignissen spielte eine Person die Hauptrolle: Pim Fortuyn.

Pim Fortuyns politische Karriere war lang. Eigenen Angaben zufolge war sein politisches Bestreben als eine Mission zu betrachten: »Ich habe einen Auftrag, von wem weiß ich nicht, die Niederlande umzustrukturieren. Ich habe das Gefühl, dass ich erst sterben werde, wenn ich mein Ziel erreicht habe.« Natürlich hatte dieser fast religiöse Missionsdrang auch banalere Seiten. Nach einem Krach verließ Fortuyn 1989 nach einer Mitgliedschaft von 16 Jahren die sozialdemokratische Partei der Arbeit (PvdA). Laut seinen Angaben erhielt er anschließend keine staatlichen Aufträge mehr. Diese Tatsache und sein enormer Geltungsdrang waren Fortuyns wichtigsten Motive, selbst wieder in der Parteipolitik aktiv zu werden und eine wahre Hexenjagd auf die PvdA und eine mit ihr zusammenhängende »linke Gemeinde« zu veranstalten.



Foto: Peter Juelich

chsel


[1] Der ehemalige Vorsitzende der Lijst Pim Fortuyn vor seinem Ableben.

## Überzeugung

Nach seinem Austritt aus der sozialdemokratischen Partei etablierte sich Fortuyn als unabhängiger politischer Berater und Kolumnist und entwickelte seine politischen Ansichten im Laufe der neunziger Jahre mehr und mehr. Zunächst waren diese vor allem klassisch liberal geprägt - Befürworten der Meinungsfreiheit, gegen staatliches Eingreifen und für Privatisierung. Allmählich kamen konservative Züge hinzu, indem Fortuyn beispielsweise immer vehementer vor einer Entgleisung der Gesellschaft durch den Mangel an Handhabung von Normen und Werten warnte.

Im Jahr 1997 etablierte er sich mit jenem Thema, das ihn groß machen sollte: Der Kampf gegen den Islam. In einem Buch warnte er vor der »Islamisierung der Niederlande« und den großen Gefahren, die der islamitische Glaube für die christlich-humanistische Tradition mit sich bringen würde. Später vermischte er dieses Thema mit anderen, vermeintlich migrationsbezogenen Problemen. Schließlich schlussfolgerte er, dass die Niederlande »zu voll« seien, um all diese Probleme bewältigen und zugleich neue MigrantInnen zulassen zu können. Immigration greife die dominante niederländische Kultur an und sorge für Desintegration, erklärte Fortuyn schon Jahre, bevor in Deutschland die Leitkulturdebatte entflammte.

Fortuyn hielt diese Leitkultur für eine Grundvoraussetzung einer jeden Gesellschaft. Für ihn war Integration von Neuankömmlingen nur in einer »starken Kultur« möglich, die keine Kompromisse schließt und innerhalb derer sich eventuelle Subkulturen entwickeln können. Der Islam sei keine integrationsfähige Kultur, also eine Gefahr, und demnach in den Niederlanden nicht willkommen. Deshalb vertrat Fortuyn die Ansicht, dass die Grenzen für neue Migranten zu schließen seien. Ferner meinte er, dass sowieso kein einziger Islamist mehr in den Niederlanden zugelassen werden dürfe.

Ab 2001 rief Fortuyn einige Male dazu auf, einen Kalten Krieg gegen den Islam zu beginnen. Für den Fall, dass die Niederlande seine Ratschläge in den Wind schlagen würden, sagte er einen Bürgerkrieg voraus, gegen den »der Jugoslawien-Krieg ein Kinderspiel« gewesen wäre.

Ist Pim Fortuyn wegen seiner Ansichten als Rechtsextremist zu betrachten? Aus Sicht von Kafka lässt sich diese Frage mit »Nein« beantworten. Ein Teil seiner Ideen war natürlich xenophob. Auch seine reaktionäre und stark nationalistische Botschaft im Hinblick auf die niederländische Kultur entspricht den Einstellungen der extremen Rechten, doch Fortuyn ließ sich niemals bei antiparlamentarischen oder gewaltbefürwortenden Äußerungen ertappen.

## Politische Karriere

Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2002 vereinten einige erfolgreiche lokale Bürgerparteien ihre Kräfte in einer neuen landesweiten Partei: Leefbaar Nederland. Diese Partei richtete sich mit ihrem Programm, in dem allerlei rechte und linke Themen kombiniert wurden, gegen das politische Establishment. Unter der Voraussetzung, dass er das Parteiprogramm verträte, warb der Parteivorstand Ende 2001 Fortuyn als Spitzenkandidat an. Das hieß vor allem, dass er seine Meinung über MigrantInnen und den Islam mäßigen sollte. Leefbaar Nederland war und ist gegen die Schließung der Grenzen und wünscht strengere Strafgesetze gegen Diskriminierung.

Fortuyn konnte sich nur für knapp zwei Monate im Zaum halten. Dann erschien ein Zeitungsinterview, in dem er für die Abschaffung des Antidiskriminierungsparagrafen in der Verfassung und die Schließung der Grenzen für Islamisten plädierte. Auch nannte er in jenem berüchtigten Interview den Islam »eine rückständige Kultur«. Dies führte zu einem ernsthaften Konflikt mit der Parteiführung. Er wurde aus der Partei geworfen. Ein paar Tage später gründete er seine eigene Wahlliste, die Lijst Pim Fortuyn (LPF).

## Erfolg

Vor den Parlamentswahlen im Mai 2002 wurden bereits im März Kommunalwahlen abgehalten. In Fortuyns Wohnort Rotterdam war er der Spitzenkandidat der lokalen Partei Leefbaar Rotterdam, die sich von Leefbaar Nederland abgespalten hatte. Leefbaar Rotterdam gewann →

mit Fortuyn als Spitzenkandidat 35 Prozent der Stimmen und zog als größte Partei in das Abgeordnetenhaus der zweitgrößten Stadt der Niederlande ein. Nach diesem politischen Erdbeben machten sich die etablierten Politiker, linken Parteien und antirassistischen Organisationen ernsthafte Sorgen über Fortuyns Erfolg, taten sich aber schwer mit einer Antwort. Mit dem Wahlsieg in Rotterdam steigerte sich die Heftigkeit des Wahlkampfs zwischen Fortuyn und den anderen Parteien - beide Seiten beleidigten sich gegenseitig massiv. So hielt Fortuyn die Gesundheitsministerin beispielsweise für »eine größere Gefahr für die niederländische Gesellschaft als Osama bin Laden«. Fortuyn selbst wurde einige Male mit diversen faschistischen Führern verglichen, woraufhin er die anderen Parteien und die Medien der Dämonisierung seiner Person bezichtigte. Zugleich mit der feindseligen Debatte wuchs Fortuyns Beliebtheit. Dafür lassen sich diverse Ursachen nennen:

Erstens wurde Fortuyn mit harten Standpunkten in Bezug auf MigrantInnen assoziiert. Ein Großteil seiner Anhänger konnte sich in seinen Standpunkten wiederfinden. Dabei springt ins Auge, dass ihm oft sehr viel radikalere Ansichten angedichtet wurden und werden, als er sie selbst vertrat.

Zweitens stellte Fortuyns Persönlichkeit und Auftreten in den Augen vieler Menschen im Vergleich zur etablierten Politik eine wahre Erleichterung dar. Die etablierten Politiker wurden in breiten Kreisen der Gesellschaft mit grauen Beamten assoziiert. Fortuyn machte den Wahlkampf dagegen zur Unterhaltungsshow. Drittens war Fortuyn ein gewandter Redner. Mit seiner Vortrags- und Präsentationsweise konnte er Menschen davon überzeugen, dass das, was er für ein Problem hielt, auch wirklich ein Problem war, und dass die Lösungen, die er präsentierte, auch wirklich funktionieren würden.

## Mord

Dieser zunehmende Erfolg Fortuyns führte auch zu immer besseren Ergebnissen bei den Wahlumfragen. Es sah immer mehr danach aus, dass seine Liste mit 15 bis 20 Prozent der Stimmen für eine enorme Überraschung sorgen würde. Und dass in einer Parteienlandschaft, in der alle größeren Parteien auf nicht mehr als 20 Prozent hoffen durften. Am 6. Mai 2002, neun Tage vor den Wahlen, lag die LPF laut Umfragen sogar an der Spitze. An diesem Tag wurde Fortuyn erschossen. Der mutmaßliche Täter konnte sofort festgenommen werden. Angesichts seines Hintergrunds als Tierschutzaktivist wird spekuliert, dass sein Motiv auch in jener Richtung zu suchen sei. Fortuyn plädierte nämlich für eine Rücknahme der Beschränkungen für die Bioindustrie, Pelztierhaltung und die Jagd in den Niederlanden. Umweltschützer beschimpfte er wiederholt als »Umweltmafia«, »Schurken«, »Fundamentalisten« und »Terroristen«.

Nach der Ermordung Fortuyns entbrannte eine für niederländische Verhältnisse nie gekannte Volkswut. Landesweit wurden Spontandemos abgehalten und Gedenkstätten errichtet. Zugleich standen Personen und Gruppen, die sich in der Vergangenheit gegen Fortuyns Ansichten geäußert hatten, unter Beschuss. Vor allem die Spitzenkandidaten der linken Parteien wurden massenhaft als Mörder beschimpft. Aber auch Antirassismusgruppen und Umweltorganisationen bekamen es mit großen Hass-Mail-Kampagnen und Bedrohungen zu tun.

Die Mehrheit des Fortuyn-Anhangs und andere, die vom Mord schockiert waren, konnten sich im Internet abreagieren, das sich als wirkungsvoller seelischer Mülleimer erwies. Zu wirklichen Gewaltausbrüchen ist es fast nirgendwo gekommen, auch wenn damit ernsthaft gerechnet wurde. Viele Objekte erhielten polizeilichen Präventivschutz und Leute, die Drohbriefe erhalten hatten, tauchten unter.

In Den Haag sammelten sich am Abend des Mordes Hunderte wütende Menschen beim Parlament und den Regierungsgebäuden. Unter ihnen befanden sich große Gruppen Hooligans, Skinheads und bekannte Rechtsextremisten. Hier entstanden schwere Krawalle, die bis in die frühen Morgenstunden anhielten und bei denen diverse Rechtsextremisten festgenommen wurden.

Außerdem sorgte eine frühere Aktion gegen Fortuyn, bei der ihm drei Torten ins Gesicht geworfen worden waren, für Aufregung. Es entstand das Gerücht, dass die Aktionisten aus Leiden stammten. Daraufhin wurden bei diversen Gebäuden in Leiden Scheiben eingeschmissen und ein bekanntes besetztes Haus angegriffen und beschädigt.

Schließlich wurden über Internet die Adresse und Telefonnummer einer Person mit demselben Nachnamen wie der des mutmaßlichen Mörders Fortuyns verteilt. Diese Person hatte



[1]



Fotos: Peter Juelich
[2]

[1], [2] Neo-Nazis aus Deutschland und Holland demonstrieren am 18. Mai 2002 in Hardewijk anlässlich der Ermordung Pim Fortyns.

zwar rein gar nichts mit der ganzen Sache zu tun, erhielt jedoch endlose telefonische Drohungen. Diverse Gruppen, die zu seinem Haus unterwegs waren – zwei hatten Benzinkanister dabei - konnten rechtzeitig über ihren »Irrtum« aufgeklärt werden.

### Rechtsextremisten

Die rechtsextremistischen Parteien und Gruppen in den Niederlanden haben das Phänomen Fortuyn mit einem überdurchschnittlichen Interesse verfolgt. War dies der Mann, der ihre Ideen verwirklichen oder sie auf eine andere Weise aus ihrer Isolation befreien würde? Viele Rechtsextremisten hofften dies. Fortuyn war bei der extremen Rechten nicht nur wegen seiner politischen Botschaft, sondern auch wegen seines Widerstands gegen die Bekämpfung des Rechtsextremismus beliebt. Er bezeichnete Rechtsextremisten diverse Male als »ordentliche Leute« und lobte deren Mut, das »Ausländerproblem« beim Namen zu nennen.

Die einzige rechtsextremistische Partei mit einem nennenswerten Größe, die Nieuwe Nationale Partij (NNP) führte im Vorfeld der Parlamentswahlen eine scharfe interne Debatte und beschloss schließlich, Fortuyn aktiv zu unterstützen. Daraufhin tauchten bei der Lijst Pim Fortuyn diverse NNP-Mitglieder auf. Auch andere bekannte Rechtsextremisten mit einer Vergangenheit in Neonazi-Parteien wie den Centrumdemocraten und der CP'86 klopften bei der Liste an. Die Rechtsextremisten unterstützten ihn u.a., weil sie davon ausgingen, dass der Erfolg Fortuyns auch zu einem Erfolg ihrer eigenen Parteien führen würde. Außerdem hofften sie, die Lijst Pim Fortuyn weiter nach Rechts steuern zu können. Fortuyn versicherte anlässlich von Fragen nach dieser Unterstützung, dass er zwar selbst kein Rechtsextremist sei, dass diese Personen aber bei ihm gut aufgehoben wären.

Nach der Ermordung Fortuyns entstand ein stark anti-linkes Klima, in dem viel Spielraum für Rassismus, Rechtsextremismus und potentielle Gewalt gegeben ist. Wegen der massiven Wut und der Angst vor einem Volksaufstand nahmen der Staat und linke Organisationen eine äußerst zurückhaltende Haltung ein. In dieser Atmosphäre hatte die extreme Rechte viele Möglichkeiten, sich zu manifestieren und Kontakte zu anderen Organisationen zu knüpfen. Rechtsextreme Aktivisten erkannten diese Möglichkeiten auch, aber wussten damit kaum etwas anzufangen.

Ausnahmen waren die radikalen Neonazis der Nederlandse Volksunie (NVU) und der Stormfront Nederland, die beide anlässlich der Ermordung Fortuyns eine Demonstration veranstalteten. Stormfront Nederland mobilisierte ihre eigene Skinhead- und Gabber-Anhängerschaft sowie Haager Hooligans, um gegen den Mordanschlag zu demonstrieren. Zugleich wollten sie besetzte Häuser in der Haager Innenstadt bestürmen. Diese Demonstration wurde verboten und sofort von der Polizei aufgelöst.

Die NVU demonstrierte in Harderwijk, dem Wohnort des mutmaßlichen Mörders Fortuyns. Zu ihrer eigenen Überraschung konnte die Partei jedoch nur gut fünfzig Personen, von denen die Hälfte aus Deutschland kamen, mobilisieren. Die Demonstranten wurden von den BürgerInnen der Stadt bedrängt und ausgebuht. Das selbe Schicksal erlitt eine Gruppe NNPler, die in Amsterdam in einem Schweigemarsch mitliefen. Die Organisation und andere TeilnehmerInnen distanzierten sich deutlich von deren Teilnahme.

Es hat somit den Anschein, dass es der extremen Rechten nicht gelingt, eine Brücke zu Pim Fortuyns Anhängerschaft zu schlagen. Zugleich sieht es auch so aus, dass die Rechtsextremisten mittlerweile selbst schon wieder aufgegeben haben. Zunächst stellten sie fest, dass die Volkswut nach der Ermordung Fortuyns endlich einen Spielraum für eine rechtsextremistische Politik in den Niederlanden schaffen würde. →

Nederland is vol.
Alle racisten het land uit.

[1]

[1] »Die Niederlande sind voll - Alle Rassisten raus aus dem Land«.

*Der Artikel wurde uns von KAFKA (Niederlande) zur Verfügung gestellt.*

**→ KAFKA, Antifascistische Onderzoeksgroep**

http://kafka.antfa.net

→ Nach den enttäuschenden Demonstrationen und den negativen Reaktionen auf andere Initiativen scheint sich die extreme Rechte nun jedoch wieder in ihre eigene Nische zurückzuziehen.

Auch von Belgien aus bestand seit Jahren Interesse an Fortuyns Ansichten. Der Vlaams Blok und mit dem Blok liierte Organisationen - wie beispielsweise die äußerst radikalen Vlaamse Jongeren Mechelen - schenkten seinen Äußerungen wiederholt Aufmerksamkeit. Der politische Durchbruch Fortuyns mit Leefbaar Rotterdam wurde vom Vlaams Blok gefeiert als sei es die eigene Partei gewesen, die 30 Prozent der Rotterdamer Stimmen erobert hätte. Der Blok gründete am Tag nach den Wahlen die Organisation Leefbaar Antwerpen, um die eigene politische Isolation zu durchbrechen. Als Leefbaar Rotterdam in der Stadt eine Regierungskoalition mit den Christdemokraten und Rechtsliberalen zustande gebracht hatte, stellte der Vlaams Blok demonstrativ die Frage, weshalb die Partei aus dem Antwerpener Magistrat geschmissen werde, während Fortuyn in Rotterdam sofort mitregieren könne. Sowohl der Vlaams Blok als auch viele flämische Medien stellen Pim Fortuyn und den Vlaams Blok ideologisch in eine Linie.

Nach der Ermordung Fortuyns stellte der Vlaams Blok sofort einen Zusammenhang mit der antifaschistischen Aktion her und präsentierte den Angriff auf das Auto des Parteiführers Filip de Winter in Amsterdam im September 2000 jetzt plötzlich als »Mordanschlag«.

Bisher ist der Plan des Vlaams Blok, seine eigene Isolation über Fortuyn zu durchbrechen ins Leere gelaufen. In der letzten Zeit plädierten allerdings andere rechte Parteien in Belgien ohnehin verstärkt dafür, die Isolation des Vlaams Blok aufzuheben. Möglicherweise werden die Entwicklungen in den Niederlanden die Umsetzung dieser Pläne beschleunigen.

### Politisches Klima

Auch wenn die extreme Rechte ihre Chance verpasst hat, lässt sich nicht behaupten, dass nichts passiert ist. Das Wahlergebnis mit 17 Prozent der Stimmen für die Lijst Pim Fortuyn, 28 Prozent für die Christdemokraten - die von der Verunsicherung nach dem Mord profitieren konnten - und 16 Prozent für die Rechtsliberalen sorgt dafür, dass die Niederlande zum ersten Mal seit den achtziger Jahren eine rechte Regierung haben. Die Wahlversprechen, Parteiprogramme und mittlerweile in Gang gesetzten Gesetzesvorhaben rechtfertigen die Befürchtung, dass die zukünftige Politik in den Bereichen Einwanderung, Umwelt, Sozialwesen und Repression regelrecht katastrophal sein wird.

Es liegen Vorschläge zur weiteren Abschottung der Grenzen gegen Flüchtlinge auf dem Tisch, und Familienzusammenführungen sollen erschwert werden. Die Parteien sind sich über die Einführung einer allgemeinen Ausweispflicht und strengere Strafen einig. Auch die Krankenversicherungs- und Erwerbsunfähigkeitsgesetze sollen drastisch geändert werden. Das einzige Atomkraftwerk bleibt am Netz, es wird über den Bau neuer Atommeiler nachgedacht und die Asphalt- und Betonindustrie darf auf viele Aufträge hoffen.

Ferner scheinen der Spielraum und die Sympathie für eine linksradikale Politik nach dem Mord sehr klein geworden zu sein. Nach der ersten Woche nach dem Anschlag, als sich die gesamte linke Politik nur einigelte und zu keinerlei offensiven Handlungen fähig war, gibt es mittlerweile wieder ein paar Initiativen. Der Mord überschattet jedoch den gesamten politischen Alltag. In vielen Medien wird derzeit eine Hetze gegen alles, was mit Tierschutzaktivismus zu tun hat, geführt. Aber auch andere linksaktivistischen Initiativen werden dafür verantwortlich gemacht, eine Atmosphäre geschaffen zu haben, in der Mord als legitimes politisches Mittel betrachtet werden konnte. Außerdem wird vielfach dafür plädiert, gegen die radikale Linke massiv vorzugehen.

Vorläufig scheint die größte Gefahr also nicht aus rechtsextremen Kreisen zu kommen. Der Spielraum, den sie erhalten, ist nicht sichtbar größer geworden. Die gesellschaftliche Antipathie gegen die Linke hat sich jedoch stark erhöht, und der Ruf nach einer rechten Politik ist unüberhörbar. ■

Am 8. August 2002 um 19.30 Uhr findet in Berlin im KATO (U-Bhf Schlesisches Tor) eine Veranstaltung mit VertreterInnen der niederländischen Antifagruppe KAFKA statt. Veranstalter ist »Argumente-Netzwerk antirassistischer Bildung e.V.« Informationen unter: www.argumente-netzwerk.de

Bei den britischen Kommunalwahlen am 2. Mai 2002 haben Nazis zum ersten Mal mehr als einen Stadtratssitz gewonnen. Die British National Party (BNP) präsentierte ein Programm für Law-and-Order und für die Abschiebung von Immigranten und Flüchtlingen. Die Partei kandidierte in denjenigen Gebieten, die von den letztjährigen Unruhen (siehe AIB Nr. 53, S.48) am meisten betroffen waren. Aber sie wurde mit einer unerwartet starken Gegenbewegung von Antifaschisten und Massenmedien konfrontiert. Die BNP gewann drei Mandate in der nordenglischen Stadt Burnley und erreichte landesweit die besten kommunalen Ergebnisse ihrer Geschichte. Dort, wo sie kandidierte, erreichten sie einen Stimmenanteil von durchschnittlich 11,4 Prozent (2000: 8,5 Prozent).



[1] BNP-Führer Nick Griffin (li.) und Mick Tracy (re.), Wahlkämpfer in Oldham

# Wahlerfolge der BNP

Es hätte noch schlimmer kommen können: In Burnley kam die BNP in sieben weiteren Stimmbezirken auf Platz zwei. Insgesamt erreichte sie in der Stadt 28 Prozent der Stimmen. In der nahe gelegenen Stadt Oldham landeten vier BNP-Kandidaten auf dem zweiten Platz, mit insgesamt 27 Prozent der Stimmen.

## Die antifaschistische Kampagne

Dass der Partei nicht größere Stimmengewinne gelungen sind, lag an einer unerwartet hohen Wahlbeteiligung, an einer unermüdlichen Gegenkampagne und an der Aufmerksamkeit der Massenmedien nach dem Wahlerfolg von Le Pen in Frankreich. Antifaschisten haben es zweifellos geschafft, die BNP-Kandidaten in der Öffentlichkeit bloßzustellen und antifaschistische WählerInnen zu ermutigen. Die Information, dass einer der BNP-Wahlkampfmanager in Oldham ein verurteilter Vergewaltiger war, nutzten Antifas, um die Berichterstattung auf den kriminellen Charakter der Partei zu konzentrieren. Als die Zeitung »Sunday Mirror« über die Vergewaltigung berichtete, änderte sich das politische Klima in Oldham schlagartig gegen die BNP. Die antifaschistische Kampagne ermutigte Einwohner, die schon immer gegen Nazis waren, auch öffentlich gegen die Partei aufzutreten. Das gab es bis dahin nicht.

Antifas steigerten die Wahlbeteiligung und überzeugten wahrscheinlich sogar einige BNP-Sympathisanten, nicht zur Wahl zu gehen. Ähnlich war es in Burnley, wo 250 Leute wenige Tage vor der Wahl 22.000 Anti-BNP-Flugblätter an fast alle Haushalte verteilten.

Die Kampagne profitierte auch von dem hohen Ergebnis für Le Pen in Frankreich elf Tage vor dem britischen Wahltermin. Das Argument, das auch die Labour Party verwendete, war: Eine niedrige Wahlbeteiligung hilft der extremen Rechten. Dieses Argument wirkte. In denjenigen Bezirken, in denen die BNP kandidierte, stieg die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich. In manchen Bezirken war sie sogar doppelt so hoch wie vor zwei Jahren.

## Der Wahlkampf der BNP

Der Wahlkampf der BNP war deutlich professioneller als früher. Die Partei nominierte nur in denjenigen Bezirken Kandidaten, wo sie sich auch realistische Chancen ausrechnete. Ein internes Mitteilungsblatt der Partei wies die Ortsgruppen an, einen Wahlkampf mit systematischen Hausbesuchen, Hochglanz-Broschüren und Pressearbeit zu organisieren.

Umgesetzt wurde diese Anweisungen in Burnley, und die Erstellung einer lokalen Internet-Seite mit aktuellen Nachrichten und Porträts der Kandidaten rundete das Ganze ab. In Oldham verteilte die BNP neben einem aufwändigen Hochglanz-Faltblatt auch eine achtseitige Wahlkampfzeitung. Und am Abend vor der Wahl bekamen diejenigen Haushalte, die zuvor positiv reagiert hatten, noch einen Erinnerungsbrief. Mit diesen Mitteln präsentierte sich die BNP als moderne und effektive politische Partei.

Die BNP gewann Stimmen von den anderen Parteien, allerdings schnitt sie in wohlhabenden Wahlbezirken - vor allem weißen Vierteln am Stadtrand - besser ab als in den traditionellen Arbeitervierteln und Labour-Hochburgen. Vor allem dort, wo politisch wenig los war und wo es wenig →

antifaschistische Aktivitäten gab, war die BNP stark. In manchen Bezirken, in denen zum Beispiel nur ein einziger Kandidat der drei großen Parteien antrat, kann man die BNP-Stimmen vor allem als Proteststimmen bewerten - aber (noch) nicht unbedingt als Nazi-Stimmen.

### Gefahr in der Zukunft

Auf längere Sicht besteht jetzt die Gefahr, dass die BNP durch die gewählten Mandatsträger mehr Legitimität als bisher gewinnt. Außerdem kann sie nun argumentieren, dass Nazi-Stimmen nicht verschenkt seien. Mit der Wahl von drei, scheinbar »respektablen« Stadträten in Burnley wird sich die Partei nun verstärkt als Alternative zu den großen Parteien präsentieren.

Das gute Wahlergebnis der BNP verweist auf eine Krise des politischen Systems. In Westeuropa wächst Fremdenfeindlichkeit, das politische Zentrum gilt als korrupt, und die etablierten Parteien der Mitte unterscheiden sich politisch immer weniger. Die Linke erscheint als altmodisch. Von der Politik verdrossene Menschen haben immer mehr Angst vor Kriminalität und vor Einwanderern und davor, ihre »Identität« zu verlieren. Die Wähler suchen nach Alternativen - und immer mehr finden sie bei der erstarkenden Rechten: bei Fortuyn in den Niederlanden, Le Pen in Frankreich oder dem Vlaams Blok in Belgien.

Offen ist, wie stark die BNP wirklich ist. Viele ihrer Wähler sind Überzeugungstäter, andere sind eher Protestwähler. Viele dieser Stimmen - vor allem von bürgerlichen Wählern - würden sicher schnell zu einer seriöseren rechten Partei wechseln - wenn es sie gäbe. In künftigen Wahlen werden Antifaschisten sich nicht mehr darauf verlassen können, dass eine hohe Wahlbeteiligung und eine intensive BNP-kritische Berichterstattung der Medien den Stimmenanteil der BNP senken werden.

Antifaschisten und die Gewerkschaftsbewegung müssen eine eigene Strategie entwickeln. Wir müssen eine bessere, menschlichere Alternative anbieten, um die Basis der BNP zu schwächen. Dazu müssen wir auch die heiklen Themen ansprechen. Die bisherige Weigerung, dies zu tun, hat ein politisches Vakuum erzeugt, in dem die Rechten ihre banalen und rassistischen »Lösungen« präsentieren können. ■

*Ein Artikel von Nick Lowles, Searchlight Magazine.*

→ **Searchlight**
PO Box 1576,
Illford IG5 ONG
England







## Abokonditionen

### Preise*

➔ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

### Weiterverkauf

➔ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

➔ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

➔ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

## Back Issues

Fünfzehn Jahre Antifa in einem Blatt. Entwicklungen und Diskurse - nachlesen und nachvollziehen. Das eigene Archiv komplettieren. Alles kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des AIB bestellen.

### Lieferbare Ausgaben

14 | 17 | 18 | 23 bis 55

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (1,50 bis 3,10 Euro)

## Pakete

**Info-Paket A**
14 | 17 | 18 | 23 bis 26 7,70 Euro

**Info-Paket B**
27 bis 33 11,30 Euro

**Info-Paket C**
34 bis 40 11,30 Euro

**Alle Info-Pakete** 25,60 Euro


### Impressum

**Antifaschistisches Info Blatt**
16. Jahrgang
Nummer 56 | 2. 2002

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin


### Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

# Bleiberecht für Opfer

rassistischer, rechtsextremer und antisemitischer Gewalt!